Editorial

von Karlheinz Weißmann

Die Rede der ersten Trägerin des Internationalen Eifel-Literaturpreises (2008), Alison Louise Kennedy, hat Furore gemacht, jedenfalls in der deutschsprachigen Presse. Selten ist ein Text, der Kulturfragen behandelt, so oft gedruckt und nachgedruckt worden, von der *Frankfurter Allgemeinen* bis zum Berner *Bund*. Der Grund ist die Schärfe von Kennedys Kritik an den Verhältnissen in ihrer britischen Heimat: Die Schulen kümmerten sich nicht mehr um die Bildung der Kinder, die Literatur sei ohne schöpferische Kraft, die Medien forcierten die Verblödung der Massen, und die Kultur sehe sich immer und überall dem Diktat der Ökonomie unterworfen.

Man findet viel von dem, was auch sonst in der linken Gesellschaftskritik üblich ist, aber überraschend wirkt doch der Vorwurf eines „Genozids", also eines „Völkermords", den „wir" an „uns" verüben, und das Fehlen jedes Hoffnungsschimmers, irgendeines Verweises auf den sicher rettenden Ausweg: das Ende der Globalisierung, die Beseitigung des Kapitalismus, Demokratie in allen Lebensbereichen. Offenbar geht Alison Kennedy von einer im letzten immanenten Ursache aus, einer Art Lemmingstrieb, der Kollektive befällt und sie treibt, ihrer Existenz ein Ende zu setzen.

Das ist unbefriedigend, hat aber mit den blinden Flecken ihrer Analyse zu tun. Ohne Zweifel wird man sagen müssen, daß in Großbritannien der Verwertungsdruck im Kulturbereich ganz andere Ausmaße erreicht hat als etwa in Deutschland: Unter den die Innenstädte beherrschenden Ladenketten findet sich immer auch Waterstone's, ein Buchhandelskonzern, der mit mehr als dreihundert Filialen im Vereinigten Königreich den Markt vollständig beherrscht. Was hier nicht ausgelegt wird oder als gut verkaufbar gilt, hat praktisch kaum eine Chance. Ein solches Phänomen paßt gut in Kennedys Argumentation, die auch eine Kritik des „Neoliberalismus" ist, der eben zu erheblichen Konzentrationsprozessen in der englischen Wirtschaft führte und bewirkte, daß seit den Zeiten Margaret Thatchers London wieder zu einem bedeutenden internationalen Wirtschaftszentrum werden konnte. Das ist für jeden Besucher mit Händen zu greifen. Die City wirkt wie geputzt, die Stadt verzehrt ununterbrochen ihre eigene Substanz und speit sie in Gestalt neuer, noch größerer, noch imposanterer Gebäude wieder aus.

Was allerdings die hoffnungslosen Zustände in den Schulen angeht, die von Disziplinlosigkeit der Kinder und Jugendlichen sowie Verfall der Standards einerseits, Überreglementierung und Zertifizierungswahn andererseits bestimmt, muß man doch darauf hinweisen, daß hier das Erbe des „britischen Sozialismus" stärker nachwirkt als die von Thatcher und New Labour gleichermaßen befürwortete Ausrichtung an den Bedürfnissen der Betriebe. Alle Versuche, dem durch die Bildungsreformen der letzten Jahre zu begegnen, waren offenbar vergeblich.

Und schließlich kommt bei Kennedy ein Aspekt überhaupt nicht ins Bild, der mit der dramatischen Veränderung der Bevölkerungsstrukturen zu tun hat, dem Anwachsen von *black Britain*, das sich zwar durch die allgegenwärtigen Regeln politischer Korrektheit hofiert sieht, aber erkennbar nur den Unterbau einer neuartigen – auf faktischer Segregation beruhenden – Gesellschaftsform bildet, neben den Resten der weißen Arbeiterklasse, gefolgt von den Einwanderern aus islamischen Ländern, während die Spitze fast nur aus Nachfahren der Autochthonen und Asiaten besteht. Wenn man schon von „Volkstod" spricht, dann hätte auch das thematisiert werden müssen, aber ein so düsteres Bild wäre ohne Zweifel nicht feuilletonfähig gewesen.

Autorenportrait Gerd Gaiser

von Götz Kubitschek

Ein Teil des Werkes von Gerd Gaiser (1908–1976) ist vergessen, weil nur von wenigen Autoren alles bleibt. Werner Bergengruen (1892–1964), Alfred Andersch (1914–1980) oder Ingeborg Bachmann (1926–1973): Wer kann mehr als eine Arbeit dieser Schriftsteller aufzählen, wer hat sie gelesen? Und wer kennt den Inhalt der großen Romane des Nobelpreisträgers Heinrich Böll (1917–1985)?

Warum aber ist von Gerd Gaiser, den man in den fünfziger Jahren als das konservative Pendant zu Böll las und feierte und auf einem guten Weg zum Nobelpreis sah, ganz und gar alles vergessen? Der eine Grund gilt für Böll ebenso: Gerd Gaiser schrieb in einem und für ein Zeitfenster, das nach dem verlorenen Krieg weit auf war und sich Anfang der sechziger Jahre schloß. Der andere Grund ist die frühe Macht des späteren Kritiker-Papstes Marcel Reich-Ranicki, der den „Fall Gaiser" ausrief und maßgeblich dazu beitrug, daß er verschwand.

Zunächst aber: Gerd Gaiser! Er wurde am 15. September 1908 in Oberriexingen am mittleren Neckar geboren und blieb das einzige Kind des Landpfarrers Hermann Gaiser und seiner Frau Julie. Gaiser ging den klassischen Weg aller begabter württembergischer Pastorensöhne: Er bestand das Landesexamen und wurde in den theologischen Seminaren von Schöntal und Urach humanistisch erzogen. Jedoch entschied er sich gegen die geistliche Laufbahn und folgte seiner künstlerischen Ader, studierte in Stuttgart, Königsberg und Dresden Malerei und Kunstgeschichte und schloß in Tübingen ab, um Gymnasiallehrer zu werden (Einstellung: 1935).

Peter Bekes: *Gerd Gaiser.* In: *Kritisches Lexikon zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur (KLG)*, herausgegeben von Heinz Ludwig Arnold, 23. Nlg., 1986.

Mit Beginn des Krieges wurde Gaiser als Bodenoffizier zu einer Jagdfliegerstaffel eingezogen, gegen Ende des Krieges flog er selbst als Geschwaderkommandant. Nach kurzer Kriegsgefangenschaft überbrückte er die unmittelbare Nachkriegszeit als Holzfäller, Maler und freier Schriftsteller und gelang-

te 1949 zurück in den Schuldienst. 1962 erhielt Gaiser einen Ruf an die Pädagogische Hochschule seines Wohnorts Reutlingen, dort wirkte er als Professor für Kunsterziehung bis zu seiner Emeritierung 1973. Bereits drei Jahre später, am 9. März 1976, starb er.

Bei kaum einem anderen Schriftsteller ist das Werk so sehr in einem produktiven Jahrzehnt gebündelt wie bei Gerd Gaiser. 1949 erschien der erste Erzählband, *Zwischenland*, 1959 *Gib acht in Domokosch. Erzählungen*, und dazwischen stehen neben weiteren Sammelbänden die drei großen Romane, *Eine Stimme hebt an* (1950), *Die sterbende Jagd* (1953) und *Schlußball* (1958), alle bei Hanser verlegt, insgesamt zehn Titel, die sich in ihren Motiven und Themen durch eine geradezu überraschungslose Kontinuität auszeichnen. Die 1960 erschienene, an Jüngers *Heliopolis* erinnernde Sammlung *Am Paß Nascondo* ist dann ein Schritt heraus aus dem Gaiserschen Jahrzehnt und zugleich das Ende seines Tons.

Gaiser war also schon vierzig Jahre alt, als er mit *Zwischenland* debütierte, aber dann zog er ein Manuskript nach dem anderen aus der Schublade, und die Wiederkehr einiger Hauptfiguren in unterschiedlichen und voneinander unabhängigen Prosastücken und Romanen zeigt, daß Gaiser in der Tat innerlich schon längst entworfen hatte, was er in seine unverwechselbare Sprache goß und vor einem rasch wachsenden Leserpublikum äußerte.

Jahr und Jahrgang. 1908. Mit Beiträgen von Theodor Schieder, Erich Landgrebe und Gerd Gaiser, herausgegeben von Joachim Karsten, Hamburg 1968.

Gaisers Thema ist die Verwundung, die körperliche oder seelische, die des Einzelnen oder eines Verbandes oder einer ganzen Generation, die momentane oder die lebenslange. Mit Verwundung und Verunsicherung und einer existenzbedrohenden Zerstörung der Lebenszuversicht mußte die Generation Gaisers zweimal in ihrem Leben fertig werden – sofern sie das zweite Mal überhaupt erlebte. Die erste Verwundung mußten die Jahrgänge um 1908 ertragen, ohne selbst am Vorgang, dem Krieg, beteiligt gewesen zu sein: Zu jung, um in den Ersten Weltkrieg zu ziehen, bekamen sie die Folgen der als Demütigung aufgefaßten Verträge von Versailles zu spüren, sahen politisch erwachend die Hilflosigkeit der glanzlosen Weimarer Republik und führten jung erwachsen einen aussichtslosen Kampf gegen die Weltwirtschaftskrise. Sie lauschten den „im Felde unbesiegten" Vätern und übernahmen selbstverständlich das Wort von der Revanche, von der Revision des „Schandfriedens". Wenn man nun die gleichermaßen anarchische und straffe Prägung hinzunimmt, der sich vor allem Bürgersöhne in der bündischen Jugend unterwarfen, wird die geradezu dramatische Spannung verständlich, unter der die junge Generation am Vorabend der „nationalen Erhebung" stand: Die Hoffnung galt dem Reich, Askese und Dienstbereitschaft waren selbstverständlich, man erwartete die Befehlsausgabe durch einen nationalen Führer. Aus der Depression von 1930, dem als unwürdig empfundenen Strampeln um irgendeinen Platz in einer diffusen Gesellschaft, wurde der Aufbruch 1933, der ausländische Beobachter zu Elogen auf die frühen Jahre des Dritten Reiches hinriß. Die Verwundung war geheilt, die Verunsicherung zerstreut.

Curt Hohoff, *Gerd Gaiser. Werk und Gestalt,* München 1962.

Bernhard Karl Vögtlin: *Gerd Gaiser. Ein Dichter in seiner Zeit,* Marburg 2004.

Die zweite Verwundung traf die Generation Gaisers noch härter. Sein Jahrgang war es, der Machtergreifung, Aufstieg, Existenzkampf und Untergang des Dritten Reiches als Spiegelung des eigenen Lebenswegs begreifen mußte. 1933 war Gaiser 25 Jahre alt, bei Kriegsbeginn 31, und mit 36 geriet er in Gefangenschaft, aus der er nach einigen Monaten zurück an die Schwäbische Alb kehrte, um wieder ganz von vorn anzufangen – verwundet, verunsichert, immerhin am Leben und nicht nach Sibirien verschleppt, aber dennoch ohne inneres und äußeres Gefüge.

Gaiser selbst war 1933 dem NS-Lehrerbund und 1937 der NSDAP beigetreten, und zwar nicht, weil er sich einen Karrieresprung versprochen hatte, sondern weil er überzeugt davon war, damit die richtige Politik zu unterstützen. Beleg dafür ist der einzige Gedichtband, den Gaiser veröffentlichte: *Reiter am Himmel* (1941) versammelt expressive Verse, die dem Führer Gefolgschaft und Wehrbereitschaft gegen den Feind aus dem Osten signalisieren. Curt Hohoff hat „Gaisers Reichslyrik" treffend als ein „von Nietzsche inauguriertes Kokettieren mit der Gewalt" bezeichnet: „Das Hitlersche Regime konnte von solchen Idealisten für eine Möglichkeit der politischen Erfüllung gehalten werden. Wie schnell verflog sie für Gaiser!"

Sie verflog, diese Möglichkeit, und aus der ansonsten recht schwachen, aber redlichen Werkbiographie des Germanisten Bernhard Karl Vögtlin über Gaiser läßt sich eine treffende Beurteilung zitieren: „Statt sich mit der politischen Lage maßvoll auseinanderzusetzen, fällt Gai-

Gerd Gaiser 1961, Portraitzeichnung von G. Widmann





Gaisers Figuren I

ser in Extrempositionen, die ihm und dem deutschen Volk nur noch die Möglichkeit zwischen Selbstauslöschung oder Weltherrschaft lassen."

Erliegen also? Bereits in *Zwischenland* kommen die Figuren Gaisers, von weit her sichtbar, erschöpft die Landstraße entlang oder über eine Wiese oder einen Hang hinauf, und sie sind tatsächlich alle in einem „Zwischenland" angesiedelt, haben ihr Schicksal ganz und gar nicht mehr in der Hand, müssen erdulden und mit etwas fertig werden. Sie sind in einem Nachkrieg, der sich von dem nach dem Ersten Weltkrieg dadurch unterscheidet, daß die Niederlage total ist, die militärische und die innere. Woher also käme Rat, wie könnte man weiterleben?

Nehmen wir den ersten Roman, *Eine Stimme hebt an*: Der Soldat Oberstelehn kehrt aus der Gefangenschaft heim und doch nicht heim, denn seine Frau ist ihm untreu geworden, und so verdingt sich der Heimkehrer als Knecht und als Holzfäller in einem Dorf, das nicht seines ist. Präzise schildert Gaiser die Gehversuche der Menschen nach dem Zusammenbruch, plastisch schält er die Typen heraus – die Zermürbten, die Wartenden, die Entgleisten, die Emsigen, die Gewinner, die Schieber. Recht bald ist klar, daß seine Sympathie denjenigen gehört, die nicht ans Geschäftemachen gehen, sondern dem Nachhall des Einsturzes eines Reiches, eines Staates, einer Macht lauschen und sich selbst angesichts dieser weltgeschichtlichen Erschütterung nicht sehr wichtig nehmen.

Diese lauschenden Figuren geraten rasch gegen diejenigen ins Hintertreffen, die sich mit einem geradezu aufdringlichen Sinn fürs Praktische auch gleich in der neuen Situation der geschlagenen Nation einzurichten vermögen. Man kann das Personal der Romane und Erzählungen Gaisers nach innerer Tiefe sortieren, und immer gehen mit dieser Tiefe Melancholie, Integrität und Stolz einher, ein stiller Stolz, der sich vor denen zeigt, die den Menschen nach seinem Marktwert taxieren.

Der Marktwert und die Verdinglichung des Menschen: Das war schon in der Weimarer Republik das, wogegen sich die idealistisch-romantische Jugendbewegung wandte, und diesen Vorbehalt gegen den bürgerlichen Entwurf des Mitverdienens und Berechnens hat Gaiser verinnerlicht und auch, oder gerade, im Krieg nicht verloren. Er ist das Fundament seiner konservativen Kulturkritik, die an Friedrich Georg Jüngers *Perfektion der Technik* oder an den Aufruf *Mensch und Erde* von Ludwig Klages erinnert: Das immergültige und immergleiche Echte, Unbedingte, Organische, Gesunde wird vom zivilisatorisch Dekadenten, Künstlichen, Deformierten infiziert und zuletzt zerstört. Mensch und Natur werden vernutzt und verdingt und damit letztlich ihres Lebens (das mehr ist als die biologische Existenz) beraubt.

In manchen Passagen geradezu plakativ, stellt Gaiser diese Kulturkritik in seinem dritten Roman, dem *Schlußball*, dar: Thema ist das Wirtschaftswunder der bundesrepublikanischen fünfziger Jahre, Ort ein kleines Städtchen mit dem sprechenden Namen Neu-Spuhl, das ohne historischen Kern (der eine Last wäre) unablässig wächst und einen zufriedenen, aber flachen Typ Mensch beherbergt: Jeder verdient mit, jeder macht seinen Schnitt, und der „Schlußball" am Ende des Tanzkurses ist eine Art Initiationsritus in die fraglose und leicht erlernbare Existenz eines Neu-Spuhlers. Aber inmitten dieser glatten Stadt leben noch ein paar von Gaisers Lieblingsfiguren, also wieder die Frauen und Männer, die nicht mittun wollen, die sich nicht so rasch einzurichten wissen in den neuen Bedingungen, und deren Präsenz ein Verweis auf eine eben erst untergegangene, nach anderen Maßstäben geordnete Welt ist.

Dieser Gegensatz ist im *Schlußball*, wie gesagt, manchmal schon sehr schematisch und plakativ ausgeführt, und dieser Umstand machte den Roman gleichzeitig zu einer Botschaft und einem Schlußpunkt: Weil Gaiser eine Botschaft verkündete und es nicht bei Welterschließung und Wirklichkeitserfassung beließ, wurde er angreifbar. Zwar ist Gaiser nie plump: Gegen die an Idealen und nicht an Aktien hängenden Figuren des Romans steht der Vorwurf im Raume, daß sie auch gegen die planierende Wirtschaft wieder nichts würden unternehmen können, so, wie sie doch auch gegen das Dritte Reich, das jedes Ideal pervertierte, nichts unternommen hätten. Aber dennoch sind die Sympathien Gaisers überdeutlich.

Karlheinz Deschner: *Talente, Dichter, Dilettanten*, Wiesbaden 1964.

Vor den Angriffen rettete ihn auch der moderne, multiperspektivische Stil nicht, den man jüngst wieder bei Uwe Tellkamps *Eisvogel* oder Eva Maria

Schenkels *Tannöd* antreffen konnte: Im Schlußball erzählen 30 „Stimmen“, was geschah, und nach und nach fügt sich für den Leser ein vollständiges Bild zusammen. Gaiser bündelt in der Technik der Perspektive nochmals seine Kunst, den Jargon ganz unterschiedlicher Milieus und Personen lebensnah und bis ins Detail nachzubilden. Curt Hohoff rühmt diese Sprache als Bewahrung einer vielfältigen Welt: „Gegen den Rationalismus, gegen die als Firnis aufgefaßte Zivilisation richtet sich der Sprachgebrauch und steht im Zusammenhang nicht nur mit der schwäbisch-sektiererischen und hölderlin-romantischen Tradition, sondern auch mit der expressionistischen Kulturkritik bei Heym, Sorge, Trakl und Benn.“

Es war der vor allem als Kirchenkritiker bekannte Literaturwissenschaftler Karlheinz Deschner, der auf die eigentümliche, je nach Sprecher und Milieu dialektal gesprenkelte Sprache Gaisers einhieb und selbst bösartige Verzerrungen durch Auslassung von Satzteilen und Zusammenhängen nicht scheute. Aber natürlich muß im *Schlußball* etwa Frau Andernoth den Abschied von ihrem ins Feld einrückenden Mann am Bahnhof in ihrer ganz einfachen, grammatisch nicht ganz richtigen Sprache erzählen. Was vermißte Deschner? Distanz? Das Ironische? Gaiser spöttelt nie über seine Figuren: Der Leser ist ganz nah bei ihnen, wenn sie sprechen.



Gaisers Figuren II

Deschners 1964 vorgetragene Kritik an der Sprache fiel nicht auf unvorbereiteten Boden. Ein Jahr zuvor hatte ein anderer Literaturkritiker den Fall Gerd Gaiser ausgerufen: Marcel Reich-Ranicki, den der Schriftsteller Helmuth Krausser in seinem Tagebuch den übermächtigen „Reichsranicker“ nannte, machte den Lyrikband *Die Reiter am Himmel* zum Ausgangs- und Mittelpunkt von Gaisers Werk. In einer geschickten Collage aus Zitaten und Deutungen gruppierte er die Nachkriegserzählungen und die Romane um Gaisers in den Gedichten angeblich offen ausgesprochenen „Rassenhaß“ und einen alles durchwirkenden „Blut-und-Boden-Mythos“. Es ist offensichtlich, daß Reich-Ranikki denjenigen kaputtzuschreiben sich vornahm, den andere Kritiker zu Recht als „das größte Prosatalent der deutschen Nachkriegsliteratur“ (Günter Blökker) bezeichneten.

Marcel Reich-Ranicki: *Deutsche Literatur in Ost und West*, München 1963.

Marcel Reich-Ranicki: *Wer schreibt, provoziert*, München 1966.

Und so findet man bei Reich-Ranicki Mitte der sechziger Jahre jene Keule, mit der er später nach Belieben unliebsamen Autoren oder anderen Personen des öffentlichen Lebens den Schädel einschlug. Über Gaisers Werke heißt es, sie seien geschrieben aus der „Perspektive des verbitterten Außenseiters, des Mannes, der 1945 zu einem elegischen Barden wurde, der aber nicht aufgehört hat, ein völkischer Beobachter zu sein.“ Und zeitgleich warf Reich-Ranicki anläßlich eines Textes über den Auschwitz-Prozeß in Frankfurt hin: „Und gern möchte ich wissen, was ein Mann wie Gerd Gaiser auf der Zuhörertribüne des Auschwitz-Prozesses fühlen oder denken würde. Das meine ich ganz ohne Ironie und Bosheit. Er hat damals mitgemacht, seitdem viele Bücher verfaßt, die aber, meiner Ansicht nach, fast immer von demselben Geist zeugen.“

Solche Sätze leben von vernichtender Andeutung. Sie führten dazu, daß Gaiser aus den Schulbüchern verschwand und in den Ruch geriet, ein Vertuscher zu sein. Sie trugen dazu bei, daß seine Werke allesamt vergessen sind.

Was könnte dennoch bleiben, wenn sich ein Verlag fände, der Gaiser wiederentdeckte? Eine Sammlung seiner dichtesten und suggestivsten Erzählungen wäre schön: *Gib acht in Domokosch, Schwesterlegende, Vornacht, Das Wasser verbirgt sich im Berg* und *Aniela*. Dann die Aufzeichnungen des Archäologen Peter Hagmann, die unter dem Titel *Das Schiff im Berg* die ewige Wiederkehr des Gleichen anhand der Geschichte eines Berges in der Schwäbischen Alb thematisieren. Vor allem aber sollte der wohl beste Roman über den aussichtslosen Kampf einer deutschen Jagdstaffel am Ende des Zweiten Weltkriegs der Vergessenheit entrissen werden: *Die sterbende Jagd* beschreibt anderthalb Tage auf einem kleinen Flugplatz irgendwo im Norden. Gaiser gelingt es, die herausragende soldatische Tugend und den besonderen Ethos der Flieger mit dem grundsätzlichen Dilemma vieler deutscher Soldaten glaubhaft und stimmig zu verknüpfen. Zweifel und Skepsis gegenüber der moralischen Legitimität der politischen Führung treten gegen die Dienstpflicht und ein fragloses Funktionieren-Müssen in einem höchst anspruchsvollen Kampffeld zurück. Möglichkeiten des Widerstands kommen nicht zur Sprache, obwohl die Notwendigkeit spürbar ist. Und auch hier wieder: unnachahmlicher Jargon.

Wer die Generation von 1908, die „verlorenen Jahrgänge“ verstehen will, muß Gaiser lesen.

Bibliographie (Auswahl):

Reiter am Himmel. Gedichte, München 1941.

Zwischenland. Erzählungen, München 1949.

Eine Stimme hebt an. Roman, München 1950.

Die sterbende Jagd. Roman, München 1953.

Das Schiff im Berg. Aus dem Zettelkasten des Peter Hagmann, München 1955.

Einmal und oft. Erzählungen, München 1956.

Gianna aus dem Schatten. Novelle, München 1957.

Schlußball. Aus den schönen Tagen der Stadt Neu-Spuhl. Roman, München 1958.

Aniela. Erzählung, München 1958.

Gib acht in Domokosch. Erzählungen, München 1959.

Sizilianische Notizen, München 1959.

Am Paß Nascondo. Erzählungen, München 1960.

Postdemokratie

von Karlheinz Weißmann

„Postdemokratie“ ist mittlerweile als Begriff so geläufig, daß ein entsprechender Artikel in Wikipedia existiert. Es häufen sich die Analysen, die vom Beginn eines neuen „post-“, also „nachdemokratischen“ Zeitalters ausgehen. Sollten sie zutreffen, dann wird die Vorstellung von der segensreichen Herrschaft des Volkes nach zwei Jahrhunderten abgelöst, und es tritt eine andere Art von Legitimitätsglauben an deren Stelle.

Selbstverständlich hat es immer Einwände gegen die Demokratie gegeben, solche die seit der Antike und solche, die seit der Französischen Revolution vorgetragen wurden – „Barbarei der Zahl“ (Goncourt), „zusammengezählte Nullen“ (Nietzsche), die Stimme des Bürgers als „Kartoffel in einem Kartoffelsack“ (Marx) –, und dann solche, die man erst angesichts der Entstehung von Massenstaaten äußerte. Aber noch die großen totalitären Bewegungen sahen sich gezwungen, nach außen „demokratisch“ aufzutreten, und dasselbe gilt für die Fundamentalismen und für die Mehrzahl der Diktaturen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Keine Berufung auf Tradition oder Religion konnte im 20. Jahrhundert leisten, was die Berufung auf den *demos*, das Volk, zu leisten vermochte, und nach dem Kollaps des sowjetischen Systems schien es tatsächlich so, als gebe es gar keinen Einwand mehr gegen die universale Geltung des demokratischen Prinzips.

Dabei wurde übersehen, daß dessen Anziehungskraft ganz wesentlich mit dem wirtschaftlichen Erfolg des Westens und den inakzeptablen Verhältnissen im Ostblock zusammenhing. Die „feindlose Demokratie“ (Ulrich Beck), die nach dem Ende des Kalten Krieges entstand, mußte ihre Legitimität aus eigener Kraft beweisen, und das fiel ihr schwer. Der französische Autor Pascal Bruckner schrieb schon 1990: „Wir sind … in eine Epoche der demokratischen Melancholie eingetreten, denn in unser Gefühl des

Pascal Bruckner: *Die demokratische Melancholie*, Hamburg 1991.

Triumphes mischt sich der Verdacht, etwas verloren zu haben: den Antrieb, uns und anderen die Demokratie zu wünschen, denn künftig wird sie nur von wenigen angefochten. Mit anderen Worten, da niemand dagegen ist, fehlt uns fast gänzlich die Kraft, dafür zu sein. Zwar haben wir das unbestimmte Gefühl, die ganze Arbeit liege noch vor uns, doch sind wir willenlos, da uns kein Gegner motiviert. Die großen Schlachten sind geschlagen, doch ist unsere Vollkommenheit dem Tode nahe."

Bruckner gehörte zu jener Linken, die sehr früh und sehr klar gesehen hat, daß nach dem Ende der Blockkonfrontation Globalisierung und Neoliberalismus Rahmenbedingungen schufen, die mit den üblichen Methoden politischer Kontrolle nicht zu bändigen waren, daß der Bedeutungsverlust der Nationalstaaten und der Bedeutungszuwachs internationaler Konzerne zur Entstehung von Machtballungen neuer Qualität führte, die jenseits des bekannten Rahmens lagen. Wenn man es bei Bruckner zum Teil mit dem sattsam bekannten antikapitalistischen Affekt zu tun hat, so wird man dieser Kritik doch ein gewisses Maß an Hellsichtigkeit nicht abstreiten können. Das ist in bezug auf die vorgeschlagenen Alternativen aber nicht zu behaupten. Denn der Gedanke, dem Problem sei durch eine weitergehende Demokratisierung zu begegnen, verkennt die prinzipiellen Schwierigkeiten, und die seit den sechziger und siebziger Jahren gemachten Erfahrungen sprechen dafür, daß „mehr Demokratie wagen" vor allem die Zermürbung der Mitbestimmungsbereitschaft und das Übergreifen von Inkompetenz im Namen der „Betroffenen" zur Folge hat.

Daß die alten Rezepte nicht helfen, hat sich auch sonst herumgesprochen. Das ist etwa dem gerade erschienenen Buch des amerikanischen Politikwissenschaftlers Colin Crouch über *Postdemokratie* zu entnehmen, das im Grunde nur das Dilemma beschreibt und die Beschreibung mit einem Plädoyer für mehr Bürgernähe verknüpft, aber keine utopischen Entwürfe einer basisdemokratischen Weltrepublik enthält. Crouchs Position nähert sich der linken Mitte an, wo der Ton sowieso weniger alarmierend ist, eher nüchtern angesichts der Sachzwänge oder erfreut wegen der komfortablen Stellung, in der man die Transformation beobachtet. Zu den Vordenkern dieser Richtung gehört der Franzose Jean-Marie Guéhenno, der Anfang der neunziger Jahre zuerst die Auffassung vertrat, daß nicht das „Ende der Geschichte" und die finale Durchsetzung von Freiheit und Kapitalismus bevorstünden, sondern das „Ende der Demokratie". Wir befänden uns – so Guéhenno – in einer Phase des Übergangs, weg von der Epoche der Nationalstaaten, hin zu neuen imperialen Bildungen. Das Zukunftsszenario blieb in vielem diffus, auf Andeutungen beschränkt, zeichnete sich aber doch durch die Vorstellung aus, daß für die Bewältigung der Krise kein Rückgriff auf die Vergangenheit möglich sei. Weder lasse sich der alte Glauben restaurieren, noch die alte Politik. Die Geschichte biete keine Modelle, nur noch schwache Analogien. Guéhenno meinte jedenfalls, daß die Alternative zur Demokratie nicht zwangsläufig Diktatur und Terror bedeute, sondern im besten Fall eine Reichsbildung wie in der Zeit des humanitären Kaisertums: „Das neue imperiale Zeitalter sollte am ehesten dem Römischen Reich Hadrians und Mark Aurels gleichen: Es dürfte keinen Anspruch auf überirdische Größe erheben und sich auch nicht göttliche Befugnis zur Erfüllung irdischer Bedürfnisse aneignen wollen. Es müßte sich damit begnügen, lediglich eine Funktionsweise zu sein, und diese Erkenntnis akzeptieren."

Colin Crouch: *Postdemokratie,* Frankfurt a.M. 2008.

Reduziert man das Gesagte auf seinen Kern, also die Legitimation der nachdemokratischen Ordnung durch Funktionstüchtigkeit, trifft man auf einen Vorstellungszusammenhang, der heute vielen akzeptabel erscheint. So schrieb Josef Joffe, Mitherausgeber der *Zeit*, in bezug auf die Europäische Union: „Die EU ist ein freiheitliches, freundliches und fürsorgliches Gebilde, aber eine Demokratie im klassischen Sinne? Nennen wir es eine ‚Geschäftsführer-', oder ‚Ostdemokratie', in der der Bürger das Herrschen den Räten und Kommissionen überläßt. Und zwar freiwillig." Das ist mit Wohlwollen gemeint, ein Plädoyer für eine sanfte Erziehungsdiktatur und jedenfalls verknüpft mit dem Drohbild des Volkes als „großem Lümmel", der schon der Einführung des Euro seine Zustimmung verweigert hätte und insofern disqualifiziert ist, weil er dem Fortschritt im Wege steht.

Jean-Marie Guéhenno: *Das Ende der Demokratie,* München 1996.

Auch wenn das nicht ganz offen gesagt wird, legt man hier ein neues Kriterium für die Beurteilung politischer Ordnungen fest, das sich nicht mehr an irgendwelchen wolkigen „Werten" ausrichtet, sondern an härteren, wirklich-



keits- und das heißt heute wirtschaftsnäheren Maßstäben. „Sind Demokratien ineffizient?" Unter dieser Überschrift brachte die *Neue Zürcher Zeitung* unlängst einen Leitartikel aus der Feder Reinhard Meyers. Meyer weist in seinem Text darauf hin, daß die Demokratien des Westens mit den „Halbdemokratien" (Rußland, Indien) oder den offen autoritären Systemen (China) kaum noch Schritt zu halten vermögen. Deren Wirtschaftswachstum sei ungleich stärker, deren Möglichkeit, rasch auf neue Entwicklungen zu reagieren, besser entwickelt, jedenfalls nicht behindert durch langwierige Abstimmungsvorgänge oder die Suche nach Kompromissen.

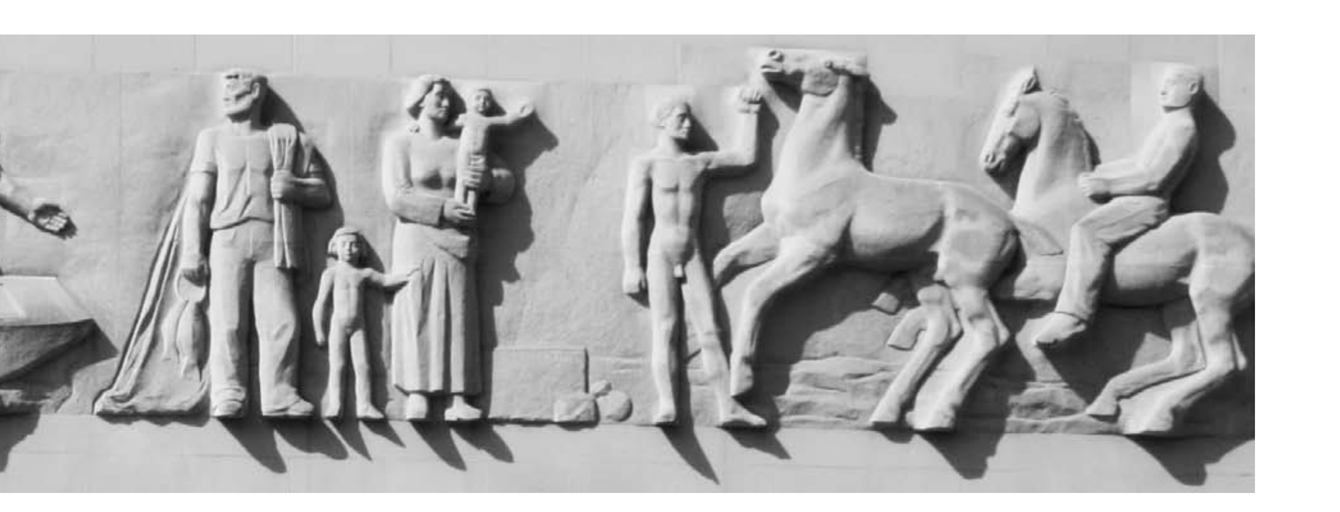
Der eigentliche Ausgangspunkt von Meyers Überlegungen war allerdings das Ergebnis des irischen Referendums über den Vertrag von Lissabon, das heißt der konkrete Fall eines Volkes, das über eine Schicksalsfrage demokratisch abstimmte, und das in einem Sinn, der seiner Obrigkeit mißfiel und einen Prozeß blockierte, der nicht nur von dieser, sondern vom europäischen Establishment insgesamt befürwortet wurde. Meyer hielt sich bei der Beurteilung zurück, wies aber darauf hin, daß es eine Debatte über die Zukunft des demokratischen Prinzips gebe, die sich aus solchen unliebsamen Erfahrungen nähre.

Reinhard Meyer: *Sind Demokratien ineffizient?*, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 21. Juni 2008.

Leider nennt Meyer keine Namen der Debattenteilnehmer, aber vielleicht hat er an das Buch von Fareed Zakaria, des Chefredakteurs von *Newsweek International*, gedacht, das mit dem deutschen Titel *Das Ende der Freiheit? Wieviel Demokratie verträgt die Welt?* erschien und zu den einflußreichsten politischen Essays der letzten Jahre gehört, in siebzehn Sprachen übersetzt wurde und eine Art Generallinie für die Argumentation gegen die Demokratie enthält: Die, so Zakaria, ist zu träge, schwächt die Institutionen, verabsolutiert das Mehrheitsprinzip und droht – qualifizierte – Minderheiten zu unterdrücken. Historisch gesehen, habe sich die ältere Demokratie nur in Kleinstaaten bewährt und sei nach kurzem in Chaos oder Diktatur umgeschlagen; auch nach ihrem ersten Siegeszug im Gefolge des Triumphs der Entente von 1918 erwies sie sich als instabil, in Zukunft könnten ähnliche Belastungsproben bevorstehen, und es scheine fraglich, ob sie die Prüfung nun besser bestehe, und schließlich: „Beim gegenwärtigen Trend steuert die Demokratie geradewegs auf eine Legitimitätskrise zu, die ihr womöglich den Boden entzieht."

Fareed Zakaria: *Das Ende der Freiheit? Wieviel Demokratie verträgt der Mensch?*, Frankfurt a.M. 2005.

Die Argumentation Zakarias ist nicht neu, aber längere Zeit zurückgetreten. Er will keine Anknüpfung an die klassische Demokratiekritik, eher greift er auf Vorstellungen zurück, wie sie in der Nachkriegszeit Liberale genauso wie Technokraten und einige „Neokonservative" vorgetragen hatten, die alle an der Fähigkeit der Demokratie zweifelten, einen modernen Industriestaat zu steuern oder im Ernstfall zu bestehen. Wenn solche Thesen jetzt wieder ins Feld geführt werden, ist das kein Zufall und keine Nostalgie. Zakaria hat seine Thesen zuerst 1997 in einem Artikel für *Foreign Affairs* entwickelt, jener Zeitschrift, von der alle großen Weltanschauungsdebatten der letzten beiden Jahrzehnte – um das „Ende der Geschichte" (Francis Fukuyama) wie den „Kampf der Kulturen" (Samuel Huntington) – angestoßen wurden, und auch die Veröffentlichung seines neuesten Buches *The Post-American World* hat er mit dem Abdruck einer Art Zusammenfassung in *Foreign Affairs* vorbereitet. Er stärkt darin die Position jener „Zentristen", die weder der Linie der Bush-Regierung folgen, noch ei-



Volk, organisch. *Figurenfries, Bern, 1940er Jahre.*

nen linken oder rechten Isolationismus vertreten. Obwohl ein relativer Machtverlust der USA unausweichlich sei und der Aufstieg von Konkurrenten wie Rußland, China, Indien, Brasilien bevorstehe, glaubt Zakaria, daß die Vereinigten Staaten auch im 21. Jahrhundert die Weltpolitik beherrschen. Um diese Aufgabe bewältigen zu können, sei es aber entscheidend, die Illusionen einer bewaffneten Ausbreitung des demokratischen Systems aufzugeben. Dabei stehen ihm nicht nur die militärischen Fehlschläge Washingtons vor Augen, sondern auch die unkalkulierbaren Konsequenzen bei erfolgter Demokratisierung, die etwa in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und allgemein in islamischen Ländern zur Stärkung amerikakritischer oder amerikafeindlicher Kräfte geführt hätten.

In diesen Fällen sieht Zakaria die Demokratie als „delegitimiert" an, weil sie als „illiberale Demokratie" den prowestlichen Tendenzen entgegenstehe. Damit wird das Problem der Legitimität verschoben. Demokratie im Sinne von Zakaria ist nur die gezähmte oder „liberale Demokratie", in der die Folgen einer Wahl möglichst minimiert werden und ein durchdachtes System den Bürgerwillen so kanalisiert, daß er sich nicht schädlich auswirken kann, sondern der Bestätigung der Politischen Klasse, ihres Führungsanspruchs, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Macht, dient. Das ist nicht zynisch gemeint, denn die Elite nutzt ihre Macht, wenn nicht direkt, dann doch indirekt, zugunsten des Gemeinwesens. Was wiederum erklärt, warum Zakaria ein Bündnis zwischen liberaler Demokratie und jenem „neuen Nationalismus" für denkbar hält, den er als die bestimmende Kraft im System globaler Konkurrenz betrachtet. Dieser Nationalismus ist weniger ausgearbeitete Ideologie als Konsequenz einer Lage, in der es um das Formieren politischer, militärischer, diplomatischer und ökonomischer Kräfte geht.

Zakaria urteilt dabei ganz nüchtern, daß es verschiedene Möglichkeiten gibt, um deren Effizienz zu steigern: Man kann sich autoritärer, illiberaler, aber auch liberaler Verfassungen bedienen. Im amerikanischen Fall sei die Verknüpfung mit der liberalen Demokratie empfehlenswert, weil das die Integration jener Einwanderer ermögliche, die der größten Volkswirtschaft der Welt ihren Vorsprung – technologisch wie demographisch - erhalten, indem die USA die besten Köpfe aus allen Regionen anziehen und zügig amerikanisieren. Damit lasse sich eine Synergie bewirken, für die es kein Vorbild gebe. Die Vereinigten Staaten könnten den Fehler älterer Imperien vermeiden, die aus der Trennung von Reichsvolk und Unterworfenen entstanden. Das mache sie fähig, den globalen Wettbewerb zu gewinnen: Amerika habe die Globalisierung erfunden, indem es nach zwei Weltkriegen und dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Öffnung aller Märkte erzwang, und nun schließt es diesen Prozeß ab durch eine „innere Globalisierung".

Fareed Zakaria: *The Post-American World*, London und New York 2008.

An der Konzeption Zakarias besticht vor allem die Unvoreingenommenheit. Er ist kein Anhänger der *manifest destiny* und kein naiver Befürworter eines Multikulturalismus. Wenn er an einer Stelle seines Textes auf Singapur als Musterbeispiel einer „meritokratischen" – also einer auf Verdienst beruhenden – Ordnung zu sprechen kommt, enthüllt er wohl den Kern seiner Anschauung: die Vorstellung, daß das kommende Zeitalter „sozialdarwinistisch gestimmt" (Rudolf Augstein) sein werde und bei verschärfter Konkurrenz nur diejenigen bestehen, die alle Kräfte nutzen, die ihnen zur Verfügung stehen. Sein Abschied von der Demokratie als Idee der Volksherrschaft ist oh-

ne Ressentiment und frei von der Vorstellung, eine perfekte Alternative zu haben; es geht ihm aber auch nicht um die defensiven Argumente einer Politischen Klasse die sich Konkurrenz vom Hals halten will, sondern um ein Modell, das dynamischer ist als das bisherige.

Natürlich kann man nicht davon absehen, daß Zakaria selbst zu jenen gehört, die er als wesentlichen Teil der kommenden Elite betrachtet: Er ist einer jener hochbegabten Einwanderer, beziehungsweise Amerikaner der ersten Generation, die, vornehmlich aus Asien stammend, schon jetzt einen Teil der tonangebenden Schicht stellen, und das Unbehagen, das die schwindende weiße Mehrheit empfindet, ist ihm fremd. Sollte die Entwicklung tatsächlich in die von ihm erwartete Richtung gehen, bleiben drei denkbare Reaktionen: a) Nachahmung, eingedenk der Tatsache, daß seit dem Ende des 19. Jahrhunderts noch jede Tendenz der amerikanischen Kultur Modellcharakter angenommen hat; b) Ablehnung im Namen von Basisdemokratie und Antikapitalismus; c) Modifikation.

Die zweite Alternative ist die populärste und gleichzeitig die aussichtsloseste. Ganz gleich, ob man sie internationalistisch oder nationalistisch aufmacht, es bleibt im Kern dabei, daß der Versuch, auf Graswurzelmitbestimmung oder eine Variante des Sozialismus zu setzen, an den Machtverhältnissen scheitern wird. Aussichtsreicher ist die erste. In Europa haben wir es längst mit Kopierversuchen zu tun. Die kurzlebige „Green Card" war nur der sichtbare Teil des Bemühens, hier zu wiederholen, was in den USA dauernd geschieht, wenn aus rein wirtschaftlichen Erwägungen hochqualifizierte Einwanderer angeworben werden. Daß das Projekt gescheitert ist, hat nicht nur mit der Unentschlossenheit der Verantwortlichen zu tun, sondern auch mit der europäischen Neigung, Politik und Sentimentalität zu verwechseln. Bestenfalls fürchtete man die negativen Begleiterscheinungen des amerikanischen Konzepts, das heißt die wachsende ethnische, religiöse und kulturelle Fraktionierung der Bevölkerung, die Notwendigkeit, immer größeren Aufwand zu treiben, um das *management of diversity* zu gewährleisten, sei es durch positive Diskriminierung der anderen, negative der Eigenen, finanzielle Ruhigstellung, Indoktrination und Gesinnungskontrolle.

Denn Zakarias Absage an die Demokratie hat ihre Berechtigung vor allem darin, daß Volksherrschaft ohne Volk nicht möglich ist, wenn man darunter eine hinreichend klar erkennbare politische Gemeinschaft versteht, die nicht nur infolge – subjektiver – Willensentscheidung zusammentritt, sondern auch durch – objektive – Merkmale verbunden wird. Solche Erkennbarkeit setzt immer, ausgesprochen oder unausgesprochen, die Einheitlichkeit des *demos* voraus. In Athen wurden bei der letzten Ausdehnung des Wahlrechts die Bürgerlisten geschlossen und den Fremden dauerhaft die politische Beteiligung verweigert. In der Neuzeit hingen der Aufstieg des Nationalstaatsgedankens und der des demokratischen Gedankens unmittelbar zusammen. Seither war es für jeden Staat von entscheidender Bedeutung, „wieviel als gemeinsamer ‚organischer' Willensgehalt in jedem Augenblick wirklich vorgegeben ist, und wieviel rational vereinheitlicht, herrschaftlich ‚organisiert' werden kann und muß" (Hermann Heller). Für unseren Fall bedeutet das, daß je weiter der „organische Willensgehalt" zurückgeht, in Folge wachsender ethnischer, sprachlicher, religiöser Heterogenität, desto nachhaltiger muß „organisiert" werden, da immer weniger Volk angenommen werden kann, das sich als „Willenseinheit" betätigt.

Hermann Heller: *Staatslehre als politische Wissenschaft,* zuletzt als Bd. 3 der Gesammelten Schriften, Tübingen 1992.

Interessanterweise hat Crouch in seinem erwähnten Essay über die Postdemokratie dieses Problem so charakterisiert, daß der *demos* die Fähigkeit verliere, ein „Bild" von sich zu entwerfen, das ihm erlaube, politisches Selbstverständnis und politische Zielsetzung zu entwerfen. Man könnte auch von einem Verfall der Repräsentanz sprechen, einem Virulentwerden jenes Schlüsselproblems aller staatlichen Ordnung, die klären muß, warum die vielen meinen sollen, daß sie eins sind. Zakaria hält das bestenfalls für eine Frage der Propaganda, tatsächlich geht es aber um den Kern der Sache, wenigstens für die Europäer, die ihr Selbstverständnis niemals nur auf den Besitz von Macht und die Anziehungskraft eines bestimmten *way of life* gegründet haben. Sie müßten sich aufgefordert sehen, eine Alternative im Sinn der Modifikation zu entwickeln: eine politische Verfassung, die nicht nur die Selbstbehauptung erlaubt, sondern auch die Integration des „organischen Willensgehaltes". Das wird um so schwerer, als man weder guten Gewissens „Demokratisierung" fordern kann, noch den Apologeten des neuen aufgeklärten Absolutismus folgen darf.

Spätglühend, weite Räume – Gottfried Benn und die letzte Haltung

von Till Röcke

Gottfried Benn ist die moderne Ikone der deutschsprachigen Literatur. Sein literarisches Vermächtnis, die „Ausdruckswelt", ist der wahrhaftige Versuch, den inhaltlosen Menschen aus seinem selbstverschuldeten Delirium zu befreien, Bigotterie einzutauschen gegen Essenz, die Tiefen-Dimension zu bemühen, wenn der scheele Blick nach Morgen geht. Alles an Benn taugt zur Provokation der maßstabslos darbenden Gegenwart – sie nötigt den wachen Geist, erzwingt die Lektüre, weil er fundamental dachte, gerade deshalb ohne letzte Wahrheit war, sein Bemühen immer als heroischen Versuch verstand, die Umklammerung der „schnell gegebenen Welt" aufzubrechen. Seine Haltung ist die letzte noch mögliche, sie geschieht innen, aber zielt nach außen, setzt dort an, wo die Worte und die Dinge ihren Bezug verloren haben – ihren Bezug, nicht ihre Existenz. „Alle Dinge wenden sich um, alle Begriffe und Kategorien verändern ihren Charakter in dem Augenblick, wo sie unter Kunst betrachtet werden, wo sie sie stellt, wo sie sich ihr stellen."

Seine Haltung also ist Kunst, seine Haltung ist keine Legierung anno dazumal, sie nimmt auf, aber gestaltet aus, erfindet nicht neu, aber führt Linien weiter. Sie ordnet einen „invarianten Schatz von Gebräuchen, Gewohnheiten, an Einrichtungen, Symbolen, Wegweisern und ‚kulturellen Immobilien', denen wir die Steuerung unseres Verhaltens in dem Gefühl überlassen können, es richtig zu machen." (Arnold Gehlen) Orientierung an immer Gültigem, das man aufgeben zu können glaubte. Für Nietzsche sind es „Bruchflächen", und sein Rezept, diese „funkeln zu lassen auf jede Gefahr und ohne Rücksicht auf die Ergebnisse", ist das Unterfangen der Artistik, „gegen den allgemeinen Nihilismus der Werte eine neue Transzendenz zu setzen: die Transzendenz der schöpferischen Lust".

Arnold Gehlen: *Die Seele im technischen Zeitalter,* zuletzt Frankfurt a.M. 2007.

Kunst als *Artistik*, als Wiederbelebung identitätsstiftender Bestände, also Zeitlosem, durch Montage. Sie kennt nur ein Ziel: die *Form*. Diese wirkt unmittelbar im Bewußtsein des Rezipienten, „bringt ins Strömen, wo

es verhärtet und stumpf und müde war, in ein Strömen, das verwirrt und nicht zu verstehen ist, das aber an Wüste gewordene Ufer Keime streut, Keime des Glücks und Keime der Trauer, das Wesen der Dichtung ist Vollendung und Faszination.“ Gottfried Benn ist Minimalist, Sinnsuche betreibend, um der *Statik* willen, die sich aus der Form ergibt. In toto: Er ist konservativ im ureigentlichen Sinne. *Con servare*, etwas in seinem Zusammenhang erhalten.

Karlheinz Weißmann: *Das konservative Minimum,* Schnellroda 2007.

Ganz Protagonist des 20. Jahrhunderts kann er das „Doppelleben“ verwirklichen, jene Prothese, die Nietzsche einst verwehrt blieb: die Aufspaltung des Lebens in zwei Hälften, eine alltägliche und eine transzendente. Letztere ist im Zeitalter der Moderne unerheblich geworden, da sich im Alltäglichen bereits alles Lebensnotwendige befindet oder zumindest als Narkotik erfolgreich dessen Abglanz verabreicht.

Die Preisgabe aber ist die „Tiefe des Weisen“, und dieser widersetzt Benn sich. So ringt er mit dem Geworfensein, naturwissenschaftlich – luzide den aufgeklärten Zweifel handhabend, ihn *vice versa* kühn gegen Materialismus und Borniertheit aufwendend, an ihm leidend, deistisch – atheistisch schwankend, eine einzige Rochade. Sein Werk ist zutiefst existentialistisch, die Oberfläche durchstoßend, alles Niedergeschriebene, noch die lyrischste Platitüde, ist rückgebunden an pure Erfahrung, ohne Spielarten zeitgeistiger Profilneurosen. Benns Definition des Schreibprozesses läßt daran keinen Zweifel aufkommen.

Es wäre fatal, es bei der allseits bekannten Schulbuch-Poesie der Krebsbaracke und den quietschenden Rattenschnäuzchen als poetischer Provokation zu belassen. Ende der zwanziger Jahre beginnt er, eben jenen expressionistischen Gestus programmatisch zu ordnen, die wüsten Rausch- und Entgrenzungsrituale in den Gedanken von Form und Inhalt zu bringen. Der „Montagestil“ wird Benns Methode.

„Worte, Einzelwörter, Komposita, kurze Syntagmen, die wirklichkeits- und erfahrungsgesättigt sind, sich aber nicht in der Wiedergabe der Wirklichkeit erschöpfen, sondern verborgene Seiten der Dinge aufdecken und in ihrem Zusammenwirken ein neues, schöpferisches und faszinierendes Bild der Welt entstehen lassen.“ (Helmuth Kiesel).

Helmuth Kiesel: *Geschichte der literarischen Moderne – Sprache, Ästhetik, Dichtung im zwanzigsten Jahrhundert,* München 2004.

Wer das nun mit *l’art pour l’art* verwechselt, also Kunst als Flucht, es für ästhetische Spielerei hält, griechisch-mediterran angehauchte Traumschloßbauerei, ist mit der Benn-Lektüre schlecht beraten. Benn phantasiert nicht, schließt im Ausschreiten der Ressourcen keine artifiziellen Kreise ab. Im Ansatz geht er auf die Theorie eines Stefan George ein, ohne dessen Hermetik und Abnabelung zu vollziehen. Die *Kunst als Flucht* findet sich genau hier: Die Haltung Georges ist Nostalgie, die in ihrem Autonomie-Verhängnis kurioserweise auf ein kommendes, unbedingt zu gestaltendes Zeitalter zielt. Benn hingegen akzeptiert die Moderne und nimmt ihr das Moment der blinden Umschichtung, der puren Dynamik: „[...] – Kunst ist statisch. Ihr Inhalt ist ein Ausgleich zwischen Tradition und Originalität, ihr Verfahren die Balance zwischen Masse und Stützpunkt.“ Unverkennbar zeigt sich hier der Einschlag des Avantgardismus, dessen Strömungen ab 1910 maßgeblichen Einfluß auf die Gegenwartskünstler ausüben. Gemein ist ihnen allen der Impetus, dem „Realitätszerfall“ der unübersichtlich gewordenen Wirklichkeit mittels Ästhetik zu begegnen. Besonders der Futurismus beeindruckt Benn, jene in Italien von Filippo Marinetti geprägte Vitalisierung der Gegenwartssprache. Diese aus dem „Gefängnis des lateinischen Satzbaus“ (Marinetti) zu befreien und im sprachkritischen Interregnum der „Ausdruckswelt“ in neuem Glanze erstrahlen zu lassen, wird zu seinem Ideal.

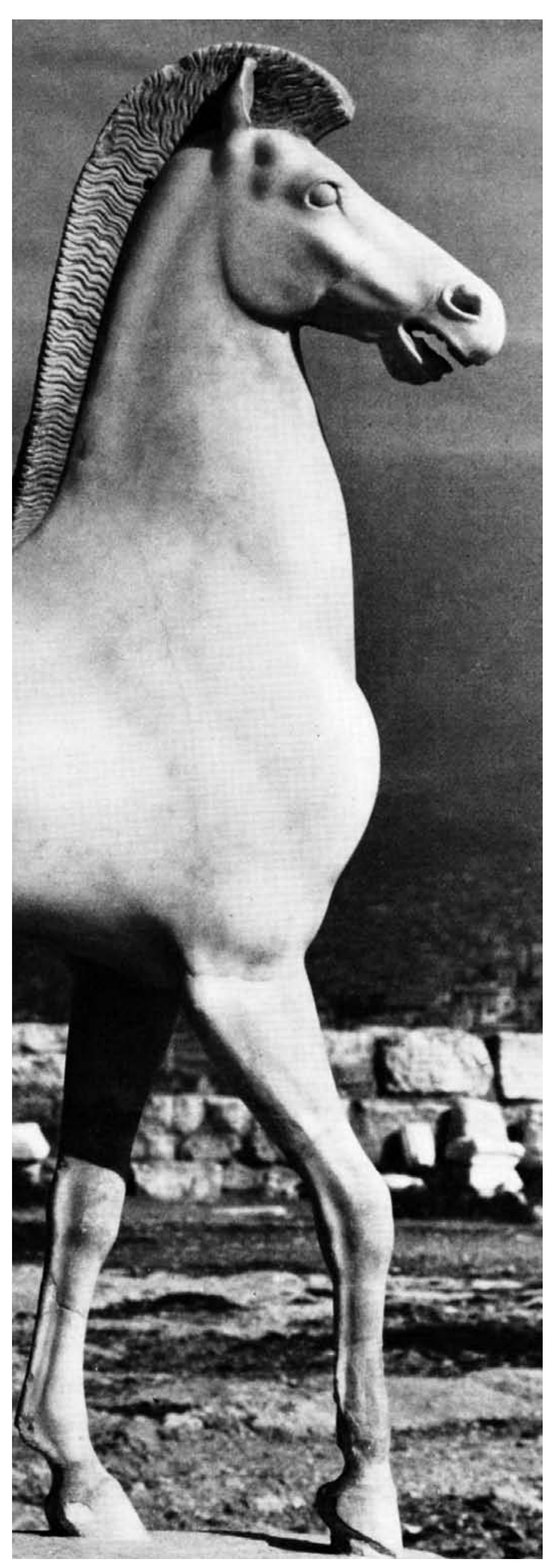
Wer sich andererseits mit dem populären Nazi-Verdikt abschießt in den Kosmos der Aufarbeitungs-Diskurse, wird zielen, aber nicht treffen. Benn führt seine Annäherung an die Herrschenden 1933 mit seiner seit Jahr und Tag vertretenen Anschauung, dem Heraushalten der Sphäre des konstruktiven Geistes aus dem politischen Bezirk als Notwendigkeit aller Kunst. Er fordert in Anlehnung an die italienische Symbiose Faschismus – Futurismus die bedingungslose formale, nicht inhaltliche, staatliche Förderung der Kunst, erkennt schon bald das Liederlich-Niedrige im Wesen des Nationalsozialismus – und in der Quintessenz die Unmöglichkeit einer Verschmelzung mit seiner eigenen Weltsicht.

Helmut Lethen: *Verhaltenslehren der Kälte,* zuletzt Frankfurt a.M. 1994.

Eva Hesse: *Die Achse Avantgarde-Faschismus,* zuletzt Hamburg 2006.

Die Annäherung mag das Prädikat fragwürdig tragen, jedoch kaum, weil sie für die abrupte Aufgabe einer leidenschaftlichen, Parteipolitik ablehnenden, Pariarolle in den Debatten der vorangegangenen Jahre steht, son-

Götz Kubitschek: *Gottfried Benn. Versuch über einen Faschisten*, in: *Sezession* (2006).



Große Form: Antike Pferdestatue, Akropolis, Athen

dern vielmehr wegen des Ausgreifens über ästhetisches Terrain hinaus. Der Kunstgedanke wird kurzzeitig überwölbt vom vermeintlichen „Hervortreten eines neuen biologischen Typs“. Jetzt wiegen die Erbmassen, der *Homme de lettres* ist plötzlich nur noch Arzt – er schert aus, schmeißt die Hälften des Doppellebens zusammen. Die Züchtungsphantasie gilt nun als Steilvorlage für die zukünftige Dichtergeneration, deren Arbeit unmittelbar das Biologische betreffen soll: „[...] was politisch geprägt wird, wird organisch erzeugt“.

Nun erscheint der Volkspädagoge, im Grunde kein Novum deutscher Geistesgeschichte. Man erinnere sich an das normative Gebaren der Klassik. Doch hat Friedrich Schillers erzieherische Kunst noch auf den Geist eines Zirkels Auserwählter gezielt, so betreibt Benn nun die Vermassung des Ideellen unter (vermeintlicher) Zeugenschaft der geschichtlichen Regung. Dank dieser anthropologischen Wendung sei nun der „Geist ... ungeheuer allgemein, produktiv und pädagogisch“, sein „Axiom“ lebe fortan „in der Kunst Georges wie im Kolonnenschritt der braunen Bataillone als ein Kommando“. Denn: „Es ist der Geist des imperativen Weltbildes, das ich kommen sehe.“ Ein wahrlich chiliastischer Anspruch!

Im Anschluß daran findet sich in Teilen der Sekundärliteratur die Sottise, mit Benn habe man exemplarisch einen Fall anrüchigen Mitläufertums in der Karikatur des steigbügelhalterischen Kunstbetriebs-Opportunisten vorliegen. Dessen 1948 langsam einsetzender, im folgenden Benn-Jahr in Westdeutschland sich manifestierender Nachruhm sei zwar zweifellos literarisch, jedoch nicht ohne weiteres moralisch, also: – *horribile dictu* – politisch zu verantworten. Berücksichtigt man die Tatsache, daß Anfang der dreißiger Jahre die Vermengung der Begriffe *politisch* und *privat* nicht ohne weiteres dem *common sense* entspricht, so bleibt dennoch festzuhalten, daß eine konjunkturelle Abfärbung auf das Werk nicht stattfindet. Die Blut-und-Boden-Oden schreiben andere.

Gottfried Benn ist zu keinem Zeitpunkt etwas anderes als ein politischer Charakter, Wesen und Wollen von Parteien bleiben ihm jedoch fremd. Er klebt nicht an der fabelhaften „Welteislehre“ oder sinnt seinen hymnisch besungenen „Leuten vom Fremdboottypus“ nach – diese obskure Gegenwelt der frühen zwanziger Jahre hat es auch gegeben, als lyrisches Motiv und

archaisches Pläsier, doch ernst zu nehmen ist sie nicht. Sie ist vielmehr ein Entsatzversuch gewesen, ein Wegdämmern in die Urzeit. Dies Gebaren legt sich mit dem aufkommenden Form-Drang.

Antje Büssgen: *Glaubensverlust und Kunstautonomie. Über die ästhetische Erziehung bei Friedrich Schiller und Gottfried Benn*, Heidelberg 2006.

Benn sieht die „neue Epoche des geschichtlichen Seins" am 1. Mai 1933 wohlwollend an seiner Berliner Wohnung vorbeimarschieren und bedauert es, als sein jüdischer Duzfreund und 1938 verschleppter, später freigekaufter Verleger Erich Reiß, „den Weg seiner Rasse ging". Auch dieses als Zwang, mit dem man (formend) umzugehen habe, zu akzeptieren, das nahm und nimmt man Benn übel.

Sein Zweifeln setzt wenige Wochen nach der sogenannten Machtergreifung ein, das Autoritäre, „die Macht, als die eiserne Klammer, die den Gesellschaftsprozeß erzwingt", hat begonnen, als kunstfeindliche Tyrannei aufzutreten. Benn sieht die Synthese von Geist und Macht, die alte Nietzsche-Vision des Übermenschen, gescheitert und zieht sich zurück. „Es gibt nur die Form und den Gedanken", diese Losung begleitet ihn fortan bis zu seinem Tode und verleiht seiner Poetik den klaren, nüchternen Zug der Defensive.

Benn hat die eingebrannte Überzeugung, den Menschen ausschließlich als tragisches, sich den Zeitläufen hinhaltendes Wesen zu deuten, niemals aufgegeben. Im Gegenteil: Sein konstitutiver Argwohn gegenüber der geschichtlichen Welt, der man mit dem Taschenspielertrick des Teleologischen nicht nur einen Sinn, sondern zugleich die Möglichkeit ihrer permanenten Veränderung durch Parteien- und Wohlfahrtsengagement untergeschoben hat, verfestigt sich und erreicht im Nachkriegswerk seine niedergeschlagene Vollendung.

Vor dem Hintergrund dieser Zeitenwende hält sich bis heute hartnäkkig die seit den sechziger Jahren verstärkt kursierende Mär, nicht nur vom geläuterten Ex-Nazi, der letztendlich den Dicht-Olymp erklommen hat, sondern zusätzlich der Makel, nun beherrsche ein Adenauer-Deutscher, restaurativ-kleinbürgerlich, das Lyrikressort.

Daß dem mitnichten so ist, daß Benn dem *zoon politikon* und dessen Treiben nach 1945 nicht weniger distanziert gegenübersteht als zuvor, zeigt der Blick auf die Produktion dieser Phase.

Zwar beginnen sich Ende der 40er Jahre die Wogen zu glätten, bedeutet die steigende öffentliche Reputation (unter anderem 1951 Georg-Büchner-Preis) zweifelsohne Balsam auf des geschundenen Egomanen Wunden, doch bleibt der Abstand zum Geschehen gewahrt. Aus dem Rückraum heraus betrachtet er die gesellschaftlich-politische Umgebung, weit entfernt von jeder offiziellen Stellungnahme, bar jedes Züchtungsgedankens: „ [...] der Staat sendet überall seine Zapfen hinein: Steuer, Miete, Sexualität, die Gesundheit, die Krankheit, überall hinein diese Staatszapfen, er hat eine Menschheit geschaffen, die ohne ihren Rheumatismus gar nicht mehr leben kann, da sonst ihr letzter Lebensinhalt verfällt." (1952)

Staat und Politikbetrieb als Störfaktoren der Lebensentfaltung, institutionelles Anrempeln des Individuums – ein öffentliches Ärgernis. Benn hat die zurückliegenden permanenten Besudelungen und Angriffe noch allzu gut im Gedächtnis. Seine resümierende und Ausblick vermittelnde Kurzschrift *Nihilistisch oder positiv?* von 1953 ist geprägt von dieser Erfahrung. Sie bietet keine Erlösungsformeln, keinen Aktionismus, aber eine Haltung als Fundament und Brückenwehr für einen Fortbestand des Denkerischen: „Das angefertigte Werk ist eine Absage gegen Zerfall und Untergang. Selbst wenn dieser schöpferische Mensch sich sagt, selbst wenn er weiß, auch die Kulturkreise enden, auch der, zu dem er gehört – der eine endet und der andere tritt in den Zenit, und darüber steht das Unaufhörliche reglos und wahrscheinlich im Wesen nicht menschlich –, der schöpferische Mensch sieht dem ins Auge und sagt sich, in dieser Stunde liegt auf mir das unbekannte und tödliche Gesetz, dem muß ich folgen, in dieser Lage muß ich mich behaupten, ihr mit meiner Arbeit entgegentreten und ihr Ausdruck verleihen." Behaupten, entgegentreten, Ausdruck verleihen: Somnambulismus geht anders.

Nichts liegt Benn ferner als die Isolation ohne Grundsatz. Die Persilschein-Hermeneutik zum Beispiel eines Dieter Wellershoff, dessen partiell immer noch grundlegende Forschungsarbeit aus den fünfziger Jahren an diesem Punkt leider peinlich anmutet, besticht durch einen jungdemokratischen Firnis, der an Benn freilich abtropft – Irrationalismus, der fatalen Demokratiehaß und Verführungsbereitschaft erzeugte, und dann die Läuterung, vulgo Belehrung, durch die geschichtliche Stunde – alles gerne vorge-

Dieter Wellershoff. *Gottfried Benn. Phänotyp dieser Stunde*, zuletzt Köln 1986.

tragene Topoi, um Rehabilitation und Eingliederung des Verfemten bemüht (wer liest schon gerne begnadete Faschisten?). Rührend absurd. Denn ein *pater peccavi* kommt gerade nicht in Frage. Das Politische, spätestens seit 1949 wieder schillernd in diversen Facetten von „bengalischen Krisenbeleuchtungen und Grundlagenfeuilletonismus", taugt wieder nur als Funktion, als Organisation des Notwendigen, das unmöglich die Kunst, die Innerlichkeit, diktieren kann. Noch in seinem Todesjahr verleiht Benn dieser Erkenntnis Ausdruck, als er in einem Nachruf auf Ortega y Gasset aus dessen Spätwerk zitiert: „Der Geist darf nicht als öffentliche Angelegenheit verwaltet werden, der geistige Mensch, wenn er seine Aufgabe erfüllen will, muß sich wieder absondern." Im Anschluß daran fällt sein vielleicht berühmtestes Zitat: „Im Anfang war das Wort und nicht das Geschwätz, und am Ende wird nicht die Propaganda sein, sondern wieder das Wort." Und der Bundesbürger Benn meint weder das Dritte Reich noch die Ostzone.

Das Wort also. Das hat Priorität, hier beginnt die Kunst. Die Geburt der Form, die immer auf Statik beruht. Statisch meint ausgewogen, maßhaltend und hat mit Lethargie nichts gemein. „Form ist der höchste Inhalt" (Emil Staiger), zitiert Benn.

Die künstlerische Handlung ist das Maximum an Freiheit, da ihr, wie jeder Handlung, ein Sinn zugrunde liegt, sie aber ohne auf eine Zweckmäßigkeit verpflichtet zu sein ein Werk entstehen läßt, das *Sinn* verkörpert. Dieses Kunst-Werk stillt keine Triebe, bedient keine Zapfsäule. Doch es setzt dem Imperativ des „Sein und Werde", dem Naturhaften, das Gebot der *Form* entgegen. Sie nagelt das Sein fest, zwingt es ins Passepartout, feiert den „Sieg über nackten Tatbestand und zivilisatorische Sachverhalte". Eine Welt des Ausdrucks entsteht und zieht das Individuum an, das gerade hiernach verlangt hat. In jenem Moment beginnt die *Sezession,* schafft die Kunst einen archimedischen Punkt, entfaltet sich das *Doppelleben*.

Diese *Ausdruckswelt* kann dabei weder verordnet, total, noch universal sein. Jedes Werk entfernt sich von der Intention seines Schöpfers und tritt ein in den Stil, gelangt so überhaupt vom *Ich* zum *Wir.* Und vergeht doch wieder, da stets von neuem der Prozeß ablaufen muß, immer und immer wieder Formung bedeutend. Das ist ohne Wirklichkeitsbezug nicht zu haben.

Götz Kubitschek: *Provokation*, Schnellroda 2007.

Plötzlich ist diese anthropologische Wendung ins Politische übersetzt, dort, wo der Mensch sich absondert, aus „[...] Ekel vor dem Gewusel und den Verdauungsgeräuschen eines Volkskörpers, der in seinem Wohlbefinden vom Verbrauch, der Vernutzung, dem materiellen Wohlstand und dem auf Dauer gestellten Lohnzettel abhängig ist" (Götz Kubitschek). Das Werk ist nach Abschluß niemals subjektiv, kann es gar nicht sein, da eine Interpretation stets möglich, das schöpferische Wort in anderem Zusammenhang in andere Räume weist – unendliche Assoziationen. „Das Laboratorium der Worte" leuchtet nun ein. An seiner Tür steht *Artistik*. Die Sprache wird von ihrer bloßen Mitteilungsfunktion emanzipiert, die Codes aufgebrochen, das Geschwafel dechiffriert. Benn setzt diese Sprache *absolut,* macht unmißverständlich klar: Sie gehört auch dir, dreht sich selbstverständlich um feste Begriffe wie Schuld, Stuhl, Schmieröl – doch du wählst ihre Beschreibung. „Wörter in Aktion" (Peter Bieri) umkreisen die Begriffe, unaufhörlich. Dein Teil ist ihre Anordnung, ein Querschnitt von bestimmten Worten, Beschwörungsrituale – vielleicht ein *konservativer Komplex*.

Konrad Roenne verwies kürzlich in seinem Essay *Der Balkan in mir – Zur Sehnsucht nach einer „Loslösung" vom Politischen, (Sezession* 23) auf den bei Nietzsche entlehnten Begriff der Sezession und setzt ihn in Bezug zur NS-Fürsprache von 1933. Diese Analogie scheint zunächst schlüssig, verkennt allerdings aus weiter oben genannten Gründen die eigentliche Motivation. Die „große Loslösung" ist dem späten Benn zuzuschreiben, im resignativen „Im Dunkel leben, im Dunkel tun, was wir können" vollzieht sie sich und schafft erstmals in seiner Vita einen reinen Standpunkt. Die angestaute Wut der Inneren Emigration, die Gewißheit, den 1933 auftretenden neuen Aggregatzustand eines „blinden Abrollens" von Geschichte trotz Parteinahme nicht geprägt zu haben, der Zivilisationsekel im Großen und Ganzen – all das ist nun durchlitten und zur Erkenntnis geronnen, daß nur ein Ertragen der bloßen Dinge, eine darauf fußende Haltung der schöpferischen Selbstsorge und das setzt voraus – ein Ausklinken vom Wirklichkeitsreigen, die Option für ein Später darstellt. Das ist modern *und* substantiell. Es ist die letzte Haltung.

Autoren dieses Heftes

Hans Becker von Sothen, 1959, studierte Geschichte und arbeitete als Redakteur bei den Wochenzeitungen *Junge Freiheit* und *Ostpreußenblatt*. Derzeit verantwortlich für das Programm des Ares-Verlags (Graz).

Thorsten Hinz, 1962, studierte Germanistik in Leipzig, war 1997/98 Kulturredakteur der Wochenzeitung *Junge Freiheit* und arbeitet seither als freier Autor in Berlin. 2004 erhielt er den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten. Letzte Buchveröffentlichungen:
Zurüstung zum Bürgerkrieg, Schnellroda 2008
Das verlorene Land. Aufsätze zur deutschen Geschichtspolitik, Berlin 2008

Ellen Kositza, 1973, studierte Germanistik und Geschichte, freie Publizistin. Verheiratet, sechs Kinder. Letzte Buchveröffentlichung:
Gender ohne Ende. Was vom Manne übrigblieb, Schnellroda 2008

Götz Kubitschek, 1970, studierte Germanistik, Geographie und Philosophie. Verheiratet, sechs Kinder. Seit 2002 selbständiger Verleger (Edition Antaios). Letzte Buchveröffentlichung: *Provokation*, Schnellroda 2007

Dr. Erik Lehnert, 1975, studierte Philosophie, Geschichte sowie Ur- und Frühgeschichte, promoviert in Philosophie. Verheiratet, vier Kinder.
Letzte Buchveröffentlichung:
Die Existenz als Grenze des Wissens. Grundzüge einer Kritik der Philosophischen Anthropologie bei Karl Jaspers, Würzburg 2006

Wiggo Mann, 1972, studierte Politik und Soziologie in Halle/Saale.

Günter Maschke, 1943, lebt seit 1970 als freier Autor, Verleger und Publizist in Frankfurt am Main, 1990-1992 Professor an der Hochschule der peruanischen Kriegsmarine, zahlreiche Veröffentlichungen zum Werk Carl Schmitts und Übersetzungen aus dem Spanischen.
Letzte Buchveröffentlichung als Herausgeber:
Juan Donoso Cortés: *Essay über den Katholizismus, den Liberalismus und den Sozialismus und andere Schriften aus den Jahren 1851 bis 1853*, Wien/Leipzig 2007

Till Röcke, 1981, studiert Neuere Deutsche Literaturwissenschaft, Germanistische Linguistik und Philosophie.

Konrad Roenne, 1979, studiert Linguistik und Bibliothekswissenschaft, Veröffentlichung von Erzählungen und Essays in Zeitschriften und Anthologien. 2003 Merkur-Essaypreis, 2005 Litarena-Literaturpreis, St. Pölten, 2008 Irseer Pegasus (2. Platz), Preis der *Sezession*.

Josef Schüßlburner, 1954, Jurist, Regierungsdirektor in einem Bundesministerium. Letzte Buchveröffentlichung:
Roter, brauner und grüner Sozialismus. Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus, Grevenbroich 2008

Dr. Martin Voelkel, 1951, studierte Religionspädagogik und ist Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens. Verheiratet, zwei Kinder.

Dr. Karlheinz Weißmann, 1959, Studium der Geschichte und Evangelischen Theologie, promoviert als Historiker. Verheiratet, ein Kind.
Letzte Buchveröffentlichung:
Deutsche Zeichen. Symbole des Reiches – Symbole der Nation,
Schnellroda 2007

Michael Wiesberg, 1959, Studium der Geschichte und Evangelischen Theologie, arbeitet als Lektor und PR-Berater. Letzte Buchveröffentlichung:
Botho Strauß. Dichter der Gegen-Aufklärung, Dresden 2002

War Ernst Rowohlt ein Nazi?

von Erik Lehnert

Ob es Günter Grass, Theodor Oberländer oder andere betrifft: Welche Möglichkeiten gibt es, einen anderen Menschen oder wenigstens sein Handeln zu verstehen, insbesondere dann, wenn die Zeiten, in denen sie lebten, von der unseren so grundverschieden waren? Was Wilhelm Dilthey und seine Schule bis ins kleinste durchdacht haben, beschränkt sich heute auf eine einfache Antwort: Laßt die Fakten sprechen. Als Nörgler steht man da, wenn man zaghaft fragt: Was sind das – Fakten? Und selbst wenn über diese Fakten Einigkeit herrscht, stellt sich die Frage nach der Interpretation, nach dem Verstehen.

Doch dieser Mühe muß man sich heute nicht mehr unterziehen. Man hat sich auf das Erklären verlegt, das seine Heimat in der Naturwissenschaft hat und eine Kausalität annehmen muß, ohne die naturwissenschaftliche Phänomene nicht erklärbar wären. Daraus wird in Zeiten der Wissenschaftsgläubigkeit ein absolutes Weltbild. Es reiht Phänomene nach einem bestimmten Muster aneinander, und am Ende steht die Bestätigung einer Theorie, die schon in den Voraussetzungen gegeben war. In dieser Art und Weise geht die Industrie der Aufarbeitung vor. Ihr genügen drei Thesen, um die Vergangenheit eines jeden, der das Pech hatte, zwischen 1933 und 1945 in Deutschland gelebt zu haben, zu erklären: 1. Was der Einzelne über sein eigenes Handeln und die Gründe sagt, ist in jedem Fall falsch. 2. Jeder, der nicht im KZ gesessen hat, ist kriminell. 3. Differenzierungen sind grundsätzlich zu vermeiden.

Sollte der Eindruck entstanden sein, daß sich die Vergangenheitsbewältigung etwas entspannt hat, ist dieser falsch. Es kann, wie aus heiterem Himmel, jeden treffen, jüngst auch den Verleger Ernst Rowohlt (1887–1960).

Karl Jaspers: *Psychologie der Weltanschauungen* (1919), Berlin/Göttingen/Heidelberg 1971 (6. Auflage).

Volker Hage/David Oels/Klaus Wiegrefe: *Hauptmann der Propaganda*, in: *Der Spiegel* 22/2008, S. 156–159.

Der Hintergrund: Der Rowohlt-Verlag, der seit 1982 zum Holtzbrinck-Konzern gehört, feiert in diesem Sommer sein einhundertjähriges Bestehen. Deshalb ist ein opulenter Jubiläumsband erschienen (siehe *Sezession* 24), der diese 100 Jahre Revue passieren läßt: die Gründung als Verlag der literarischen Moderne, in dem Kafka sein erstes Buch veröffentlichte, die Neugründung nach dem Ersten Weltkrieg als Verlag, der eine neue Art des Sachbuchs (was man heute als Kulturgeschichte bezeichnet) entwickelte, in seinem Bestand rechte und linke Autoren versammelte (beispielsweise Kurt Tucholsky und Ernst von Salomon) und der die moderne amerikanische Literatur für Deutschland entdeckte.

Hermann Gieselbusch/Dirk Moldenhauer/Uwe Naumann/Michael Töteberg: *100 Jahre Rowohlt. Eine illustrierte Chronik*, Reinbek 2008.

Was zum Streit führen mußte, war die Darstellung des Verlags in der NS-Zeit, die den drei genannten Thesen nicht entsprach, nicht entsprechen konnte. Das rief den *Spiegel* auf den Plan: „Der legendäre Verleger Ernst Rowohlt umgab sich gern mit der Aura des trinkfesten Lebemannes und entschiedenen Nazi-Gegners – entsprechend ungern wird jetzt, zum 100-Jahre-Jubiläum der Gründung des Rowohlt-Verlags, über seine dubiose Tätigkeit in der Wehrmacht geredet." Der Einwand des heutigen Verlagsleiters, Alexander Fest, es handele sich um eine Verlagsgeschichte, nicht um eine Biographie Rowohlts, wird vom *Spiegel* mit dem Hinweis auf die anhaltende Identität von Verlag und Gründer beiseite geschoben. Dieses Argument hat sicher seine Berechtigung. Damit wird allerdings auch impliziert, daß es sich bei Ernst Rowohlt um keine subalterne Existenz handelt, die mal einen Verlag gegründet hat, sondern um eine Persönlichkeit, bei der man eben mehr Problembewußtsein vermuten dürfte als bei anderen Zeitgenossen.

Ernst von Salomon: *Der Fragebogen*, Hamburg 1951.

Mara Hintermeier/Fritz J. Raddatz (Hrsg.): *Rowohlt Almanach 1908–1962. Mit einem Vorwort von Kurt Pinthus und der vollständigen Bibliographie von 1908–1961*, Reinbek 1962.

Die ganze Geschichte des Rowohlt-Verlags in den dreißiger Jahren ist oft erzählt worden, nicht zuletzt von Salomon in seinem *Fragebogen*, und auch schon oft genug kritisiert worden. Vor ziemlich genau 25 Jahren, zum 75. Jubiläum des Verlags, ritt die *tageszeitung* eine ähnlich Attacke: „Der Verleger Rowohlt war wirklich in keiner Lage verlegen um Ausreden, Geschichtsfälschung, unglaubliche Verdrängungsakrobatik, Eigenlob, Schönfärberei, doppelte Moral, Instinkt für die Forderungen der Zeit, Geschäftssinn. Nur eines war er nicht, ein Mann, der sich seiner Verantwortung bewußt ist." Der Sohn und Nachfolger, Heinrich Maria Ledig-Rowohlt (1908-1992), kommentierte dies damals trocken: „Das können junge Leute heute schreiben, weil sie nicht wissen, wie es damals war." Heute wie damals muß man sich die Frage stellen, was wirft man Rowohlt eigentlich vor?

Hans Fallada: *Ewig auf der Rutschbahn. Briefwechsel mit dem Rowohlt-Verlag*, hrsg. von Michael Töteberg und Sabine Buck, Reinbek 2008.

Zunächst einmal: Rowohlt verlegte bis 1938 in Deutschland Bücher, war damit ein glatter Opportunist, der Geschäfte machen wollte. Als Beleg dafür führt der *Spiegel* an, daß Rowohlt, der vor 1933 „nazikritische Schriften" verlegt hatte, den Bildband *Ein Volk steht auf* ins Programm nahm. Ledig spricht von Tarnung, was näherliegt als die Unterstellung einer Nazi-Gesinnung. Davon abgesehen: Es war bekannt, die vollständige Bibliographie der betreffenden Jahre liegt seit 1962 vor. Ledig: „Verborgen haben wir das nie." Was hätte Rowohlt nach Meinung des *Spiegels* tun sollen? Es wird zwar erwähnt, daß der Rowohlt-Verlag von den Bücherverboten nach 1933 mit am stärksten betroffen war, doch hätte man ebensogut Bücher anführen können, die die Argumentation des *Spiegel* ad absurdum führen würden: Erwin Topfs *Die grüne Front*, eine Kritik am „Blut und Boden"-Konzept erschien noch 1933. Und durch die Veröffentlichung der Korrespondenz zwischen Rowohlt und seinem Bestsellerautor Fallada sind wir in der Lage, nachzuvollziehen, wie schwierig es war, damals vernünftige Bücher zu machen. Das ist aber nicht der Punkt.

„Die Ratten betreten das sinkende Schiff." – Blockadebrecherabzeichen für Rowohlt 1941



Im Juli 1938 wird Rowohlt wegen „Tarnung jüdischer Autoren" aus der Reichsschriftumskammer (RSK) ausgeschlossen, was einem Berufsverbot gleichkam. Im „Jahreslagebericht 1938 des Si-

Heinz Boberach (Hrsg.): *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945*, Band 2, Herrsching 1984.

cherheitshauptamtes“ (Sicherheitsdienst der SS) heißt es rückblickend: „Die Ausschaltung politisch unzuverlässiger Elemente aus dem Buchverlag, der dem weltanschaulichen Gegner noch in weitem Umfange als Kampfbasis verblieben war, hielt an. Beispielsweise wurde der frühere kultur-bolschewistische Verleger *Rowohlt* von jeder verlegerischen Tätigkeit ausgeschlossen“. Rowohlt verläßt am 19. November 1938 Deutschland und reist nach Brasilien, der Heimat seiner damaligen Frau, wo er bis 1940 bleibt. Der zweite Vorwurf lautet also: Rowohlt kehrte nach Deutschland zurück. Warum? Rowohlt selbst sagt: Er wollte wieder verlegen, sah 1940 den Zusammenbruch kommen, konnte nicht abseits stehen in der Stunde der Not. Der *Spiegel* bezweifelt dies und nennt als mögliche Gründe: Langeweile und Entfremdung von der Frau. Spontan fallen einem andere ein: Heimweh und Abenteuerlust. Was soll er in Brasilien, wenn Deutschland kämpft (als er verreiste, war noch kein Krieg)? Hinzu kommt, daß 1939 seine Mutter starb und ihm ein Erbe zustand, das er in Anspruch nehmen wollte. Der Verlegerkollege Karl Baur, Callwey-Verlag, hat die Situation erlebt: „Es kam der Krieg. Den alten Soldaten zog es, allen Erfahrungen zum Trotz, nach Hause. [...] Ob ich an seiner Stelle zurückgekommen wäre? Ihm aber wog seine Verpflichtung als Deutscher und Offizier schwerer als alles, was man ihm zugefügt hatte.“ Der *Spiegel* erweckt dagegen den Eindruck, als ob Rowohlt vom soldatischen Eifer zerfressen gewesen wäre, weil er unbedingt noch vor dem Endsieg seine Regimetreue unter Beweis stellen wollte.

Heinrich Maria Ledig-Rowohlt: *Prince Henry. Gespräch mit Alexander* U. Martens in der Reihe „Zeugen des Jahrhunderts“, Göttingen 1992.

Karl Baur: *Wenn ich so zurückdenke... Ein Leben als Verleger in bewegter Zeit*, München 1985.

Löblich ist, daß der *Spiegel* recherchiert hat, was Rowohlt bei der Wehrmacht machte (dritter Vorwurf: Rowohlt war in der Wehrmacht). Er war bei einer Propagandatruppe in Griechenland und im Kaukasus eingesetzt. Was ist daran schlimm? Die Eckdaten stehen bereits in der Biographie von Mayer, über die genauen Aufgaben, insbesondere seine konkreten Beteiligungen an irgendwelchen antisemitischen Propagandaaktionen kann auch der *Spiegel* nur spekulieren, da im Januar 1943, beim Rückzug aus dem Kaukasus, alle Akten vernichtet wurden.

Rowohlt wurde am 30. Juni 1943 als „politisch unzuverlässig“ aus der Wehrmacht entlassen, vermutlich weil man seine Unterschrift unter einem Aufruf von 1927 zur Überprüfung des Urteils gegen Max Hoelz fand. Der *Spiegel* schreibt: „Seine Entlassung bedauerte er.“ Was den Eindruck erwekken soll, daß Rowohlt lieber weiter Krieg geführt hätte. Vielleicht. Näher liegt aber die Annahme, daß er befürchtete damit aus dem Schutz der Wehrmacht entlassen zu sein. Daß die Wehrmacht Schutz bot, ist bekannt. Der oben erwähnte Erwin Topf ist, wie auch Gottfried Benn, ein schönes Beispiel: „Dr. Topf hatte genau das getan, was man damals machte, wenn man in Gefahr geriet, von der Gestapo verhaftet zu werden: Er hatte sich reaktivieren lassen als Oberst der Wehrmacht – da konnte auch die Gestapo nichts mehr wollen.“ (Ledig)

Max Hoelz: *Briefe aus dem Zuchthaus. Hrsg. und mit einem Vorwort von Egon Erwin Kisch*, Berlin 1927. Im Anhang: „Neutrales Komitee für Max Hoelz“ mit 163 Unterzeichnern vom 23. April 1927.

Vierter Vorwurf: „Was er [im März 1946] verschwieg und was auch in der Rowohlt-Chronik nicht vorkommt: Er spendete vor seiner Brasilien-Fahrt Geld an eine SS-Staffel in unbekannter Höhe.“ Zunächst: Wer hätte das damals nicht verschwiegen? Auch klingt der Vorwurf so, als hätte Rowohlt jemanden umgebracht, oder es läge eine Spendenaffäre wie bei der CDU vor. Vielleicht waren es zehn Mark für eine verlorene Wette? Vielleicht wollte er sich das Wohlwollen von irgend jemandem erkaufen? Immerhin versuchte er, gegen das im Juli 1938 ausgesprochene Berufsverbot vorzugehen und hoffte vielleicht, auf diese Weise Unterstützung zu erhalten? Nicht schön – aber doch zu verstehen. Daß hinter den Kulissen die Strippen gezogen wurden, belegt Baur, der mehrfach das Ministerium einschaltete, um eben das Schlimmste, ein Berufsverbot, zu verhindern.

Harry Rowohlts Leserbrief, in: *Der Spiegel* 24/2008, S. 13. Auf derselben Seite findet sich auch ein Leserbrief von Ralph Giordano zum Thema, ein trauriges Zeugnis moralischer Haltlosigkeit.

Daher läßt sich auch Rowohlts Mitgliedschaft in der NSDAP (fünfter Vorwurf) erklären. Er selbst kommentierte dies so: „Wenn ich nicht Mitglied bin, können sie mich um so leichter matt setzen.“ Zeitgenossen nahmen diesen Schritt nicht ernst (Hans Zehrer) oder hielten ihn für naiv (Theodor Eschenburg). Keiner wäre auf die Idee gekommen, darin Rowohlts Gesinnung ausgedrückt zu sehen. Zu verstehen ist auch, warum Rowohlt sich im August 1943 um die Bestätigung seiner Parteimitgliedschaft bemühte. In der NS-Polykratie war es überlebenswichtig, irgendeiner Organisation anzugehören, um deren Schutz in Anspruch nehmen zu können.

Theodor Eschenburg: *Letzten Endes meine ich doch. Erinnerungen 1933–1999*, Berlin 2000.

Sechster Vorwurf ist ein Brief an Sinclair Lewis von 1933. Die zitierten Stellen aus dem Brief an Lewis rechtfertigen das Vorgehen gegen die Juden. Eine „gewisse antisemitische Bewegung der Nationalsozialisten“ sei

Paul Mayer: *Ernst Rowohlt in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Reinbek 1968, ND 2008.

angesichts des jüdischen Einflusses durchaus berechtigt gewesen. Allerdings kam das Schlimmste für die Juden noch. Bis Ende 1933 waren Juden durch Gesetze und Boykott entrechtet worden. Daß Rowohlt angesichts dieser Maßnahmen von „ungeheuren Härten" spricht, zeigt doch, daß er bereits das als ungeheuerlich empfindet – und dennoch rechtfertigt. Rowohlts Sohn Harry (geb. 1945), der bekannte Übersetzer, hat dazu die Vermutung geäußert, daß diese Aussagen von einem Linken (Theodor Eschenburg: „Im Grunde genommen war Rowohlt immer ein Linksradikaler gewesen. Aber das nicht etwa, weil er selber linksradikal war, sondern weil er fand, daß das die interessanteren Leute seien." Rowohlt war Mitglied der „Freunde der Sowjetunion".) an einen Linken „vielleicht für Mitleser" gedacht waren. Damit demonstriert er eine Möglichkeit, die verstehen möchte, weil das Zitat so gar nicht mit dem zusammenpaßt, was man von Rowohlt sonst über sein Verhältnis zu Juden weiß.





Die „Ratte", rauchend und auf einem Steg

Immerhin hat er sie bis zuletzt gedeckt und dabei sogar seinen Verlag riskiert und schließlich auch verloren. Ein schönes Beispiel dafür ist Paul Mayer, seit 1919 Lektor bei Rowohlt, der 1938 emigrieren konnte und nach Rowohlts Tod diesem mit seiner Biographie ein Denkmal (das dem *Spiegel* gar nicht gefällt) gesetzt hat. Wenn Rowohlt der gewesen wäre, für den ihn der *Spiegel* hält, hätte er das wohl nicht gemacht. Nebenbei bemerkt: Wenn der Artikel des *Spiegel* keine denunziatorische Tendenz haben sollte, wäre positiv vermerkt worden, daß Mayer Jude war. Das wird aber verschwiegen.

Verschweigen, Unterstellungen und ein falscher Zungenschlag bestimmen diesen Versuch, Rowohlt etwas anzuhängen. Das Infame besteht in diesem Fall darin, daß es sich bei Rowohlt um einen in jeder Hinsicht vorbildlichen Menschen handelte, der sich nach allen Zeugnissen menschlich tadellos gehalten hat. Um das zu erkennen, muß man die Situation offenbar selbst erlebt haben oder aber wenigstens verstehen wollen, und das bedeutet, dem anderen zunächst einmal (wenn nicht pathologisches oder kriminelles Verhalten vorliegt) nichts zu unterstellen, was einem selbst fremd wäre. „Auf der Grundlage des Erlebens und des Verstehens seiner selbst, und in beständiger Wechselwirkung beider miteinander, bildet sich das Verstehen fremder Lebensäußerungen und Personen." (Dilthey) Verstehen ist ein Prozeß, der nicht ohne eigenen Einsatz zu haben ist. Zunächst muß man dabei beachten, „daß man das Verhalten der unter Diktatoren Lebenden und Aushaltenden nicht an Maßstäben messen sollte, die in liberalen Demokratien üblich sind" (Gottfried Dietze).

Rowohlt war Verleger aus Leidenschaft. Er verlegte „Bücher, um das Leben stärker zu fühlen" (Friedrich Sieburg). Er repräsentierte in der Weimarer Republik ein weltanschaulich nicht festgelegtes Programm, das Qualität in den Mittelpunkt stellte. Das brachte ihm nach 1933 den Vorwurf des „Kulturbolschewismus" ein. Sein Bemühen auch nach 1933 seiner Verantwortung als „Mittler des geistigen Gutes" (Jean Gebser) nachzukommen, kann unter dem gegenwärtigen Differenzierungsverbot nicht gewürdigt werden. Den „letzten Feldzug gegen den Adel des Menschen" (Jaspers) hat der mißgünstige Kleingeist, in diesem Fall die *Spiegel*-Journalisten, gewonnen. Wenn Rowohlt angesichts dieser Sachlage aufgegeben hätte, wären seine Angestellten arbeitslos gewesen, was besonders für die beiden jüdischen Lektoren schlimme Konsequenzen gehabt hätte. (Auch im NS mußte man Essen und Miete bezahlen, Geld verdienen.) Rowohlt war kein Samariter, der half, um zu helfen. Er konnte nur helfen, wenn er erfolgreich Bücher verlegen würde. Dem hat er alles untergeordnet. Bis zu einem Punkt, an dem es nicht mehr weiterging. Wenn man so will, hat er die kleinen Lügen gewählt, um den großen Verrat nicht begehen zu müssen. Und nach Sachlage hat er ihn nicht begangen. Wer kann das heute von sich behaupten?

Wilhelm Dilthey: *Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften*, Leipzig/Berlin 1927 (Gesammelte Schriften; 7).

Gottfried Dietze: *Schuld und Schulden*, Berlin 2007.

Walther Kiaulehn: *Mein Freund der Verleger. Ernst Rowohlt und seine Zeit*, Reinbek 1967.

Unversöhnlich – Elie Wiesel zum 80.

von Michael Wiesberg

Weltweit gilt der Holocaust-Überlebende, US-Schriftsteller und überzeugte Zionist Elie Wiesel, der in diesen Tagen 80 Jahre alt wird, als einer der wichtigsten Künder und Deuter des Holocaust. Umfangreich sind die Ehrungen, die ihm zuteil geworden sind: 1986 erhielt er sogar den Friedensnobelpreis. In der Presseerklärung des Komitees hieß es aus diesem Anlaß, daß Wiesel, der ein „Botschafter der Menschheit" sei, eine machtvolle Botschaft des „Friedens, der Versöhnung und der menschlichen Würde" gegeben habe. 2005 erhielt er den Dignitas Humana Award der St. John's School of Theology Seminary, Minnesota, USA. Am 30. November 2007 wurde er in London in den Ritterstand erhoben, und zwar in Anerkennung seines Einsatzes zur Schaffung einer „Holocaust education" im Vereinigten Königreich.

Immer wieder hat Wiesel, so zum Beispiel in *Die Massenvernichtung als literarische Inspiration*, darauf hingewiesen, daß über eine Situation (gemeint ist Auschwitz), welche jenseits jeder Beschreibung liege, nicht gesprochen, sondern nur geschwiegen werden könne.

Elie Wiesel: *Die Massenvernichtung als literarische Inspiration*, in: *Gott nach Auschwitz. Dimension des Massenmordes am jüdischen Volk*, hrsg. v. Eugen Kogon, Johann Baptist Metz, Freiburg i. Br. 1979.

Dessen ungeachtet ergriff er in der Folge aber immer wieder das Wort in allen Fragen, die den Holocaust, seine Auslegung und vor allem seine moralischen Konsequenzen für die Menschheit heute betreffen. Der US-Politologe Norman Finkelstein quittierte dieses Verhalten mit der provokativen Rückfrage: „Wenn Schweigen die einzige Antwort ist, warum berechnen Sie dann pro Vortrag 25.000 Dollar? Und was lernt man aus dem Schweigen? Ich meine, das ist reiner Unsinn." Kritik, wie die hier von Norman Finkelstein geäußerte, hat dem Renommee von Wiesel keinen Abbruch getan, im Gegenteil. Offensichtlich gibt es Gründe, warum Wiesel dem berühmten Wittgensteinschen Diktum – „Wovon man nicht sprechen kann, darüber muß man schweigen." – nicht gefolgt ist. Diese Gründe liegen, er hat es oft genug betont, in seiner Biographie begründet.

WILL Radio Interview, Universität von Illinois, 4. Oktober 2004, 17:45 Uhr Sendungsbeginn; im Internet abrufbar unter: www.en.wikipedia.org/Eintrag „Elie Wiesel" (eingesehen am 12. Mai 2008).

Elie Wiesel wurde am 30. September 1928 als Eliezer Wiesel im rumänischen Sighet geboren. Er wuchs in einer orthodoxen Gemeinde heran, seine Ju-

Elie Wiesel: *Alle Flüsse fließen ins Meer*, Hamburg 1955.

gend endet aber mit der Besetzung Ungarns durch die Deutschen am 19. März 1944. Im Mai 1944 beginnen die Deportationen, und Wiesel wird mit seiner Familie nach Auschwitz-Birkenau gebracht. Seine Mutter und seine jüngere Schwester kommen in Auschwitz um. Zwei Schwestern Wiesels überleben das Konzentrationslager. Wiesel selbst kommt zusammen mit seinem Vater in das Arbeitslager Monawitz-Buna. Anfang 1945, die Rote Armee rückt Auschwitz immer näher, wird Wiesel mit seinem Vater nach Buchenwald transportiert. Sein Vater stirbt, kurz bevor die Amerikaner das KZ erreichen.



Überlebende in Buchenwald: 1945; in der zweiten Reihe, als siebenter von links ist Elie Wiesel zu sehen

Nach seiner Befreiung stellt sich für Wiesel die Frage der Neuorientierung. Er entscheidet sich, nach Frankreich zu gehen und lebt zunächst in einem Lager für „displaced persons", studiert die Thora und den Talmud. 1948 schreibt er sich in Paris an der Sorbonne für das Studium der Philosophie, Psychologie und Literatur ein. Er beginnt, für die Zeitschrift *Zion im Kampf*, dem publizistischen Sprachrohr der in Palästina aktiven, terroristischen zionistischen Untergrundbewegung Irgun, zu schreiben. Die Irgun, 1937 gegründet, kämpft in Palästina gegen die britische Mandatsregierung und gegen die Araber, für die Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates.

Ellen Norman Stern: *Wo Engel sich versteckten. Das Leben des Elie Wiesel*, Freiburg i.Br. 1986.

Zu einem Wendepunkt im Leben Wiesels wird die Bekanntschaft mit dem bekennenden Katholiken und Literatur-Nobelpreisträger François Mauriac, den er Mitte der 1950er Jahre kennenlernt. Laut Wiesel hat dieser ihn motiviert, nun doch über seine Erlebnisse in deutschen Konzentrationslagern zu schreiben. Ergebnis dieser Bekanntschaft ist die weltweit publizierte, „autobiographische" Erzählung *Die Nacht zu begraben, Elischa*, die 1958 auf französisch erscheint und für die Mauriac ein Vorwort beisteuert. Die *Nacht* sollte, wenn auch nicht direkt nach Erscheinen des Buches, Wiesels literarischen Durchbruch bedeuten.

1956 geht Wiesel für die israelische Zeitung *Jedi'ot Acharonat* als Korrespondent in die USA, wo er als Berichterstatter bei den Vereinten Nationen tätig ist. Er beginnt, in regelmäßiger Folge Bücher zu veröffentlichen. 1963 übersiedelt er vollständig in die USA. 1972 übernimmt er eine Professur für Philosophie, Judaistik und Literatur in New York und 1978 eine Professur für jüdische Studien an der Universität Boston. 1979 wird er zum Vorsitzenden des Holocaust Memorial Council bestimmt, der im selben Jahr von US-Präsident Jimmy Carter ins Leben gerufen wurde. 1986 erhält er, wie erwähnt, auch auf Vorschlag von Mitgliedern des Deutschen Bundestages, den Friedensnobelpreis. In einer Pressemitteilung des deutschen Bundestagsabgeordneten Peter Petersen vom 15. Oktober 1986 heißt es hierzu unter anderem: „Aus seinen persönlichen grauenhaften Erfahrungen hat sich Prof. Wiesel seit Jahren für die Versöhnung eingesetzt aus der Überzeugung, daß ein zweites [sic] Holocaust – wo auch immer in der Welt – nur vermieden werden kann, wenn der erste nicht vergessen wird."

Diese Begründung eines deutschen Bundestagsabgeordneten erstaunt, weil Wiesel des öfteren klar gemacht hat, daß der Begriff „Versöhnung" für Deutsche bestenfalls eingeschränkt gelte. Als etwa US-Präsident Ronald Reagan und Bundeskanzler Helmut Kohl Hand in Hand auf einem Soldatenfriedhof in Bitburg die Gefallenen ehrten (darunter auch Angehörige der Waffen-SS), verurteilte Wiesel diesen Versöhnungsakt scharf als ein falsches Symbol. Auch die Haltung des bekennenden Zionisten Wiesel zu den Palästinensern ist ein beredtes Zeugnis dafür, wie fragwürdig Wiesels Botschaft des „Friedens, der Versöhnung und der menschlichen Würde" ist. Von der *New York Times* zu den Massakern in den Palästinenserlagern Sabra und Schatila in der Region Beirut (1982), die sich quasi unter den Augen israelischer Soldaten abspielten, befragt, gehörte er zu den wenigen US-Amerikanern, die keinerlei Bedauern zeigten. „Ich denke, wir sollten das nicht kommentieren", gab er zu Protokoll.

Offensichtlich hält Elie Wiesel nichts, was geschehen kann, für vergleichbar mit dem, was in Auschwitz geschah. Wenn das „Böse" nicht mehr über-

troffen werden könne, dann fehlten die Worte, um es zu beschreiben. Es negiert laut Wiesel alle Antworten und kann nicht erklärt oder veranschaulicht werden. Ergo ist das Böse, das im Holocaust seinen Ausdruck fand, einzigartig und unvergleichlich. Wiesel weiß sich mit dieser Sichtweise nicht allein: Abraham Foxman, der Leiter der Anti Defamation League, stellte ganz auf dieser Linie fest, daß der Holocaust nicht einfach ein Beispiel eines Völkermords sei, sondern „ein fast erfolgreicher Angriff auf das Leben der erwählten Kinder Gottes und deshalb auf Gott selbst". Der Harvard-Philosoph Robert Nozick sieht den Holocaust auf einer Stufe mit der Erbsünde nach christlichem Verständnis: „Ich glaube, daß der Holocaust ein Ereignis wie der Sündenfall ist, wie ihn das traditionelle Christentum auffaßte, etwas, daß die Situation und den Status der Menschheit radikal und drastisch ändert."

Peter Novick: *Nach dem Holocaust*, Stuttgart und München 2001.

Robert Nozick: *Vom richtigen, guten und glücklichen Leben*, München 1991.

Das sind beispielhafte Belege für die Auffassung des italienischen Publizisten Sergio Romano, der in seinem heftig diskutierten Buch *Brief an einen jüdischen Freund* feststellt: „Für einen Teil des Judentums ist der Holocaust nicht nur das zentrale Ereignis des vergangenen Jahrhunderts, vielmehr manifestiert sich durch ihn das Böse in der Geschichte, und zwar das Böse selbst – eine Art ‚Gegengott', den es mittels Gedenkveranstaltungen, Mahnmalen, Museen, Zeugnisse der Betroffenheit und Bitten um Vergebung ständig zu bannen gilt."

Dieser „Gegengott" des Bösen hat Wiesel nach seiner Darstellung zunächst den Mund verschlossen, und er hat die Nichtmitteilbarkeit der Holocaust mit allen möglichen Wendungen beschworen: Sie „negiere alle Antworten", sie „liege außerhalb, wenn nicht jenseits der Geschichte", sie „entzieht sich sowohl dem Wissen als auch der Beschreibung", sie „kann weder erklärt noch veranschaulicht werden", sie markiere die „Zerstörung der Geschichte", beziehungsweise sei „eine Entartung kosmischen Ausmaßes" und „das ultimative Ereignis, das ultimative Mysterium, das nie verstanden und mitgeteilt werden kann. Nur diejenigen, die dort waren, wissen, wie es war; die anderen werden es nie wissen".

Sergio Romano: *Brief an einen jüdischen Freund*, Berlin 2007.

In seiner religiösen Bedeutung parallelisiert Wiesel des Holocaust als „der Offenbarung bei Sinai ebenbürtig"; Versuche der „Entheiligung" oder „Entmystifizierung" des Holocaust seien, sagt er, eine subtile Form des Antisemitismus. Wiesel, so schlußfolgert zum Beispiel Peter Novick, habe mit seiner Hervorhebung, „jeder Überlebende hat mehr zu sagen als alle Historiker zusammen, was geschehen war", viele Juden überzeugt, den Holocaust als so etwas wie eine „Mysterien-Religion" zu behandeln, in der Überlebende eine privilegierte (priesterliche) Autorität bei der Interpretation des Mysteriums hätten. Der Überlebende sei „ein Priester geworden", weil er „wegen seiner Geschichte" heilig sei.

Die Entrückung des Holocaust zu einer Art „Mysterien-Religion" hat unter anderem zur Folge, daß aus Holocaust-Museen „natürliche Ort[e] für interreligiöse Gottesdienste" werden; sie übten die Funktion aus, „sowohl dem Nichtjuden wie auch dem Juden unser jüdisches Erbe und unsere jüdischen Bedürfnisse zu erklären" (Blu Greenberg). Wiesel streicht heraus, daß die Überlebenden des Holocaust von Gott gerettet worden seien, um Zeugnis abzulegen. Entsprechend begründet Wiesel die Beendigung seines Schweigens und seine Zeugenschaft.

Zeugnisse von Holocaust-Überlebenden bekommen aufgrund der von Wiesel behaupteten „Priesterschaft" eine mehr oder weniger sakrosankte Weihe. Arno Widmann, der Feuilletonchef der *Frankfurter Rundschau*, deutete diese Versuche der Sakralisierung des Holocaust wie folgt: „Wir sind – fast ohne es zu merken – dabei, eine neue Religion zu schaffen. Eine Religion, die nicht nur ohne Gott auskommt, sondern die Abwesenheit Gottes zum eigentlichen Fundament ihres Kultes macht. Es ist eine Religion, in der es erst wenige Dogmen gibt. Aber das eine für jeden Monotheismus zentrale Glaubensgut steht schon fest: die Einzigartigkeit."

Arno Widmann: *Bergen-Belsen. Man spürt, wie klein man ist*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 29. Oktober 2007.

Ganz in diesem Sinne wird auch Wiesels autobiographisches Zeugnis *Nacht* mit dem Attribut der „Einzigartigkeit" belegt. Wiesel tritt mit dem Anspruch auf, „Zeuge seiner selbst" und zugleich „Zeuge der Menschheit" zu sein. François Mauriac schrieb im Vorwort zur französischen Ausgabe, daß *Nacht* ein Buch sei, das „mit keinem anderen vergleichbar"ist. Daß dieses Werk von Wiesel zu einem Buch *sui generis* geworden ist, daran könnte Mauriac, laut der Forschungsergebnisse der Berkeley-Professorin für jüdische Kultur, Naomi Seidman, erheblichen Anteil gehabt haben. Problematisch ist *Nacht* unter anderem deshalb, weil in dieses Werk, das als Trilogie angelegt

Naomi Seidman: *Elie Wiesel and the Scandal of Jewish Rage*, in: *Jewish Social Studies*, N.S.3 (1996/97), S. 1–19.

ist, immer wieder „fiktionale“, sprich erfundene Passagen eingebaut worden sind. Gegliedert ist es in die Teile *Nacht*, *Morgengrauen* und *Tag*, die Wiesels Erlebnisse während und nach dem Holocaust reflektieren. *Nacht* thematisiert Wiesels Holocaust-Erfahrungen (er spiegelt sich in der Hauptperson „Elischa“), Morgengrauen beschreibt „Elischas“ Leben als Irgun-Terrorist.

Wiesel selbst hat unterschiedliche Hinweise auf die Entstehungsgeschichte seines Buches gegeben. Naomi Seidman machte darauf aufmerksam, daß Wiesel in *Alle Flüsse fließen ins Meer* selbst darauf hinweist, das jiddisch geschriebene, ursprüngliche Manuskript von *Nacht* 1954 dem argentinischen Verleger Mark Turkow übergeben zu haben. Angeblich habe er es nie wiedergesehen, was Turkow vehement bestritt. Dieses Manuskript wurde 1955 unter dem Titel *Und di Velt hat Geshveyn* („Und die Welt hat geschwiegen“) in Buenos Aires veröffentlicht. Wiesel will es angeblich auf einer Schiffsreise nach Brasilien im Jahre 1954 geschrieben haben. In einem Interview erklärte er aber, daß er sich erst im Mai 1955, nach einem Treffen mit Mauriac, entschlossen habe, sein Schweigen zu brechen: „Und in diesem Jahr [1955], im zehnten Jahr, begann ich meine Geschichte. Danach wurde sie vom Jiddischen ins Französische übersetzt; ich sandte sie ihm zu. Wir waren sehr, sehr enge Freunde bis zu seinem Tod.“ Naomi Seidman nun arbeitete bei ihren Untersuchungen über *Nacht* heraus, daß es zwischen der jiddischen und der französischen Version von *Nacht* erhebliche Unterschiede gibt, und zwar im Hinblick auf die Länge, den Ton, die Intention und die behandelten Themen des Buches. Sie führt diese Differenzen auf den Einfluß von Mauriac zurück, der als schillernde Persönlichkeit beschrieben werden kann. Ursprünglich ein französischer Nationalist, wandelte sich Mauriac, so David O’Connell, in den 1930er Jahren zu einem Parteigänger des Judentums. Anfang der 1950er Jahre war er laut O’Connell der „erste Katholik“, der Papst Pius XII. dessen Schweigen im Hinblick auf die Judenverfolgungen vorwarf. Kurze Zeit später erhielt er den Literaturnobelpreis, obwohl die Veröffentlichung seines letzten literarischen Hauptwerkes zu diesem Zeitpunkt bereits 13 Jahre zurücklag, wie O’Connell anmerkt.

David O‘Connell: *François Mauriac revisited*, New York 1994.

Interview mit Elie Wiesel: *American Academy of Achievement*; im Internet abrufbar unter: www.achievement.org/autodoc/page/wie0int-3 (eingesehen am 10. Juni 2008).

O’Connell widmet sich in der Folge der Frage, wie sich Mauriacs „Einfluß“ auf Wiesels *Nacht* denn konkret ausgewirkt haben könnte und kommt, wenn er dieses Werk mit den anderen Hervorbringungen Wiesels vergleicht, zu dem Schluß, daß *Nacht* eine Ausnahmestellung einnimmt, was für ihn nahelegt, daß Mauriac in großem Stil an der stark gekürzten Version mitgewirkt haben könnte. Dafür spricht, daß sich Wiesel bis heute weigert, die umfängliche Korrespondenz mit Mauriac, der 1970 verstarb, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. O’Connell vermutet, diese Korrespondenz könnte offenlegen, daß Wiesels Behauptung, er habe *Nacht* für die französische Ausgabe neu geschrieben, nicht der Wahrheit entspricht.



Wiesel beim 10. Gründungstag des Holocaust Memorial Museum, 1990

Spätestens seit dem Erscheinen in den USA ist das Buch, auch durch tatkräftige Mithilfe der Anti Defamation League (so O’Connell), zum Bestseller geworden, der seit Anfang der 1960er Jahre millionenfach verkauft worden ist und mittlerweile zur Pflichtlektüre an vielen Schulen gehört. Wiesel selbst unterstrich in einem Interview: „*Nacht* war die Grundlegung, alles andere ist Kommentar. Für jedes meiner Bücher entnahm ich einen Charakter aus *Nacht* und gab ihm eine Zufluchtsstätte, ein Buch, eine Geschichte, ein Name, ein eigenes Schicksal.“ Der US-Publizist und Wiesel-Hermeneut Gary Henry hat die Aura der Exklusivität, die Wiesel umgibt, in Kategorien zu fassen versucht, die sonst auf alttestamentarische Propheten angewandt werden: Wiesel sei durch seine „Zeugenschaft“ von der Welt separiert, gleichzeitig aber gezwungen, als Mensch unter Menschen zu leben. Der „prophetische Wahnsinn“ der Zeugenschaft führe zu einer direkten Nähe zu Gott.

Gary Henry, *Story and Silence. Transcendence in the Work of Elie Wiesel*, im Internet abrufbar unter: www.pbs.org/eliewiesel/life/henry.html (eingesehen am 15. Juni 2008).

Als Auschwitzüberlebendem fällt Wiesel in der öffentlichen Wahrnehmung damit quasi automatisch eine „natürliche Autorität“ zu. Entscheidend für seinen erfolgreichen Weg zur „moralischen Instanz“ dürften – neben seinem unbestreitbaren PR-Talent – seine Verbindungen zu jüdischen Lobbygruppen sein, durch deren offene und verdeckte Unterstützung Wiesel auf eine besondere Art und Weise immunisiert und im Laufe der Zeit zu einem wichtigen Exponenten bei der medienwirksamen Artikulation jüdisch-israelischer Interessen aufgestiegen ist.

Zivilgesellschaft – eine Deutung

von Hans Becker von Sothen

Daß auch das angeblich freieste Land in eine totalitäre Herrschaft entgleiten kann, wußte schon Alexis de Tocqueville. Die moderne Zivilgesellschaft wirft nicht, wie die Diktaturen alten Stils, den Dissidenten in den Kerker, sondern sie geht subtiler vor: „Der Machthaber", so Tocqueville, „sagt hier nicht mehr: ‚Du denkst wie ich oder du stirbst'; er sagt: ‚Du hast die Freiheit nicht zu denken wie ich; Leben, Vermögen und alles bleibt dir erhalten; aber von dem Tage an bist du ein Fremder unter uns. Du wirst dein Bürgerrecht behalten, aber es wird dir nicht mehr nützen; denn wenn du von deinen Mitbürgern gewählt werden willst, werden sie dir ihre Stimme verweigern, ja, wenn du nur ihre Achtung begehrst, werden sie so tun, als versagten sie sie dir. Du wirst weiter bei den Menschen wohnen, aber deine Rechte auf menschlichen Umgang verlieren. Wenn du dich einem unter deinesgleichen nähern wirst, so wird er dich fliehen wie einen Aussätzigen; und selbst wer an deine Unschuld glaubt, wird dich verlassen, sonst meidet man auch ihn.'"

Das kommt uns alles merkwürdig bekannt und modern vor. Der freie Bürger hat eine solche Angst vor dem Verdikt seiner Mitbürger, daß er in vorauseilendem Gehorsam all das in der Öffentlichkeit sagt, wovon er annimmt, daß es der vermuteten Mehrheitsmeinung möglichst nahe kommt. Gegenläufige und dissidente Tendenzen müssen mit Isolation bezahlt werden, auch wenn es sich tatsächlich möglicherweise gar nicht um eine Minderheitsmeinung handelt. Entscheidend sind (damals wie heute) Stimmung und Atmosphäre. Elisabeth Noelle-Neumann hat diesen Prozeß einmal als „Schweigespirale" bezeichnet. Jeder Mensch hat das Bedürfnis, sich nicht zu isolieren. Wer also für seine Meinung Rückenwind spürt, wird sie vernehmlich kundtun. Wer sich in einer Randposition fühlt, wird tendenziell eher schweigen. Isolationsfurcht muß dem einzelnen aber gar nicht unbedingt bewußt werden. Das öffnet freilich Tür und Tor für Manipulationen des öffentlich „gefühlten Rückenwinds".

Elisabeth Noelle-Neumann: *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut,* München 1980.

In Zeiten von Massengesellschaft und Massenmedien ist dieser Prozeß (trotz Internet) kein privat entstehender mehr, sondern ein auch maßgeblich durch funktionierende politisch-mediale Netzwerke produzierter. In den *think tanks* beispielsweise, in denen die deutsche politische Konsensbildung stattfindet – von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, über die Atlantik-Brücke, das Berliner Aspen-Institut bis zur Bertelsmann-Stiftung – überall finden wir wichtige Mitglieder der deutschen Medienlandschaft wieder – und alle basteln an einem tendenziell antinationalen Konsens der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung und der unaufhörlich wiederholten „Unumkehrbarkeit" dieser Prozesse. Dies ist keine wüste Verschwörung, sondern ein öffentlich weitgehend transparenter Vorgang.



Antonio Gramsci, Vordenker der Zivilgesellschaft

Nehmen wir die *political correctness:* Sie ist keine geistig eigenständige Willensäußerung. Sie ist nicht einmal genuin links, sondern der Konsens- und Gehorsamsreflex der bürgerlichen Gesellschaft auf die bestehende linke Hegemonie in den Fragen politischer (nicht wirtschaftlicher) Definitionen – ohne daß die komplizierten Begründungsgebäude übernommen werden müßten. Die Mechanismen sind seit Tocqueville sehr ähnlich. Dabei muß sich der politisch Korrekte im Zweifelsfall nicht von einer Aussage distanzieren, sondern von dem Aussagenden: Denn die Urangst des politisch Korrekten ist der Beifall von der falschen Seite.

Jens Jensen: *Die unerkannte Macht – Peinlichkeit als Faktor der Politik,* Baden-Baden 2007.

Auch das Diktum Max Hildebert Boehms: „Der bürgerliche Mensch als solcher ist feige" dürfte den meisten Konservativen und Rechten in diesem Zusammenhang bekannt vorkommen. Denn die Hegemonie in der Zivilgesellschaft verstärkt sich unter normalen Umständen laufend selbst. Sie produziert unentwegt Zeitgeistverstärker: Nicht selten ist das Phänomen zu beobachten, daß auch Menschen, die innerlich mit bestimmten herrschenden Meinungen nicht konform gehen, diese herrschende Meinung in der Öffentlichkeit auf das Bestimmteste vertreten und sogar Zweifelnde auf die allgemein vertretene Linie hin nach außen barsch zurechtweisen. Der dadurch entstehende gesellschaftliche Konformismus, eine Art vorauseilender zivilgesellschaftlicher Gehorsam, ist ein wesentliches Kennzeichen der inneren Stabilität der Zivilgesellschaft und zentraler Bestandteil ihrer Konsensbildung.

Nichts könnte daher unzutreffender sein, als von der Zivilgesellschaft und der Hegemonie als einem Zustand der optimalen Meinungsfreiheit zu sprechen. Der Zwang – die „Panzerung", von der Gramsci spricht – kommt also nicht erst durch die staatlich organisierte „politische Gesellschaft" in die Welt, sondern wohnt bereits der konsensorientierten Zivilgesellschaft von Anfang an inne. Die Zweiteilung von Zwang und Konsens ist eben deshalb falsch, weil die Konsensfindung selbst auch ein Akt des Ausschließens dissenter Meinungen ist und sein muß.

Wenn Immanuel Kant den Prozeß der Aufklärung als Gebrauch des eigenen Verstandes „ohne fremde Anleitung" versteht, so ist damit bei weitem nicht nur der staatliche Unterdrückungsmechanismus gemeint, den Kant ja selbst durch die preußischen Zensurbehörden des Herrn Wöllner zur Genüge kannte, sondern auch der der gegenseitigen bürgerlichen Konsensfindung. Der Mechanismus dieser Konsensfindung, die auf dem Schulhof damit beginnt, daß bestimmte Dinge *cool* sind, andere aber nicht, daß bestimmte Mitschüler ausgegrenzt werden oder sonst ein anderer Gegenpol (häufig in der Erwachsenenwelt) gesucht wird, um die eigene Identität zu finden, ist bekannt. Sie setzt sich fort in kultureller und subkultureller Identitätsfindung, die gesellschaftliche Konsense oder auch nur Subkonsense einzelner Gruppen findet.

War noch Lenin der Meinung, in einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft beruhe die Machtausübung der „herrschenden Klasse" überwiegend auf Mechanismen der staatlichen Unterdrückung, die allein durch die Revolution überwunden werden müßten, sah man bald, daß die „westlichen" bürgerlichen Gesellschaften so nicht funktionierten. Der sozialrevolutionäre Chef der ersten russischen Republik von Februar 1917, Alexander Kerenski, meinte in seinen Memoiren, daß eine relativ gut funktionierende bürgerliche Gesellschaft wie

Alexander Kerenski: *Memoiren,* Reinbek 1989.

die in Deutschland einen Putsch à la Lenin nicht geduldet hätte, die russische aber ihrem eigenen Schicksal starr und regungslos zugeschaut hatte.

Als klar wurde, daß mit Lenins Revolutionstheorie irgend etwas nicht stimmen konnte, fragte sich der italienische Kommunist Antonio Gramsci, warum gerade westliche Gesellschaften, die auf einem System relativ geringer äußerer staatlicher Repression und hoher innergesellschaftlicher Organisations- und Kontrollmechanismen beruhten, relativ stabiler erschienen als Gesellschaften mit einem starken staatlichen Kontrollapparat. Die relative Stabilität des (westlich-)kapitalistischen Staates mußte also noch andere Ursachen haben, als die bloße Repression von oben, wie sich die meisten Kommunisten angewöhnt hatten zu denken. Gramsci kam zu dem Ergebnis, daß es eben diese relativ staatsferne Zivilgesellschaft war, die eine systemstabilisierende Hegemonie aufzurichten imstande war. Systemstabilisierend deshalb, weil eine Zivilgesellschaft auf die Herstellung von allgemeinem Konsens gerichtet ist.

Die Zivilgesellschaft, ein heute von der radikalen Linken bis in die CDU hinein inflationär gebrauchter und durchweg positiv besetzter Begriff, basiert auf den Vorstellungen Gramscis. Der maxistische Diskurs griff die Bestimmung Hegels auf, der die „bürgerliche Gesellschaft“ als die Sphäre der Partikularinteressen und Einzelbedürfnisse, des universellen Egoismus’, definierte, der gegenüber erst der Staat die einheitsstiftende und verantwortliche Gestaltung des Gemeinwesens im Interesse aller berücksichtige. „Bürgerliche Gesellschaft“, das klingt im Deutschen allerdings nur wenig hinreißend.

Als Rückübersetzung von *société civile*, *civil society* oder *società civile* des Hegelschen Begriffs kehrt die „bürgerliche Gesellschaft“ (so wurde das Phänomen im Anschluß an Hegel und Marx vor 1990 bezeichnet) über Gramsci als „Zivilgesellschaft“, pünktlich zum 100. Geburtstag des italienischen Kommunisten, 1991, nach Deutschland zurück, um eine erstaunliche Karriere zu machen, die ihr wohl unter der alten Bezeichnung nicht vergönnt gewesen wäre. Die Rückübersetzung des Begriffs *società civile* nicht als Begriff „bürgerliche Gesellschaft“, wie wir sie von Hegel und Marx kennen, sondern als Begriff „Zivilgesellschaft“ verdankt sich den deutschen Übersetzern der *Gefängnishefte*, einer Gruppe um Wolfgang F. Haug und die Hamburger marxistische Theorie-Zeitschrift *Das Argument*. Erst seit diesem Jahr wird massiv der Begriff „Zivilgesellschaft“ in der deutschsprachigen Diskussion eingeführt. Auch die führende deutsche Gramsci-Kennerin, Sabine Kebir, hatte noch in den 1980er Jahren dafür durchgehend den Begriff „bürgerliche Gesellschaft“ verwendet.

Antonio Gramsci: *Gefängnishefte.* Kritische Gesamtausgabe, 10 Bände, Hamburg 1991 ff.

Sabine Kebir: *Die Kulturkonzeption Antonio Gramscis. Auf dem Weg zur antifaschistischen Volksfront,* Berlin (Ost) 1980.

Zwei Dinge nun faszinieren die Linke seit etwa 1990 an der „Zivilgesellschaft“: zum einen ihre Stabilität, zum anderen ihre angebliche Staatsferne, die es erleichtert, den Begriff stillschweigend normativ umzubiegen. Diese „Staatsferne“ beruht jedoch mindestens teilweise auf einem Mißverständnis, denn in Wirklichkeit sind, so Gramsci, Staat und Zivilgesellschaft ein und dasselbe, so daß auch der Liberalismus „eine ‚Regulierung‘ staatlicher Natur ist, eingeführt und aufrechterhalten auf dem Wege der Gesetzgebung und des Zwanges“. Diese Deutung von Zivilgesellschaft entwickelt für die heutige, stark enttheoretisierte Linke einen gewissen Charme: Denn in dieses nicht-staatliche Konzept können, da es tatsächlich ein ideologisch neutrales Konstrukt ist, allerlei Träume und Vorstellungen hineingegossen werden, etwa die einer nicht-staatlichen „Selbstregierung der assoziierten Individuen“. Dieses Konzept schloß nahtlos an den intellektuellen Bankrott der orthodoxen, halborthodoxen oder maoistischen Linken an und hat bis heute bei den westlichen Linken als Gesellschaftskonzept nichts von seiner Anziehungskraft verloren.

Alex Demirovic: *Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit, Demokratie,* in: *Das Argument 33* (1991), Nr. 185, S. 41–55.

Es ist kein Zufall, daß sich mit dem semantischen Trick der Umbenennung von „bürgerlicher Gesellschaft“ in „Zivilgesellschaft“ in der Zeit des Umbruchs 1989/90 auch der deutschen Linken nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ ein neues Feld der linken Utopie eröffnete. Ausgeweitet auf eine „Weltzivilgesellschaft“ verwendet die UNO den Begriff seit den 1990er Jahren – und meint damit ein globales und supranationales Wirtschaftssystem, geregelt durch die WTO und fern von demokratisch legitimierten Instanzen wie den Parlamenten. Hand in Hand mit dieser Geringschätzung des Souveräns arbeiten die ebenfalls nicht legitimierten NGOs.

Inzwischen wird dieses von der UNO befürwortete System der „Weltzivilgesellschaft“ wiederum nur noch verkürzt „Zivilgesellschaft“ oder „zivilgesellschaftlich“ genannt, was zusätzliche Begriffsverwirrung beschert. Doch der Konsens, den die Zivilgesellschaft findet, muß keineswegs notwendig ein linker Konsens sein.

Der Blick auf Deutschland zeigt als Tätigkeitsfeld der Zivilgesellschaft den „Kampf gegen Rechts". Doch was sich hier „zivilgesellschaftlich" nennt, ist oft genug eine staatliche Veranstaltung. Denn der Staat in der Bundesrepublik versucht dort, wo die Zivilgesellschaft ihren angeblichen „Pflichten" zur emanzipatorischen Selbstorganisation der Gesellschaft nicht mehr nachkommt, entweder zivilgesellschaftliches Handeln zu fördern oder sogar selbst zu organisieren.



Eine Gesellschaft formiert sich selbst; Besucher mit 3D-Brillen in einem amerikanischen Kino, 1952

Wie weit diese staatliche Lenkung den ursprünglichen Sinn der Zivilgesellschaft als nichtstaatlicher Selbstorganisation bereits in sein Gegenteil verkehrt hat, zeigt das Beispiel des Bürgermeisters der vorpommerschen Stadt Wolgast, Jürgen Kanehl (SPD), der einen örtlichen mittelständischen Druckereibetrieb darauf aufmerksam machte, daß dort auch eine rechte Zeitschrift gedruckt wurde und, als der Besitzer der Druckerei diese Aufträge nicht sofort stornierte, diesem von der Stadt damit gedroht wurde, alle staatlichen Aufträge zu entziehen. Der Drucker gab schließlich nach, distanzierte sich von dem rechten Druckerzeugnis, das er nie gelesen hatte und entschuldigte sich öffentlich. Er behielt die staatlichen Aufträge; in der Öffentlichkeit wurde dies als Sieg „zivilgesellschaftlicher Initiativen" gefeiert. Natürlich handelt es sich hierbei keineswegs um eine zivilgesellschaftliche Aktion, sondern um eine staatliche, die eine nach Meinung staatlicher Stellen wünschbare Aktion aus der Zivilgesellschaft nunmehr selbst vornimmt. Man mag das Handeln des Bürgermeisters für berechtigt halten oder nicht, nur eines ist es eben sicher nicht: zivilgesellschaftlich. Das trifft letztlich auch auf die meisten staatlich finanzierten „zivilgesellschaftlichen" Organisationen zu.

Beispiele solcher schein-zivilgesellschaftlichen Aktionen staatlicher Institutionen gibt es seit einigen Jahren zuhauf. Konten- oder Telefonanschlußkündigungen durch die Nachfolgeorganisationen des staatlichen Postmonopols – und auf Druck staatlicher Stellen –, Störungen polizeilich genehmigter Demonstrationen durch Angehörige von Staatsorganen, augenzwinkerndes Gutheißen von Regierungsvertretern, es mit den Gesetzen nicht so genau halten zu müssen, wenn es um die gute und richtige Sache geht.

Der „Aufstand der Anständigen", der ja Ende September, Anfang Oktober 2000 von der Regierung Schröder ausgerufen wurde, ist ebenfalls ein ganz klassisches Beispiel eines Versuchs der Instrumentalisierung der Zivilgesellschaft für staatliche Zwecke und durch den Staat. „Kampagnen gegen Rechts", wie sie seit dem Jahr 2000 staatlicherseits orchestriert werden, und die die Zivilgesellschaft (in diesem Fall: Kirchen, Gewerkschaften, Medien, Bildungsanstalten etc.) „in die Pflicht" nehmen, bleiben nicht ohne Wirkung.

Der Aufstand der Anständigen. Hintergründe und Erklärungsansätze, hrsg. vom Institut für Staatspolitik, Wissenschaftliche Reihe, H. 2, Arbeitsgruppe 2 (Die politische Linke), Berlin 2001.

Doch hier handelt es sich nicht um eigentlich hoheitliches Handeln, das einem Staat qua Gesetz zukäme, sondern um ein quasi-privates Handeln staatlicher Institutionen, die doch eigentlich dem staatlichen Neutralitätsgebot verpflichtet wären. Hier ist ein außerordentlich gefährlicher Weg beschritten worden, da zivilgesellschaftliches Handeln sich nicht notwendig an die staatlich garantierte Gleichbehandlung aller Bürger durch den Staat halten muß. Der Staat als Mitwirkender oder Organisator zivilgesellschaftlichen Handelns verliert also mittelfristig zwei Eigenschaften: die der Unparteilichkeit und die der Rechtsstaatlichkeit. Er wird damit etwas, was man bis dahin nur aus Parteidiktaturen kannte: er wird in der Behandlung seiner eigenen Bürger selbst Partei. Die Zivilgesellschaft ordnet sich ohne den Staat und seine Gesetze – und das durch gegenseitige Überwachung und nachbarschaftliche Kontrolle zum Teil repressiver als der Staat. Ein Staat, der versucht, seine Bürger selber mit den Mitteln der Zivilgesellschaft zu lenken und zu manipulieren, setzt den Rechtsstaat außer Kraft. Langfristig führt eine staatlich gelenkte „Zivilgesellschaft" wieder dahin, wohin Parteien immer führen, wenn sie sich selbst für das Ganze halten: günstigstenfalls zum „vormundschaftlichen Staat", der über das Gewissen seiner Bürger wacht – und der eine fehlerhafte Gesinnung bei fortgesetzter Unfolgsamkeit bestraft. Im schlechteren Fall führt sie wieder in die Zeit vor Tocqueville, in die Diktatur einer Meinung über eine andere. Aus den edelsten Gründen – versteht sich.

Rolf Henrich: *Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des realexistierenden Sozialismus*, Reinbek 1989.

Brodkorbs Dilemma

von Wiggo Mann

Der Kampf gegen „Rechts“ hat nach dem Schock von 1989 den Zusammenhalt der Linken gesichert und sie aus der Nachwende-Depression wieder in die Offensive gebracht. Seither schießen Tag für Tag Hunderte Initiativen und Projekte mit Kanonen auf Spatzen und sorgen dafür, daß dieser Kampf gesamtgesellschaftlich ausgefochten wird. Zwei Blickrichtungen gilt es dabei zu unterscheiden: Für die politisch aktiven Anti-Rechten beginnt „rechts“ inmitten der CDU und erstreckt sich von dort als funktionstüchtiges Scharnier-System bis in die Neonazi-Szene hinein. Unterschiede und Unvereinbarkeiten zwischen Konservativen, Rechten, Rechtsextremen, Nationalisten und Neo-Nationalsozialisten fallen bei diesem Kampf gegen einen ganzen politischen Flügel unter den Tisch – zu verlockend ist es, das Wort „rechts“ an sich zu einer Bezeichnung für das politisch Unmoralische und historisch Böse zu machen.

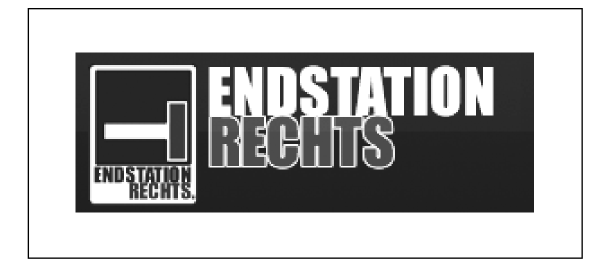
Von der Undifferenziertheit lebt ein ganzer Berufszweig, die alimentierte Antifa, die weit mehr über die „Rechte“ und deren Schafspelze veröffentlicht als die „Rechte“ über sich selbst. Einschlägig bekannte Polit-Wissenschaftler arbeiten sich seit Jahr und Tag an der These von der rechten Arbeitsteilung ab: Hier die feinen Denker und elitären Intellektuellenzirkel, dort die brutalen Akteure, dazwischen die sogenannten „Scharniere“ – eben jene Leute, Medien und Institutionen, die als eine Art Schleuse von hier nach dort fungierten.

Wenn die Parolen und Handlungsanweisungen bei den Hundertprozentigen, den Männern fürs Grobe, ebenso direkt wie entlarvend klängen, würden sie so die antifaschistischen Szene-Forscher, von den Neuen, also akademisch verfeinerten Rechten, nahezu inhaltsgleich, aber intellektuell verbrämt in die Mitte der Gesellschaft hineingefüttert. Paradebeispiel: Wenn der neurechte Vordenker Alain de Benoist von „Ethnopluralismus“ rede, sei das kaum zu trennen vom Postulat der „Rassereinheit“ der (Neo-)Nazis. Es sei nur ein besseres, weil verklausulierendes Wort, aber am Ende stünden als Handlungsanweisungen doch wieder die Verfolgung „rassisch Minderwertiger“ und die Lösung der Ausländerfrage.

Solange diffamierende Fehldeutungen solcher Art nur von seiten eines plump agierenden politischen Akteurs kamen, war es ungemütlich, aber nicht dramatisch. Längst aber ist die Rechnung der antifaschistischen Strategen aufgegangen, und der Kampf gegen Rechts ist zu einer Staatsaufgabe geworden. Wenn überhaupt irgendwo von „Scharnieren“ zwischen etablierten Vordenkern und radikalen Umsetzern gesprochen werden kann, dann auf der Linken, die sich auf ihre Durchlässigkeit von linksliberal bis maoistisch eine Menge einbildet. Die „Scharniere“ also sind dort zu finden, wo schematischer, offen denunzierender Antifaschismus die Unterstützung einer politikfernen Basis zu organisieren versucht, um die rechte Hälfte des politischen Spektrums auszutrocknen. Das jüngste und beste Beispiel ist das von der Wochenzeitung *Die Zeit* initiierte „Netz gegen Nazis“, das auf jegliche Differenzierung zwischen rechts und rechtsextrem verzichtet und neben dem

DFB und dem Feuerwehrverband sogar das staatlich finanzierte ZDF mit ins Boot geholt hat. Auch hier gilt: Je gröber der Keil, desto wirksamer die Schlagkraft. Der Rechte kennt das Spiel spätestens seit der umfassenden „Rock gegen Rechts“-Kampagne, kennt die Unterstellungen, Pauschalisierungen und fadenscheinigen Argumente, mit denen hier für die gute Zivilgesellschaft und gegen die böse Rechte angetreten wird.

Alle sind sie dabei, die groben Kerle von links: Maegerle, Dornbusch und Gessenharter, Röpke, Staud, Speit samt ihrem wohlfeilen Expertenstatus und ihrer ideologisch bedingten Unfähigkeit zur Unterscheidung. Einer jedoch fehlt seltsamerweise, und das, obwohl er doch eines der erfolgreichsten Internetprojekte gegen „Rechts“ verantwortet und einen Gutteil seiner Szene-Popularität diesem Engagement verdankt: Wer bei www.netz-gegen-nazis.de den Namen Mathias Brodkorb eingibt, findet ihn nicht unter den Autoren, sondern gelangt bloß zu einem einzigen Artikel, in dem Brodkorb mit einer recht belanglosen Anekdote



aus seinem Heimatland Mecklenburg-Vorpommern zitiert wird.

Im Spiel gegen Rechts (wer würde beim Durchmarsch einer Elefantenhorde durch einen Ameisenhaufen von „Kampf“ reden?) gibt Mathias Brodkorb den distinguierten Beobachter. Der 31jährige Rostocker, nebenberuflich auch als Lehrbeauftragter für Philosophie an der Universität Rostock tätig, sitzt seit sechs Jahren für die SPD im Schweriner Landtag und gilt als Hoffnungsträger – und zwar rundum. Die eigene Partei handelt den Ex-PDSler (bis 1997) und Spezialisten auf dem Feld der Hochschulpolitik bereits als künftigen Sozialminister; die Linken haben mit seinen vielfältigen Aktionen gegen die NPD – mit dem oben erwähnten Portal www.endstation-rechts.de oder dem unter seiner Herausgeberschaft in diesem Frühjahr erschienenen Buch *Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern* – eine weitere Bastion. Und die Rechten? Sie finden endlich einmal Gehör auf der Gegenseite.

Bereits 2003 hatte Brodkorb in seinem Buch *Metamorphosen von rechts* hervorgehoben, daß man die „Szene“ von innen heraus analysieren und sich ins Milieu hineinbegeben müsse. Besonders gelte das für jene elitären Zirkel um Alain de Benoist, also die definitiv nicht neo-nazistische Rechte. Flapsig spricht Brodkorb vom „Diskursverweigerungsquatsch“ und meint damit die „maßlose, unaufgeklärte Haltung“ derer, die innere Differenzen auf der Rechten ignorieren und jede Äußerung in Richtung Nationalsozialismus kämmen. Brodkorb bürstet gegen den Strich: Seine öffentliche Lesung aus Adolf Hitlers *Mein Kampf* im Seebad Prora auf Rügen 2003 (Brodkorb setzt sich für die Herausgabe einer kommentierten Ausgabe ein) haben seither schon etliche Ironiker nachgeahmt. Zuletzt hat er ein selbstkreiertes T-Shirt mit dem Konterfei Götz Kubitscheks bei *ebay* zur Versteigerung angeboten, Aufschrift: „Viva la provocación!“

Man könnte Mathias Brodkorb als den verständigen „good cop“ unter all jenen „bad cops“ bezeichnen, die stets diffamieren und Sachlagen mutwillig verwischen. Aber auch der gute Bulle ist vor allem Polizist, auch wenn seine Methode eher an eine Plaudertasche und nicht an einen Ermittler erinnert. Die Strategie jedenfalls geht auf: Brodkorb war bis vor kurzem eifriger Autor des ebenfalls von der *Zeit* initiierten Internet-Forums *Störungsmelder* („Wir müssen reden. Über Nazis“).

Durch recht faire Besprechungen von Aktivitäten und Veröffentlichungen solcher Institutionen wie *Junge Freiheit*, Institut für Staatspolitik oder Edition Antaios entfachte Brodkorb rege Diskussionen – gelegentlich wurden die Kommentarspalten unter den Beiträgen Brodkorbs ausschließlich von Rechten vollgeschrieben, die an die Überzeugungskraft ihrer Wortmeldungen glauben und darauf hoffen, das Politiktalent Bordkorb (die Zeitschrift *Neon* führte ihn gar unter den „100 wichtigsten jungen Deutschen“) für die eigene Sache zu gewinnen. Denn liegt es nicht auf der Hand, daß es angesichts der derzeitigen politischen Schieflage nur einen einzigen anständigen Weg gibt: der an die Wand gequetschten rechten Seite beim Kampf um ihre Grundrechte ohne Wenn und Aber zur Hilfe zu eilen?

So denken manche Konservativen, aber so zu denken ist nichts weiter als ein Ausweis einer geradezu peinlichen Verkennung politischer Mechanismen Zugestanden: Brodkorb ist anders, fairer, differenziert, reaktionsschnell – alles andere wäre für einen hellwachen und intelligenten, altphilologisch gebildeten Philosophen nicht nur peinlich, sondern eine Art Hirntod. Brodkorb ist aber vor allem Politiker, und er weiß, daß ihm in einem an Personal so dünn besetzten Landesverband wie dem der SPD in Schwerin höchste Ämter offenstehen, wenn er keinen Fehler macht. Seine Treue signalisiert er durch einen rücksichtslosen, wohlfeilen Kampf gegen die NPD, bei dem er konservative Rechte unter den Klaqueuren weiß, die glücklich darüber sind, noch nicht gemeint zu sein.

Und so wird man bei Mathias Brodkorb weiterhin ein Dilemma wahrnehmen können: Er muß seinen philosophischen Anspruch auf Differenziertheit und Wahrheitssuche mit seinem Sitz innerhalb eines politischen Milieus aus Parteikarrieristen, professionellen Antifaschisten und Profiteuren des doch in jeder Hinsicht billigen Kampfes gegen Rechts (wohlgemerkt: nicht gegen „Rechtsextremismus“) in Einklang bringen. Das, was seine politischen „Verbündeten“ Tag für Tag treiben, muß ihn als geistig regen Menschen beleidigen. Andererseits ist er als Politiker auf diese „Verbündeten“ angewiesen.

Zurück zum „Netz gegen Nazis“. Vermutlich ist Brodkorb deswegen nicht vertreten, weil man auch dort sein Dilemma wahrnimmt und auf eindeutige Signale wartet.

Erinnerung an Julien Freund

von Günter Maschke

„Selbst meine Feinde müssen mich Freund nennen!" – so begrüßte mich mit dröhnend-angriffslustigem Lachen Julien Freund am 1. Oktober 1986 in Speyer. Wir waren Gäste der dortigen Hochschule für Verwaltungswissenschaften, an der vom 1. bis 3. Oktober 1986, unter der Leitung von Helmut Quaritsch, das bisher wohl bedeutendste Seminar über Carl Schmitt stattfand (Vgl. Helmut Quaritsch [Hrsg.]: *Complexio Oppositorum.Über Carl Schmitt*, Berlin: Duncker & Humblot 1988. 610 S.). Schmitt hatte 1927 in seinem berühmten Aufsatz *Der Begriff des Politischen* als „die eigentlich politische Unterscheidung … die Unterscheidung von Freund und Feind" angesehen. Diese große und für immer gültige Teilwahrheit des Politischen hatte Schmitt auf knapp 30 Seiten umrissen und 1932 in einem schmalen Buche von 65 Seiten weiterentwickelt. Die anregende Skizze Schmitts wurde zum Ausgangspunkt für Freunds monumentales Werk *L'essence du politique* (zuerst Paris: Sirey 1965. 764 S.); neben dem Gegensatz von Freund und Feind befaßte sich Freund hier noch mit zwei anderen „Essenzen" des Politischen, mit „öffentlich-privat" und mit „Befehl-Gehorsam". Mit diesem Buch, das ein überwältigendes geschichtliches Material verarbeitete, wurde Freund, bis dahin völlig unbekannt, der große Systematisierer und der kongeniale Fortsetzer Schmitts. Dies ist bisher weder in Schmitts noch auch in Freunds Vaterland so recht verstanden worden, wohl aber, dank der Bemühungen von Alessandro Campi und Jerónimo Molina Cano, in Italien und Spanien. Gelegentlich wird der Prophet wenigstens im Nachbarland erkannt!

Was an Freund, mit seinen kurzen grauen Haaren wie ein alter *troupier* anmutend, sofort auffiel, war die Lebensnähe, die Konkretheit, der Reichtum an Erfahrungen, die Lust an der Beobachtung des Alltags in all seinen Überlegungen. Der Sohn eines Industriearbeiters und einer Bäuerin, zweisprachig aufgewachsen, wurde als Kämpfer der *résistance* mehrfach von den Deutschen gefangen und auch gefoltert, er war kein blasser Buchgelehrter und kein weltfremder Professor. In Speyer sprach er über ein typisches Schmitt- (beziehungsweise Freund-) Thema: über den Unterschied von Partisan und Terrorist. Beiläufig erzählte er, wie er als junger Aktivist der *résistance* an Attentaten gegen führende Kollaborateure teilgenommen hatte, und zu einem konkreten Fall meinte er: „Dann gingen wir hin und erschossen ihn!" Wie erschraken da die biederen deutschen Professoren, diese letzten akademischen Zierden der intellektuellen Rechten! Während Freund erklärte, er sei Terrorist gewesen, versuchten sie ihm zu beweisen, daß er in Wirklichkeit ein „Freiheitskämpfer" gewesen sei. Aber Freund erklärte mit steinerner Miene, daß, da Frankreich Deutschland den Krieg erklärt hatte, der deutsche Einmarsch völlig rechtens war und daß er deshalb Terrorist gewesen sei. Lachend fügte er hinzu: „Ich bereue nichts!", wohl an Edith Piafs unsterbliches „Je ne regrette rien!" denkend. Im Eifer des Gefechts bemerkten weder Freund noch die deutschen Professoren, daß „Freiheitskämp-



fer“ und „Terrorist“ gar keine Gegensätze sind, gehören die beiden Begriffe doch unterschiedlichen Sphären an.

Die Lebensnähe Freunds zeigte sich auch bei anderen, harmloseren Gelegenheiten. Etwa wenn er in der Kneipe seines Heimatdorfes Villé (bis 1918: Weiler) in Lothringen seinem Tischnachbarn, meist einem Bauern oder Handwerker, geduldig Aristoteles’ unterschiedliche Weisen der Gerechtigkeit oder Tocquevilles Kritik der Demokratie erläuterte. Diese Bauern und Handwerker hörten aufmerksam zu, zeigte ihnen Freund doch, wieviel die Überlegungen dieser großen Geister mit ihren alltäglichen Nöten und Fragen zu tun hatten. Freund blieb „Theorie“ stets im ursprünglichen Sinne des Wortes „Anschauung“: Anschauung höchst wirklicher Probleme und Konflikte. Nachdem sein Zuhörer sich von der Nützlichkeit des Aristoteles, Hobbes’ oder Tocquevilles überzeugt hatte, wies ihn Freund noch auf eine unbekannte, doch vorzügliche Kirsch-Destillerie in einem weiter entfernten Dorfe hin.

Freund gehörte zur fast ausgestorbenen Spezies der Polyhistoren. Das Erstaunlichste an diesem Vielleser war, daß er so viel schrieb, – gewöhnlich geht beides nicht zusammen. Er, der sich in seinen philosophischen Schriften um eine Erneuerung der Metaphysik bemühte, kannte die griechischen und lateinischen Kirchenväter ebenso gut wie die Lyrik der französischen Symbolisten oder der deutschen Expressionisten und war fähig, Dutzende von Gedichten Gottfried Benns oder Jakob van Hoddis’ zu rezitieren. Neben Gaston Bouthoul muß man ihn als den Begründer der Polemologie ansehen. In Clausewitz’ Kriegstheorie war er genauso zuhause wie in der Soziologie der deutschen Klassiker, seien es Max Weber, Robert Michels, Georg Simmel oder Arnold Gehlen – tatsächlich hat niemand so viel für Max Webers Erfolg in Frankreich getan wie Freund, der zahlreiche von dessen Schriften übersetzte und kommentierte. „Max Weber war kein ‚Liberaler in der Grenzsituation‘, wie Wolfgang Mommsen meint, Max Weber war Gaullist!“ pflegte er paradox, doch verdeutlichend zu sagen. Freund studierte Vilfredo Paretos Ökonomie ebenso *en detail* wie das Thema der Angst bei Hobbes, der Religion bei Simmel, des Krieges bei Thukydides – eine Überfülle von Studien, so gelehrt wie kurzweilig, in denen eine von keinem Fanatismus beschädigte Erfahrung triumphierte. „Erfahrung“ ist vielleicht das Schlüsselwort Freunds gewesen.

Eine besonders bedeutsame Erfahrung für Freund war die als Kämpfer der *résistance*, deren Reihen er schon 1945 verließ, als sie vor der massiven Verfolgung Unschuldiger nicht zurückschreckte und sich der Korruption hingab. Es war die Enttäuschung über die Politik, die Freund von der Politik zur Politikwissenschaft brachte, aber es war eine „déception surmontée“, eine überwundene Enttäuschung ohne Ressentiment. Diese Erfahrung war es (neben der Erfahrung des bewaffneten Kampfes), die aus dem Humanitaristen Freund, damals ein angehender, „idealistischer“ Gymnasiallehrer, den realistischen Betrachter der Macht und der Gewalt werden ließ. Doch dieser Machtrealist wurde nicht zum Zyniker und hörte nie auf, sich dem Haß zu widersetzen. Nie wurde er müde, sich in die deutsche Kultur und Literatur zu versenken, die so viele Franzosen spätestens ab 1940 „vergaßen“. Als am 9. November 1989 die Deutschland teilende Mauer fiel, rief er mich eine knappe Stunde später erregt und begeistert an. Freund verfügte über eine gute und deshalb wohl so seltene Eigenschaft: er war Freund seiner Freunde und Feind seiner Feinde; zugleich war er jedoch fähig, sich rasch und ohne Hintergedanken zu versöhnen. Immer wieder stoßen wir in seinen Schriften auf den Satz, daß man nur mit einem Feinde Frieden schließen könne, mit wem denn sonst? „Der Frieden ist abhängig von der wechselseitigen Anerkennung der Feinde, die sich gegenwärtig bekämpfen.“ Wie überlegen ist eine solche Haltung, die Freund nicht nur predigte, sondern lebte, der des heutigen Pazifismus, für den der Friede nicht auffindbar ist, weil er zunächst die Feindschaft leugnet und dann den Feind satanisiert.

Freund kannte die Menschen in ihrer Bosheit, ihrer Sündhaftigkeit, ihrer Schwäche und in ihrem Hunger nach Illusionen. Aber er wußte auch um ihre Trauer, ihr Angewiesensein auf Mitleid, ihre gelegentliche Fähigkeit zur Tapferkeit und zur Generosität. War er auch nicht bereit, alles zu verzeihen, so war er doch imstande, alles zu verstehen und vor allem, dem Haß keinen Fußbreit Boden zu lassen.

Julien Freund starb am 10. September 1993, vor 15 Jahren, in Straßburg. Sein sonores Lachen, oft erschallend bei einer guten *bouteille* und einem Leckerbissen seiner heimatlichen Küche, wird mich stets begleiten: als Ermunterung und als stärkender und tröstender Gruß.

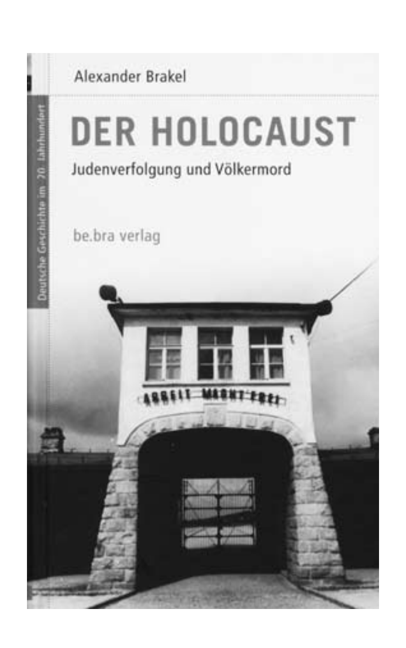
Deutsche Geschichte, diffus

von Martin Voelkel

„Jetzt spricht die Enkelgeneration" war wohl der Schlüsselsatz des Verlegers Ulrich Hopp in einem Interview, das er Ende Mai dem *Börsenblatt des deutschen Buchhandels* gegeben hat. Den Anlaß bildete die Vorstellung einer neuen Reihe zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, die der Verlag „Be.bra" (für Berlin-Brandenburgisches Verlagshaus) auf den Markt bringen will. Bis Ende 2010, so das ehrgeizige Ziel, sollen insgesamt sechzehn Bände vorliegen. Die Äußerung über die „Enkelgeneration" erklärt sich vor allem daraus, daß unter den Herausgebern wie unter den Mitarbeitern die jüngeren – jünger nach Maßgabe des Alters, in dem man Aussicht auf einen Lehrstuhl hat – dominieren. Das gilt unter den Verantwortlichen sicher für Frank-Lothar Kroll und Sönke Neitzel, weniger für Manfred Görtemaker. Bei den Mitarbeitern gibt es einige, die noch ganz am Anfang ihrer Karriere stehen, von denen mancher sich aber durch außergewöhnliche Leistungen schon einen Ruf erworben hat (wie etwa Peter Hoeres).

Begonnen wird die *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert* mit drei Bänden, die sich dem Ersten Weltkrieg, dem Zweiten Weltkrieg und der Vernichtung der Juden widmen. Der erste (*Weltkrieg und Revolution*, geb, 204 S., 19.90 €) wurde von Neitzel verfaßt, der ohne Zweifel zu den besten Kennern dieser Materie in Deutschland gehört. Gegen die Darstellung der Ereignisse ist im großen und ganzen auch kein Einwand zu erheben, allerdings gegen die Wertungen, vor allem soweit sie Kriegsanfang und Kriegsende betreffen. Man liest schon die Verbeugung vor Fritz Fischer und der Sozialgeschichte im Vorwort mit einem gewissen Unbehagen, und das wird noch verstärkt angesichts einer knappen Abhandlung des Kriegsausbruchs, die zwar auf die fatale Bündniskonstellation und die grundsätzliche Kriegsbereitschaft der Großmächte abhebt, um dann aber doch ohne weiteres den Mittelmächten die Hauptverantwortung zuzuschieben. Der Eskalationswille Greys und die vorgeschobene Begründung für den Kriegseintritt Großbritanniens – Deutschlands Bruch der Neutralität Belgiens – werden sowenig ernst genommen wie die aggressiven Pläne in der Führung Frankreichs oder Rußlands. Neitzels Deutung ist konventionell, was man genauso für Darstellung und Interpretation des Zusammenbruchs von 1918/19 sagen muß. Sicher ist es notwendig, Schwäche und Versagen der militärischen und politischen Spitze klar herauszustellen, aber das Wohlwollen, mit dem hier das Verhalten der neuen sozialdemokratischen Regierung präsentiert wird, erscheint doch in der Sache kaum begründet, sondern einem bestimmten Verständnis politischer Bildung geschuldet, von dem man gehofft hatte, daß es die Historiographie allmählich hinter sich lassen könnte.

Ähnliche Vorbehalte muß man leider auch gegenüber der Darstellung des Zweiten Weltkriegs aus der Feder von Rainer Schmidt (*Der Zweite Weltkrieg. Die Zerstörung Europas*, geb, 208 S., 19.90 €) äußern. Sein Buch bringt eine solide Darstellung, die aber vielen prekären Fragen ausweicht. So erscheint die Vorgeschichte des Krie-







ges – vor allem der deutsch-polnische Konflikt im Frühjahr/Sommer 1939 – fast völlig in den Hintergrund gedrängt, auch die Umstände des Hitler-Stalin-Paktes kommen praktisch nicht zur Sprache. Vielleicht soll das Thema in dem Band zur Friedenszeit abgehandelt werden (den Lars Lüdecke abfassen wird), aber ohne eine Klärung dieser Sachverhalte hängt die Darstellung der Kriegsentwicklung zwischen 1939 und Dezember 1941 eigenartig in der Luft. Die Kriegsabsicht Hitlers unbestritten, wäre es doch sinnvoll gewesen, auf die mittlerweile sehr breite Forschung zu den Expansionszielen Stalins einzugehen. Die Diskussion der Motive und der Entscheidungen vor Beginn von „Barbarossa" bleibt bei Schmidt mehr oder weniger ergebnislos, während die Andeutungen über die außenpolitischen Linien Churchills und Roosevelts kritische Akzente ahnen lassen, aber mehr eben auch nicht. Was soll man schließlich davon halten, daß es am Ende heißt, mit dem Zweiten Weltkrieg hätten „sich die europäischen Mächte zu Tode bekriegt", um dann hinzuzufügen, Hitler habe letztlich den wilhelminischen Expansionismus in seine „extremste Ausprägung" getrieben und: „Der Zweite Weltkrieg war die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Für die Deutschen aber brachte er einen Neuanfang und die Befreiung von politischen Strukturen, Zielen und Mentalitäten, die ins Verhängnis und in die Irre führten."

Anders als Neitzel und Schmidt gehört Alexander Brakel als Autor tatsächlich noch zum wissenschaftlichen Nachwuchs. Eine gewisse Unsicherheit, die man seiner Darstellung (*Der Holocaust. Judenverfolgung und Völkermord*, geb, 205 S., 19.90 €) anmerkt, mag auch diesem biographischen Umstand geschuldet sein. Wenn man andererseits der Judenpolitik des NS-Regimes – in geringerem Maß auch der Verfolgung und Vernichtung anderer Gruppen (Zigeuner, Homosexuelle, Behinderte) – einen eigenen Band widmet und dem Thema damit einen zentralen Stellenwert zumißt, wäre man vielleicht besser beraten gewesen, einen erfahrenen Autor zu gewinnen; es ist allerdings nicht auszuschließen, daß ein solcher nicht zu finden war. Jedenfalls beginnt das Buch gleich mit einer Irritation, insofern Brakel erkennen läßt, daß er um die Unangemessenheit des Begriffs „Holocaust" weiß („strenggenommen nicht nur unpassend, sondern auch pietätlos"), der eigentlich das „Ganzopfer" eines Tieres als Sühne bedeutet, aber diesen dann doch – weil „durchgesetzt" – benutzt. Dieses Schwankende zieht sich weiter durch den Text, so wenn der Autor einerseits die Kontinuität der antisemitischen Maßnahmen betont, die in einen ursächlichen Zusammenhang mit der physischen Vernichtung der Juden gesetzt werden, aber auf den Bruch, entstanden durch das Ende des Auswanderungsdrucks, nicht hinreichend eingeht und die Gründe für den Entschluß zur „Endlösung" letztlich unverständlich wirken. Für Unsicherheit spricht auch das Fehlen jedes Hinweises auf die begründete Kritik der üblichen Darstellung dieses Vorgangs und eine Diskussion der Opferzahlen.

Um ein endgültiges Urteil über das Projekt *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert* des be.bra-Verlages zu fällen, ist es sicherlich zu früh. Man wird das Erscheinen der Folgebände abzuwarten haben und darf angesichts einiger in Aussicht genommener Autoren die Hoffnung hegen, Schwächen ausgeglichen zu sehen. Aber leider wurde jetzt schon mit der Darstellung von drei entscheidenden Themen die Chance vergeben, ein besseres und gerechteres Gesamtbild zu entwerfen. Das wäre um so nötiger, als die Auseinandersetzung um die Darstellung unserer Nationalgeschichte in eine neue Phase tritt.

Der gemeinste Céline der Welt

von Konrad Roenne

Am 3. Juli 2004 las der Berliner Schauspieler Martin Wuttke im Schloß Neuhardenberg, auf halber Strecke zwischen Berlin und polnischer Grenze gelegen, aus einem Text, dem folgendes Motto vorangestellt ist: „Mir fehlen noch etliche Haßgefühle. Ich bin gewiß, daß sie existieren." Der Text erschien unter dem Titel *Mea Culpa* 1936 in Frankreich, ein Jahr später auch in Deutschland. Mittlerweile ist der Nachdruck durch die Rechteinhaber untersagt. Sein Autor ist Louis-Ferdinand Céline (1894–1961). Er gilt als der bedeutendste französische Autor des 20. Jahrhunderts neben Marcel Proust. Und als ein extrem widerwärtiger Kerl dazu: „… der bescheidene Erfolg meines Lebens besteht darin, daß ich immerhin das Kunststück fertiggebracht habe, unter allen, der Rechten, der Linken, dem Zentrum, den Sakristeien, Logen, Zellen, Leichenhaufen, dem Grafen von Paris, Joséphine, meiner Tante Odile, Krukrubezeff, dem Pfarrer Groschengrab, für einen Augenblick Einigkeit darüber herzustellen, daß ich das größte lebende Dreckschwein bin!" (*Nord*, 1960) Nun ist Céline schon 47 Jahre tot. Und statt „Dreckschwein" fallen eher die Worte Rassist, Kollaborateur, Faschist und vor allem Judenhasser. Gemeint aber ist das gleiche.

Durch die Troika Schmitt-Heidegger-Benn sind wir ja einiges gewohnt, was die Problematik der Verstrickung von Intellektuellen mit dem Nationalsozialismus und ihre Folgen betrifft. Auch Ezra Pound, mit seiner Mussolini-Verehrung, gehört zu diesen problematischen Personen, ebenso Knut Hamsun, der gar seine Nobelpreis-Medaille dem Führer vermachte – sei es nun aus Verehrung oder aus Verwirrung. Doch sind die Genannten politisch eher der Rechten zuzuordnen, passen also in das gängige, vorgefertigte Schema von Intellektualität und Ressentiment. Anders verhält es sich bei Céline: radikaler Pazifist, lange gehegte Sympathien für den Kommunismus, selbsternannter Anarchist. Erst 1936, nach einem Besuch im damaligen Leningrad, wendet er sich enttäuscht und verbittert von den kommunistischen Idealen und deren sowjetischer Realität ab. Also einer, der sich irgendwo auf dem Dritten Weg, zwischen Liberalismus und Kommunismus, verzettelte? Doch gegen diese, vielleicht unglückliche, Verzettelung sprechen die Indizien, die wie erdrückende Beweise daherkommen. Es sind vor allem seine drei Pamphlete aus den Jahren 1937 bis 1941 (*Bagatelles pour un massacre, L'École des cadavres, Les Beaux Draps*), durchzogen von einem absurd krassen Judenhaß, deren Nachdruck bis heute von den Erben untersagt ist (worunter komischerweise auch sein antikommunistischer Text *Mea Culpa* fällt).

Als Zeuge tritt unter anderem Ernst Jünger auf, der in seinen *Strahlungen* von einer Begegnung mit Céline berichtet, 1941 im Deutschen Institut in Paris. Selbsterwählter Aristokrat trifft auf trotzigen Widerling, einen manisch vor sich hin quatschenden Fanatiker mit vernachlässigtem Äußeren, der sich von den Menschen und vom Tod verfolgt fühlt und seine Verwunderung darüber äußert, daß die deutsche Besatzungsmacht die Juden nicht auf der Stelle alle umbringt.

Wie anders fing das doch an. Célines erster großer Text, die Dissertation von 1924, ist noch



von einem geradezu romantischen Humanismus geprägt (*Leben und Werk des Philipp Ignaz Semmelweis*, Wien: Karolinger 1980. 80 S., br, 13.20 €). Es ist keine medizinische Doktorarbeit im herkömmlichen Sinne, sondern eine poetische Hommage an den „Retter der Mütter“, den tragischen Bekämpfer des Kindbettfiebers, den Hygienepionier. Der angehende Mediziner Destouches (so Célines bürgerlicher Name) will dem fast vergessenen Kollegen Semmelweis Gerechtigkeit widerfahren lassen und nimmt es dabei mit den Fakten nicht immer allzu genau. Die Hygiene wird sein medizinisches Thema bleiben.

Der nächste große Text erscheint dann 1932 unter dem Pseudonym Céline und ist der Roman, der wie ein gewaltiges Gewitter auf die französische Literatur niedergeht und der ihn schlagartig berühmt machen wird: *Voyage au bout de la nuit* (*Reise ans Ende der Nacht*) – ein Monstrum von einem Roman, voller Haß, Verachtung und Verzweiflung, die literarische Hochsprache mit dem *argot*, dem derben Soziolekt der Pariser Vororte, mischend. Auch wenn die folgenden Bücher – besonders *Mort à crédit* (*Tod auf Kredit*) und die Trilogie über Célines Flucht durch das untergehende Deutschland 1944/45 – stilistisch und kompositorisch wesentlich souveräner und ausgereifter sind: die *Reise* ist das Werk, mit dem er sich in die Weltliteratur eingeschrieben hat und das noch immer so viele Verehrer findet. Übrigens auf rechter wie auf linker Seite, von Anfang an: Léon Daudet war Célines erster Fürsprecher, durch eine enthusiastische Besprechung der *Reise* in der *Action Française* – kurz darauf bejubelte ihn Paul Nizan in der kommunistischen *L'Humanité*.

Gut siebzig Jahre mußte das deutschsprachige Publikum auf eine angemessene Übersetzung der *Reise* warten, 2003 wird sie von Hinrich Schmidt-Henkel vorgelegt (Reinbek: Rowohlt 670 S., geb, 29.90 €). Und ebenfalls erst jetzt gibt es so etwas wie eine deutsche Biographie über diesen großen Autor. Es wäre vielleicht die Chance gewesen, den Extremen und Widersprüchlichkeiten und vor allem dem Antisemitismus Célines auf den Grund zu gehen. Diese Chance wurde, so scheint es, vertan (*Louis-Ferdinand Céline*. Reinbek: Rowohlt Taschenbuchverlag 2008. 157 S., br, 8.50 €). Der Autor, Ulf Geyersbach, räumt zwar mit ein paar Klappentextmythen auf – weder kam Céline aus ärmlichen Verhältnissen, noch war er ein klassischer Armenarzt, sondern hatte lange Zeit ruhige und gut dotierte Posten inne. Doch ansonsten mokiert sich Geyersbach vor allem darüber, daß Céline ein „rücksichtsloser Schöpfer des eigenen Lebensromans“ war, autobiographische Mythen spann. Das ist nun nichts Außergewöhnliches, und deswegen ein bißchen wenig für eine Biographie.

Was den Antisemitismus Célines, von dem in seinen Romanen übrigens nichts zu spüren ist, betrifft, vertritt Geyersbach die These, daß dieser bereits vor den Pamphleten voll ausgeprägt war. Immerhin schrieb er schon um 1926 das Theaterstück *L'Eglise* (*Die Kirche*, Gifkendorf: Merlin 2002. 184 S., kart, 12 €), eine Parodie auf den Völkerbund, für den er als Mediziner arbeitete, und das schon leichte antisemitische Töne aufweist. Céline selbst behauptete immer, daß die ersten beiden Pamphlete aus den Jahren 1937/38 vor allem der Verhinderung eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland dienen sollten – nichts fürchtete der hochdekorierte Veteran des Ersten Weltkrieges mehr als eine erneute kriegerische Auseinandersetzung, und die Juden machte er als Kriegstreiber aus.

Viele nahmen ihn einfach nicht ganz für voll. „Er ist ein primärer Spucker und Kotzer. Er hat ein interessantes elementares Bedürfnis, auf jeder Seite, die er verfaßt, mindestens einmal je Scheiße, Pisse, Hure, Kotzen zu sagen. Worüber ist nebensächlich. [...] Jetzt also gegen die Juden. Es ist seine Ausdrucksart, seine Methode. Im nächsten Band wird es die Küstenschiffahrt oder die Behandlung der Gärtnerlehrlinge sein.“ So Benn 1938 nach der Lektüre der *Judenverschwörung in Frankreich*, eine arg verstümmelte Übersetzung von *Bagatelles pour un massacre*. André Gide ging in seiner berühmten Besprechung dieses Textes noch weiter. Er sah in diesem schriftstellerischen Wüten Célines eine gigantische Satire auf das zeitgenössische antisemitische Schrifttum. Und falls es kein Witz wäre, müßte Céline, nach Gides Meinung, vollkommen verrückt sein. – Wie auch immer, die deutschsprachigen Leser werden dies wohl in absehbarer Zukunft nicht überprüfen können und sich vom Hörensagen nähren müssen. Schade in mehrfacher Hinsicht, die Pamphlete enthalten auch die umfassendste Poetik, die Céline geschrieben hat.

Nehmen wir es also hin, daß ein großartiger Autor ein wirklich mieser Typ sein kann. „Céline war eine seltsame Mischung ausgezeichneter, herausragender Eigenschaften, ein Adliger des Geistes, [...] und zugleich ein dahergelaufener dummer Lump, der nur an sich selbst dachte und die Rolle des Märtyrers feilbot, sobald seine Haut bedroht war“, so Thorwald Mikkelsen, Célines Anwalt im dänischen Exil. Angeblich weigerte sich der Pfarrer bei Célines Beerdigung in Meudon an dessen Sarg ein Gebet zu sprechen. Nun, das mag man nachvollziehen, oder unfair finden. Eine vernünftige deutschsprachige Biographie sollte man ihm aber nicht verweigern – über Hitler gibt es ja auch eine ganze Menge.

Neues von Carl Schmitt

von Karlheinz Weißmann

Die Ausgabe 4/2008 von *Literaturen*, dem „Journal für Bücher und Themen" (eine Art deutscher Abklatsch des legendären französischen *Magazine littéraire*), erschien mit seinem Kopfbild auf dem Umschlag, dazu die Titelzeile „Nazi-Jurist und Terror-Denker: Carl Schmitt. Eine deutsche Karriere". Die „deutsche Karriere" soll natürlich an Hitler gemahnen, der Rest der Ausrichtung des lesenden Publikums dienen, das man vorbereitet wissen möchte auf den „Geist" respektive „Ungeist" des „katholischen Nihilisten" und „Rechtsdenker des Führerstaats", dessen Grundauffassungen „Politische Theologie" und ein „starres Freund-Feind-Schema" bestimmt haben sollen.

Man kann der redaktionellen Einleitung entnehmen, daß die Verantwortlichen von *Literaturen* keine Ahnung haben, jedenfalls keine Ahnung von Carl Schmitt. Der Eindruck verbessert sich nur unwesentlich, wenn man die Beiträge zum Thema genauer durchmustert, etwa die Rezension Friedrich Balkes über den Briefwechsel zwischen Schmitt und Ernst Forsthoff, die dessen Kern systematisch verfehlt, oder die Auslassungen Micha Brumliks, der, erfreut über den gelungenen Nachweis von „Rassismus", seine Unkenntnis in der Sache kaum als gravierend empfindet (nicht Schmitt hat den Reichsparteitag von 1935 als „Reichsparteitag der Freiheit" „gefeiert", es handelte sich um die offizielle Bezeichnung; selbstverständlich wird die „Neue Rechte" nicht bestreiten, daß Schmitt auch die Vernichtung des „gerechten Feindes" für legitim gehalten hat).

Da den Anlaß für Brumliks Ausführungen eine wohlwollende Besprechung von Christian Lindners *Der Bahnhof von Finnentrop* (*Eine Reise ins Carl-Schmitt-Land*, Berlin: Matthes & Seitz 2008. 448 S., geb, 34.90 €) bot, neigt man zu Mißtrauen gegenüber der Leseempfehlung, wird allerdings angenehm überrascht, wenn man diese „Großreportage" zur Hand nimmt. Es handelt sich nicht um eine Biographie, eher um eine Verknüpfung von Lebenslauf und geistiger Entwicklung Schmitts mit Reflexionen, Impressionen und Assoziationen des Autors. Das bietet zwar im Hinblick auf die Kenntnis Schmitts und die Deutung seines Werkes nicht viel Neues, ist aber manchmal überraschend und immer kurzweilig zu lesen und wirkt erhellend vor allem im Hinblick auf zwei Punkte: die Verankerung Schmitts im Sauerland – der Bahnhof von Finnentrop lag an der Rhein-Ruhr-Strecke und mußte angefahren werden, wenn man Plettenberg per Zug ansteuerte – und die Funktion der Judenfeindschaft im Denken Schmitts. Daß der eine über die Kollaboration mit dem NS-Regime hinausreichende Bedeutung zukam, ist nicht zu bestreiten. Allerdings macht Lindner auch deutlich, wie wenig man es mit dem landläufigen oder dem hochideologischen Antisemitismus zu tun hat, und wie sehr mit Schmitts ganz persönlicher Politischer Theologie, die ihre widerwärtigen Züge hatte, aber doch nicht reduziert werden kann auf das Weltbild eines „Täters", nicht einmal eines „Schreibtischtäters".

Lindners Bereitschaft zur Differenzierung unterscheidet sein Buch deutlich von demjenigen Jan Werner Müllers *Ein gefährlicher Geist* (Darm-



stadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2007. 300 S., geb, 39.90 €), dessen Autor sich nichts weniger als „Carl Schmitts Wirkung in Europa“ vorgenommen hat, aber an diesem großen – übergroßen – Thema scheitert und lediglich einen, fallweise nicht nur lückenhaften, sondern auch irreführenden, Abriß bietet. Es handelt sich erkennbar um jene Art von Konjunkturliteratur, die dem neuen Interesse an Schmitt dadurch begegnen will, daß sie in ermüdender Weise auf dessen politisches Belastetsein verweist und wie ein Mantra „gefährlich“ – „gefährlich“ – „gefährlich“ wiederholt. Im Vorwort zu Müllers Buch weist Michael Stolleis denn auch darauf hin, daß man es nicht nur mit dem Schmittismus von Linken und Rechten am Rande der Szenerie zu tun habe, sondern neuerdings mit den „Vordenkern des übergesetzlichen Notstands in den Szenarien des Terrorismus“, die offen oder verdeckt auf Schmitt rekurrierten und so die „Prinzipien der pluralistischen Demokratie“ und den „Universalismus der Menschenrechte“ in Frage stellten.

„Pluralismus“ ist ein Stichwort, das im Zusammenhang mit dem Denken Schmitts unbedingt erwähnt werden muß, und es verwundert, daß sich bisher niemand gründlich mit der Bedeutung dieses Begriffs im Werk Schmitts auseinandergesetzt hat. Das hat es allerdings erleichtert, die bereits 1989 vorgelegte Dissertation Thor von Waldsteins *Der Beutewert des Staates* (*Carl Schmitt und der Pluralismus*, Graz und Stuttgart: Ares 2008. 215 S., geb, 19.90 €) jetzt endlich in einer Buchausgabe vorzulegen. Man wird nicht zuviel sagen, wenn man es zu den bedeutendsten Arbeiten über Schmitt der letzten Jahre rechnet. Dabei hat sich Waldstein nicht damit begnügt, die Auseinandersetzung Schmitts mit der Theorie des Pluralismus beziehungsweise dessen Protagonisten Harold J. Laski nachzuzeichnen, sondern auch erklärt, warum Schmitt dieses Thema in den zwanziger Jahren mehrfach aufgriff, ohne daß dazu ein akuter Anlaß bestand. Schmitt witterte hinter der Propaganda für den Pluralismus den Versuch, die Reste von Staatlichkeit im Namen von Selbstbestimmung und Freiheit zu zerstören. Damit würden die „indirekten Gewalten“ endgültig die Macht übernehmen und den „Leviathan“ zerlegen, was nicht nur aus prinzipiellen Gründen zu verwerfen sei, sondern vor allem angesichts der konkreten Lage des besiegten Deutschlands verhindert werden mußte.

Gerade weil Waldstein die Überlegungen Schmitts an die politische Situation bindet, in der sie entstanden, gewinnt er einen souveränen Standpunkt im Hinblick auf die Frage nach Schmitts politischer Brauchbarkeit heute. Bemerkenswert ist dabei die Nüchternheit des Urteils, das von prinzipieller Verdammung und Häme genauso weit entfernt ist wie von Apologie und kritikloser Bewunderung. In seinem Schlußwort weist Waldstein auf das wirklich Bleibende an Schmitt hin, wenn er schreibt: „Als *Vademecum* zur Entwicklung bündiger Politikkonzepte taugen Schmitts Schriften ohnehin kaum. Wer politische Programme schreiben will, braucht Carl Schmitt nicht. Vielleicht sind es aber gerade seine Fragen und nicht seine Antworten, die den eigentlichen Wert seiner Bücher und Aufsätze ausmachen.“

Stalins Kampfplatz

Bogdan Musial: *Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen*, Berlin: Propyläen 2008. 585 S., geb, 29.90 €

Es ist ein Ärgernis anzuzeigen. Der polnische Historiker Bogdan Musial, früherer Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Warschau und derzeit beim polnischen Institut des nationalen Gedenkens beschäftigt, geht schon seit ein paar Jahren den sowjetischen Angriffsplänen auf Europa nach. Er hat dabei in Moskau neue Quellen erschließen können, die den Beginn der sowjetischen Mammutrüstung im Jahr 1929 betreffen und konnte die damit von vornherein verbundene Absicht nachweisen, Polen, Deutschland und Europa anzugreifen. Dies war in Umrissen natürlich längst bekannt, aber der schriftliche Nachweis von Äußerungen der Marke „Wann überfallen wir eigentlich endlich?" aus den Moskauer Politbürositzungen zu Beginn der dreißiger Jahre war zuvor noch nicht gelungen. Diese Arbeiten Musials, die er bereits zum Teil in der *Welt* und der *FAZ* veröffentlicht hat, waren innovativ und gewinnbringend. Nun legt der Autor als Abschluß dieser Forschungen jedoch ein Buch vor, das am Ende ein groteskes Bild zeichnet. Der Eiertanz um die Präventivkriegsthese erreicht einen neuen Höhepunkt.

„Die Behauptungen von der sowjetischen Bedrohung Deutschlands, die zwar real war, von der Hitler in Wirklichkeit gar keine Kenntnis hatte, dienten nur als Vorwand, um den Überfall (auf die UdSSR) zu rechtfertigen." Wir erfahren von Bogdan Musial auf Seite 462 nun also, daß alles weitgehend der Wirklichkeit entsprach, was die Nationalsozialisten seit den zwanziger Jahren immer über die sowjetischen Pläne gedacht und ausgesprochen hatten, daß sie aber davon eigentlich nichts wußten. Die internationale Politik wird hier zur Farce erklärt, zumal auch noch Stalin, wie wir von Musial im weiteren erfahren, von einem geplanten deutschen Angriff angeblich nichts wußte. Um diese Volte zu schlagen, muß der Autor auf beiden Seiten etliche entscheidende und allgemein bekannte Dokumente ignorieren. Dazu gehört der seit den neunziger Jahren bekannte Schukow-Plan ebenso wie Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan. Dort äußerte sich der deutsche Diktator 1936 besorgt über die Bedrohung durch die Militärmacht Sowjetunion, die in absehbarer Zeit eine alles überwältigende Stärke erreichen könnte. Von dieser Feststellung zieht sich eine gerade Linie bis zu Hitlers Einschätzung von Anfang Juni 1941, die Sowjets veranstalteten an ihrer Westgrenze den größten Aufmarsch der Weltgeschichte. Nichts davon bei Musial, statt dessen die von interessierter Seite oft kolportierte Behauptung absoluter Unwissenheit auf deutscher Seite. Daß Georgi Schukow, der Generalstabschef der Roten Armee, im Mai 1941 an Stalin detailliert über seinen Plan zur dringend nötigen Beschleunigung des in Grundzügen bereits angelaufenen Angriffs der sowjetischen Truppen auf die deutsche Wehrmacht berichtet hat, steht bei Musial nirgendwo. Schukow wollte 1941 in dreißig Tagen in Breslau sein, schaffte dies aber bekanntlich erst 1945, bevor er dann den Angriff auf Berlin leitete. Historiker Musial meint es besser zu wissen und verkündet, die Rote Armee hätte frühestens im Jahr 1943 angreifen können. In diesem Bereich ist das Buch wissenschaftlich wertlos.

Warum Musial zu diesem Vorgehen gegriffen hat, muß offen bleiben. In jedem Fall reduziert dieses Vorgehen den durchaus vorhandenen Wert seiner Arbeit in Bezug auf die sowjetische Rüstungsgeschichte drastisch. Dazu gesellt sich eine spürbare Neigung des Autors, den wahrheitswidrigen Behauptungen nicht nur bundesdeutscher, sondern auch polnischer Geschichtspolitik nachzugeben. So stellt sich Musial auf den Standpunkt, in der Umgebung der nach dem Ersten Weltkrieg völkerrechtlich als Hauptstadt Litauens anerkannten Stadt Wilna und in der Stadt selbst habe es bis 1939 keine Litauer gegeben. Damit erscheint die fast zwei Jahrzehnte dauernde Okkupation von Stadt und Land durch polnische Truppen in einem milderen Licht. Es kann in der Folge nicht überraschen, wenn der Autor die Legende vom 1939 überfallenen Polen transportiert, die damals in Polen vieldiskutierten Expansionspläne in Richtung West und Ost aber nicht erwähnt. Außerdem – man kommt aus dem Staunen nicht heraus – sei zwar der deutsche Angriff auf die UdSSR 1941 kein Präventivkrieg gewesen, der polnische Angriff von 1920 aber schon. Aus Josef Pilsudskis fehlgeschlagenem Versuch, mit einem Rußlandfeldzug das polnische Ostimperium von 1772 zurückzuerobern, wird hier in eleganter Weise ein Verteidigungskrieg konstruiert. Polen als der Retter des Abendlandes vor Asien, ein altes Muster polnischer Selbstdefinition.

Die Reihe an unzutreffenden Behauptungen, schrägen Schlußfolgerungen aus zitierten Papieren und verschwiegenen Tatsachen ließe sich beachtlich weiterführen. So wird man trotz Musial an der Ansicht festhalten dürfen, Stalin habe seinen Außenminister Litwinow im Frühjahr 1939 für kommende Verhandlungen zur Provokation Deutschlands gegen Wjatscheslaw Molotow ausgetauscht. Es steht dennoch zu befürchten, daß Teile der deutschen Publizistik in die Karotte beißen und Musial als Kämpfer gegen den Mythos der „friedliebenden Sowjetunion" feiern werden. Wenigstens das ist er immerhin auch.

Stefan Scheil

Ökologie – politisch oder wissenschaftlich?

Edgar L. Gärtner: *Öko-Nihilismus. Eine Kritik der Politischen Ökologie*, Jena: TvR Medienverlag 2007. 284 S., br, 24.50 €

Gerhard Wegner (Hrsg.): *Naturwissenschaftlich fundierte Ökologie. Wissen, Verantwortung, Aufgaben* (Grenzfragen; 30), Freiburg/München: Verlag Karl Alber 2007. 226 S., geb, 24 €

Daß Buchtitel oftmals weniger den Inhalt des Buches widerspiegeln als die Erfindungsgabe der Marketingabteilung des jeweiligen Verlages, dürfte bekannt sein. Beim Titel *Öko-Nihilismus* kommt noch hinzu, daß sich hier offenbar jemand nicht traut, *Ökofaschismus* zu sagen. An keiner Stelle wird in dem Buch von Gärtner hinreichend geklärt, was unter Nihilismus zu verstehen sei (andeutungsweise ein Wirklichkeitsverweigerer), geschweige denn, wie der Präfix „Öko“ in der Lage sein soll, so etwas wie Nihilismus näher zu bestimmen. Auch wenn der Autor sich im Schlußteil seines Buches auf Nietzsche bezieht, ist sein Denkansatz von diesem völlig unberührt geblieben, denn Gärtner setzt auf Wachstum und Innovation und nutzt Nietzsche lediglich als Schlagwortmaschine. Dabei hätte Gärtner diese Hilfe gar nicht nötig, da sich sein Buch, zumindest in der erste Hälfte, als faktengesättigte Polemik erweist, die durchaus einige wunde Punkte in der gegenwärtigen Debatte um die Klimapolitik berührt. Gärtner macht einen „ökologisch-industriellen Komplex“ aus, in dessen Interesse es liege, daß gegen jede ökonomische Vernunft bestimmte Energieträger bevorzugt werden. Gärtner zeigt im Detail, welche Annahmen den ordnungspolitischen Auswüchsen der Klimapolitik zugrunde liegen und daß sie der Wirklichkeit in den meisten Fällen nicht zu entsprechen scheinen. Hier liegt im Ansatz eine Aufklärungsarbeit vor, die kritisiert, daß die Welt zu einem Ganzen erklärt werde, das man dann in Statistiken ummünze, um daraus Schlüsse für das politische Handeln abzuleiten. Gärtners ökonomischer Ansatz, hier trifft er sich mit dem bekannten Öko-Kritiker Lomberg, läuft darauf hinaus, daß es sich bei den Bemühungen um Klimaschutz nicht nur um herausgeworfenes Geld handelt, sondern um eine gigantische Umverteilungsmaschine, in die sich vor allem die psychisch angekränkelten Deutschen gerne einspannen ließen. So weit, so gut. Was stört, ist der bei fast allen Libertären, zu deren gemäßigten Flügel sich Gärtner wohl rechnen würde, anzutreffende Hang, ihre Weltsicht für die einzig sinnvoll zu halten. Das schmälert den Ertrag seines Buches deutlich, weil so die ganz konkreten Fragen, die sich nicht ideologisch beantworten lassen, aus dem Blick geraten und damit der von Gärtner so geschätzte „gesunde Menschenverstand“.

Daß der wissenschaftliche Außenseiter Gärtner mit seiner Kritik an der Politischen Ökologie nicht alleine steht, zeigt der von Gerhard Wegner, Direktor am Max-Planck-Institut für Polymerforschung, herausgegebene Band *Naturwissenschaftlich fundierte Ökologie*. Der Herausgeber zeigt darin den Zusammenhang von Politik und Wissenschaft am Beispiel der Ökologie auf. Politik beziehe sich auf Probleme, die definiert werden müssen. Dazu bediene sie sich der Wissenschaft und könne dadurch ihr Handeln rechtfertigen. Dadurch komme es zur Politisierung der Wissenschaft, da diese das politische Handeln berücksichtige und in der Regel von Zuwendungen der Politik abhängig sei. Hierbei spielen Medien und öffentliches Bewußtsein eine große Rolle. Als schönes Beispiel zitiert er eine Warnung aus dem Jahre 1980, daß die Erde in 50 Jahren unbewohnbar sein werde. Als Lösung schlug der Autor damals den massiven Ausbau der Kernenergie vor. Tschernobyl machte dem ein Strich durch die Rechnung, das Ziel lautete seitdem jedoch Verringerung des CO^2-Ausstoßes und die Klimaforschung wurde institutionalisiert. Der Aufsatz von Matthias Volkenandt über „Klimaforschung als experimentelle Wissenschaft“ fällt dem gegenüber ab, weil er zwar zeigt, daß es schwierig ist, in der Klimaforschung zu eindeutigen Ergebnissen zu kommen, den anthropogenen Anteil daran aber als Axiom behandelt. Warum wir, anstatt dem CO^2-Kult zu huldigen, nicht an so naheliegende Dinge wie Sparsamkeit und Effizienz, die alte Tugend des Maßhaltens, appellieren, macht der Beitrag von Werner Gamerith, „Die fragile Stadt“, deutlich. Sobald der Mensch seinen überschaubaren Lebensraum verlassen hat, verliert er das Gefühl für das Maß. So sind die Bewohner der *Mega Cities* trotz der zunehmenden bedrohlichen Lage nicht bereit, ihren Lebensstil zu ändern. Die Frage nach den Gründen bleibt unbeantwortet, auch wenn Christoph Horn in seinem Beitrag der Frage nach der Änderung des persönlichen Lebensstils moralphilosophisch nachgeht und dabei einige Hinweise gibt. Mehrere Grenzen machen die Entscheidung schwer: Wir wissen nicht genug über die Prozesse, die wir auf einmal steuern wollen. Wir haben den Einzelnen weitgehend von der Verantwortung für das Geschehen befreit. Und schließlich müssen wir uns eingestehen, daß die christliche Lehre, nach der alles menschliche Handeln Sünde ist, so unrecht nicht hatte. Was wir auch planend durchführen, wir überblicken die Folgen nicht. Daß die Umstellung auf Biodiesel, den Hungertod befördern würde, hätte man zwar wissen können, gehandelt wurde dennoch nicht danach. Weil letzten Endes doch die Mobilität unser Gott ist.

Erik Lehnert

Trotz Enttäuschung

Margret Boveri und Ernst Jünger – Briefwechsel aus den Jahren 1946 bis 1973. Hrsg., mit einem Vorwort versehen und kommentiert von Roland Berbig, Tobias Bock und Walter Kühn, Berlin: Landt 2008. 332 S., geb, 34.90 €

Es gehört zu den mißlichen Leseerfahrungen der letzten Jahre, daß die wachsende Zahl der veröffentlichten Korrespondenzen im Mißverhältnis zu deren inhaltlichem Ertrag steht. Oft wird mit Aufwand etwas herausgegeben, was schlechterdings kaum von Bedeutung ist. Das sei vorausgeschickt, um gleich hinzuzusetzen, daß solche Befürchtungen in bezug auf den Briefwechsel zwischen Ernst Jünger und der Journalistin Margret Boveri keine Ursache haben. Vielmehr handelt es sich um ein aufschlußreiches Dokument im Hinblick auf die Biographien beider (natürlich derjenigen Boveris stärker als derjenigen Jüngers) und die Entwicklung ihrer Weltanschauungen.

Man sollte dies ausdrücklich auch im politischen Sinn verstehen, denn die Annäherung der Boveri an Jünger hatte erst während der Kriegsjahre im Ausland begonnen und lief parallel zu einer überraschenden Korrektur ihrer bis dahin eingenommenen Positionen. Sie hatte nach 1933 zwar nicht als regimefeindlich gegolten, aber als distanziert, arbeitete als Korrespondentin in den USA, dann in Portugal und Spanien, um erst 1944 ins Reich zurückzukehren, getrieben von dem Gefühl, man müsse Teil haben am Untergang, nicht nur dem Untergang des Nationalsozialismus, sondern auch dem Untergang Deutschlands.

Diese Erfahrung hat in ihr eine tiefe Solidarität mit der eigenen Nation begründet und sie nach dem Zusammenbruch davor bewahrt, auf die Seite der Sieger zu wechseln. Schon das mußte sie mit Jünger verbinden, aber wichtiger noch war die Wahrnehmung, daß er mit seinen großen Analysen – *Die totale Mobilmachung* und *Der Arbeiter* – so vieles von dem vorausgesehen hatte, was nun eingetreten war.

In einer ihrer vielen Rezensionen der Werke Jüngers – der *Strahlungen* – zitierte sie einleitend einen Satz Jüngers: „Man kann das Notwendige sehen, begreifen, wollen und sogar lieben, und doch zugleich von ungeheurem Schmerz durchdrungen sein.“ In dem Gefühl, daß ein besonderer *amor fati* sie und Jünger verbinde, wurzelte ihre Vorstellung, daß von Jünger auch unter den veränderten Bedingungen der Nachkriegszeit Gültiges zu erwarten sei. Wie man dem Briefwechsel entnehmen kann, sah sie sich in dieser Hoffnung zuletzt enttäuscht – auch weil sie zu hochgespannt gewesen war –, wenngleich der Austausch zwischen beiden nicht unfruchtbar blieb.

Karlheinz Weißmann

Über die Linie

Ernst Jünger / Martin Heidegger: Briefe 1949–1975. Unter Mitarbeit von Simone Maier herausgegeben, kommentiert und mit einem Nachwort versehen von Günter Figal, Stuttgart: Klett-Cotta & Frankfurt a.M.: Klostermann 2008. 317 S., Ln mit SU, 29.50 €

Zu einem der Phänomene, die für die Kontinuität des deutschen Geistes sprechen, gehört die Debatte über den Nihilismus, wie sie unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg geführt wurde. Anstatt im Sieg der Alliierten so etwas wie die Überwindung des Nihilismus (immerhin hatte Hermann Rauschning den Nationalsozialismus als „Revolution des Nihilismus“ charakterisiert) zu erblikken, sahen ihn u. a. Denker wie Martin Heidegger und Ernst Jünger erst richtig zur Geltung kommen. Beide waren sich im Herbst 1948 zum ersten Mal begegnet, ein halbes Jahr später beginnen die Briefe hin- und herzugehen (insgesamt sind 76 Stück überliefert). Das eigentliche Ereignis, das die Verbindung zwischen beiden auf gleicher Augenhöhe möglich machte, war Jüngers Buch *Der Arbeiter* (seit 2004 liegen die umfangreichen Notizen Heideggers dazu vor). Für Heidegger war es eine entscheidende Bestätigung seiner Auseinandersetzung mit Nietzsche. Zum 60. Geburtstag Heideggers steuerte Jünger einen Beitrag zur Festschrift bei: *Über die Linie*. Darin unternimmt er die Untersuchung des Nihilismus im Dreischritt Prognose, Diagnose, Therapie. Heidegger antwortet darauf zunächst mit einem ausführlichen Brief und bringt neben Lob und Anerkennung seinen Dissens über die Frage des Passierens der Linie, womit Jünger die Überwindung des Nihilismus meint, zum Ausdruck. Heidegger zweifelt an Jüngers Optimismus, der an die menschliche Kraft glaubt: „Das Überqueren der Linie, das in der Nähe des Nichts erfolgt, ist kein bloßer Vormarsch des Menschen. Es ist zugleich ein *Über*holen durch das Rettende ...“ Im Gegensatz zu Jünger sieht Heidegger in der „Ordnung“ nichts Ursprüngliches, seine Suche gilt dem Fundierenden der Ordnung. Zu Jüngers 60. revanchiert sich Heidegger mit einem Beitrag, den er *Über „Die Linie“* betitelt. Es geht ihm um den Ort des Nihilismus, nicht um dessen Überwindung. Von Jünger ist als Reaktion nur das Wort „schön“ überliefert. Neben diesem entscheidenden Gespräch dreht sich der Briefwechsel um Etymologisches und untergeordnete Kleinigkeiten. Im Anhang sind deshalb neben den beiden Festbeiträgen die *Federbälle*, die Jünger Heidegger zum 80. Geburtstag widmete, abgedruckt. Die Kommentierung ist sparsam und etwas oberflächlich, das Nachwort äußerst knapp gehalten.

Erik Lehnert

Wiedergeburt?

Michael von Brück: *Ewiges Leben oder Wiedergeburt? – Sterben, Tod und Jenseitshoffnung in europäischen und asiatischen Kulturen*, Freiburg i. Bg.: Herder 2007. 318 S., geb, 19.90 €

Daß von der Grenze der Existenz, Sterben und Tod, aus das gesamte Spektrum an Fragen des menschlichen Lebens aufgerollt werden kann, zeigt Michael von Brücks neues Werk. In drei großen Schritten: Die mythischen Bilder, die kultische Praxis und die Symbole der Hoffnung in West und Ost entfaltend, führt der Münchner Orientalist und Theologe seine interkulturelle Erforschung der Religionen fort und knüpft dabei an seine Anthropologie *Wie können wir leben?* aus dem Jahr 2002 an. Spielte dort das Wandlungsmotiv eine zentrale Rolle, der Mensch als *homo viator*, veranschaulichen hier die Taufe als Geburtsritus und das Grab als Jenseitstor die geistlichen Eckpunkte eines von den „traditionalen" Kulturen als transitorisch begriffenen Daseins und als durchlässig imaginierten Weltbildes. Die aus dem christlichen, dann zumal aus dem Bereich von Hinduismus und Buddhismus geschöpften Erkenntnisse erlauben dabei einen tiefen Einblick in die verschiedenen Weltbilder und Glaubensgebäude sowie die Riten und Meditationsformen der Völker. Auch methodisch ist sein Blick ausgedehnt, reicht er doch von einer Archetypenlehre der Grabsymbole bis zur soziologischen Reflexion aktueller Trends in der heimischen Bestattungskultur; selbst das musikalische Totengedenken im Schaffen großer Komponisten wird gewürdigt. Der philosophisch verdichtete Schlußteil systematisiert die mystische Weltsicht Indiens. Brück zielt auf eine metaphysische Erkenntnislehre und Regionentheorie des Bewußtseins, die aus religiöser Einsicht die starren Kategorien moderner Rationalität aufbricht.

Wolfgang Saur

Wiedergeburt!

Uwe Topper: *Wiedergeburt. Das Wissen der Völker*. Tübingen: Hohenrain 2008. 399 S., 132 Abb., Ln, 19.80 €

Das vorliegende Werk läuft thematisch parallel mit der Studie Michael von Brücks, doch legt dessen gelehrter Diskurs sein Augenmerk auf begriffliche Schärfe und systematische Differenzierung solch heikler Fragen wie etwa der komplexen Wiedergeburtslehren Indiens. Die Stärke der freien Wissenschaft Uwe Toppers liegt mehr in der Synthese, manchmal auch Kompilation eigener Erfahrung als Weltreisender und lebendiger Anschauung mit zahllosen Fragestellungen ganz unterschiedlicher Natur, deren divergierende Perspektiven sich nicht immer bruchlos vermitteln. Leitend bleiben große Motive wie der ‚Ursprung der Kulturen' und die ‚letzten Fragen' des Menschseins, die Jenseitshoffnungen. Der in seiner Gestalt ansprechende, reich ausgestattete Band ist die Neuauflage eines Klassikers aus den 1970er Jahren, der nach dem *Erbe der Giganten* (1977) erschien und 10 Jahre darauf ein gewaltiger Publikumserfolg wurde. Der aus Vor- und Frühgeschichte, Geologie, Kulturanthropologie, Religionswissenschaft und Reisebericht gespeiste, faustische Wissensdrang des rastlosen, auch durch Chronologiekritik prominenten Autors trifft sich offenbar mit der sensiblen Neugier einer breiten Leserschaft. Schillernde Begriffsbildung und nicht immer klare Themenführung werden über weite Strecken aber durch anschauliche Betrachtung und den leidenschaftlichen Nachdruck des universell gebildeten Autors aufgewogen. Parapsychologisch zuletzt noch traktiert, wird der Leser indes leicht seekrank. Ist es wirklich nötig, Spiritismus und Tibetanisches Totenbuch in eins zu spannen? Am Ende mündet der Text aus in eine Doktrin kosmischer Evolution.

Wolfgang Saur

Wiederaufbau?

Wulf D. Wagner: *Das Königsberger Schloß. Eine Bau- und Kulturgeschichte, Band 1: Von der Gründung bis zur Regierung Friedrich Wilhelms I. (1255–1740)*, Regensburg: Schnell & Steiner 2008. 390 S., Ln mit SU, durchgehend bebildert, Großformat, 76 €

Königsberg ist verloren, das Schloß gesprengt. Daß die Erinnerung an die ostpreußische Metropole dennoch lebendig ist, kann man immer wieder erleben. Der 200. Todestag von Kants war so ein Anlaß, bei dem deutlich wurde, wie sehr der deutsche Osten bis heute zu unserer Identität gehört. Ein weiteres Jubiläum war der 300. Jahrestag der Gründung des Königsreichs Preußen, die 1701 im Königsberger Schloß vollzogen wurde. Über diesen geschichtsträchtigen Ort hat jetzt ein junger Architekturhistoriker, Jahrgang 1969, aus Berlin eine beispiellose „Bau- und Kulturgeschichte" vorgelegt, die wohl über lange Zeit das letzte Wort zu diesem verhältnismäßig wenig beachteten Bauwerk sein wird. Wagner zeichnet dessen Geschichte von der Gründung der Ordensburg im Jahre 1255 bis in die Jahre des Soldatenkönigs nach, hat Wagner dafür sämtliche greifbaren Akten aufgestöbert und damit erstmals Einblicke in das höfische Leben ermöglicht. Er tritt mit dieser Arbeit den Beweis an, daß man auch zu vermeintlich längst erforschten Bauten (so die gängige Lehrmeinung) noch neues Material finden kann. Er zeigt aber auch, daß es möglich ist, eine überaus lesbare Doktorarbeit (eine solche war das Buch ursprünglich) zu schreiben. Man darf auf den zweiten Band gespannt sein, der für das Jahresende angekündigt ist. Darin wird nicht nur die Geschichte des Schlosses bis zu seiner Sprengung 1968 behandelt, sondern auch das Schicksal der berühmten Sammlungen. Der Wunsch nach Wiederaufbau bekommt neue Nahrung.

Felix Bosch

Wehrmacht in Polen

Daniel Heintz: *„Größte Zumutung …". Über die angeblichen und tatsächlichen Verbrechen der Wehrmacht in Polen im September / Oktober 1939*, Straelen: Regin 2007. 112 S., kt, 12.90 €

Wer noch Gelegenheit hatte, mit Teilnehmern des Polenfeldzugs zu sprechen, machte oft die Erfahrung, daß ihnen diese militärische Aktion auch im nachhinein gerechtfertigt schien, und selbst die Brutalität der deutschen Besatzung diesen Eindruck nicht korrigieren konnte. Der Grund dafür war die heute weitgehend verdrängte Erinnerung an die Enttäuschung über Polens Frontwechsel nach Abgabe der britischen Garantie im Frühjahr 1939 und die gespannte Atmosphäre im Sommer, begleitet von volksdeutschen Fluchtbewegungen, deren Ursache brutale Ausschreitungen waren, die schließlich im „Bromberger Blutsonntag" gipfelten.

Diese Ereignisse bilden so etwas wie den Hintergrund des Buches von Daniel Heintz, das sich mit der – neuerdings auch vom MGFA postulierten – These auseinandersetzt, der Polenfeldzug sei ein „Vernichtungskrieg" gewesen. Heintz verweist nicht nur darauf, daß der relativ großen Zahl von Verstößen gegen das Kriegsrecht auf deutscher Seite eine zumindest ebenso große auf polnischer gegenüberstand, er kann auch belegen, daß Verstöße der Wehrmachtssoldaten von der Militärgerichtsbarkeit regelmäßig verfolgt und – bis zu einer von Hitler ausgesprochenen Amnestie – geahndet wurden, also von einer kalkulierten Vernichtungsabsicht keine Rede sein kann.

Das Buch von Heintz gehört in die Reihe jener verdienstvollen Bücher, die sich darum bemühen, das Bild der „verbrecherischen" Wehrmacht zurechtzurücken, ohne sie „weißzuwaschen". Bedauerlich ist nur, daß der Text gelegentlich die ordnende Hand eines Lektors vermissen läßt.

Martin Voelkel

Koch in Ostpreußen

Ralf Meindl: *Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie*, Osnabrück: Fibre 2007. 575 S., geb, 35 €

Der Werdegang Erich Kochs, des Gauleiters von Ostpreußen und Reichskommissars der Ukraine, ist so etwas wie die nationalsozialistische Variante des amerikanischen Traums. Meindl schildert Koch als ungemein fleißigen, allgegenwärtigen Mann, der sich nicht schonte, der meistens klug und listig handelte, im richtigen Moment rücksichtslos auftrat und sich durchsetzte, oder auch strategisch mal einen Schritt zurücktrat, ohne dabei das Ziel aus den Augen zu verlieren. Sein einfacher, protestantischer Lebensstil begleitete ihn lange, bis er von Göring lernte, das Leben zu genießen. Das Buch schreitet von einem Höhepunkt zum anderen, egal ob es sich um Kochs Bruderschaft mit der Strassergruppe handelt, um die „Erschließung" Ostpreußens für die NSDAP – mit den besten reichsdeutschen Wahlergebnissen für die NSDAP – oder die rücksichtslose, politisch unkluge aber, gekonnte Ausbeutung der Ukraine für den Kriegskarren Hitlers. Der Verfasser schreibt mit einer neutralen Sachlichkeit, die heutzutage bei jungen Historikern nur ganz selten anzutreffen ist; wobei man schon heraushören kann, daß bei ihm „der Koch" in der Konsequenz seiner Handlungen im Laufe seiner Arbeit eine Art Bewunderung hervorrief. Interessant sind auch die geschilderten Umstände von Kochs Handeln in den letzten Monaten des Krieges in Ostpreußen; sie widersprechen den Gerüchten gravierend. Hier liegt ein beeindruckendes, historisch wertvolles Buch vor, von einem begabten Schriftsteller und Historiker geschrieben und, das ist geradezu sensationell, herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Warschau.

Christoph Nehring

Stalins Note

Peter Ruggenthaler (Hrsg.): *Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung* (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte; 95), München: Oldenbourg 2007. 256 S., kt, 24.80 €

Die Stalin-Note vom März 1952 war bis zur Wiedervereinigung ein Gegenstand intensiver Spekulation, was nicht nur mit historischer Neugier – Wollte Stalin ein neutrales Deutschland dulden? –, sondern auch mit politischen Wunschvorstellungen – Gab es eine „verpaßte Chance"? – zu tun hatte. Das Interesse erlahmte prompt in dem Augenblick, als Bundesrepublik und DDR zusammengeschlossen werden konnten, was auch erklärt, warum der Sammelband jetzt kaum auf breiteres Interesse stoßen wird. Das ist insofern bedauerlich, als er nicht nur ein Licht auf die deutsche Nachkriegsgeschichte wirft, sondern auch illustriert, wie sehr der Lauf der Geschichte zuerst und vor allem von Machtinteressen bestimmt wird.

Im wesentlichen bestätigen die sowjetischen Quellen die Skepsis Adenauers und der „Atlantiker": Das Angebot einer Wiedervereinigung war für die sowjetische Seite immer nur Teil eines Kalküls, um den Abschluß der Pariser Verträge und die Entstehung eines Westblocks unter Einbeziehung der Bundesrepublik zu verhindern. In bezug auf die Beeinflußbarkeit Adenauers gab sich Stalin keinen Illusionen hin, aber für den Fall seines Sturzes durch eine von Moskau inaugurierte „nationale Front der patriotischen Kräfte Deutschlands" hätte die Chance bestanden, das Ganze kommunistisch zu steuern; aufschlußreich ist in dem Zusammenhang auch die der SPD zugedachte Rolle als nationalistischer Scharfmacher gegenüber Frankreich einerseits, als nützlicher Idiot im antifaschistischen Bündnis andererseits.

Karlheinz Weißmann

Kaplaken, 3. Staffel



Gibt es noch Männer — nach vierzig Jahren Gleichheitsfeminismus und allgemeiner Verweiblichung — oder nur noch Memmen?

Ellen Kositza
Gender ohne Ende
oder Was vom Manne übrigblieb
Kaplaken, Band 7
72 Seiten, kt. mit Fadenheftung, 8.00 €

EUGEN GOTTLOB WINKLER
Ernst Jünger und das Unheil des Denkens
Edition Antaios kaplaken 8

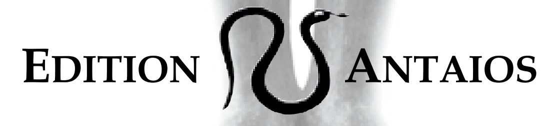
Der kongeniale Essay eines Frühvollendeten: Winkler nahm sich 1936 mit 24 Jahren das Leben. Eine Wiederentdeckung!

Eugen Gottlob Winkler
Ernst Jünger und das Unheil des Denkens
Kaplaken, Band 8
64 Seiten, kt. mit Fadenheftung, 8.00 €



Wie ist das, wenn wir Deutschen im eigenen Land nicht mehr Herr der Lage sind? Thorsten Hinz prognostiziert, was uns erwartet.

Thorsten Hinz
Zurüstung zum Bürgerkrieg
Kaplaken, Band 9
62 Seiten, kt. mit Fadenheftung, 8.00 €



Rittergut Schnellroda • 06268 Albersroda
Tel | Fax (034632) 90941 • www.antaios.de

Zwang des Schauplatzes

David Blackbourn: *Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft*, München: DVA 2007. 592 S., geb mit SU, 39.95 €

Daß Germanien von undurchdringlichen Wäldern geprägt war, davon wußten schon die Römer zu berichten, die den ihren schon lange abgeholzt hatten. Seitdem wird den Deutschen ein besonderes Verhältnis zu ihrer Umwelt nachgesagt. Die Romantik, die Lebensreformbewegung und auch die „deutsche Weltalternative" sind Ausdruck dieser speziellen Auffassung. Der englische Geschichtsprofessor Blackbourn will diese Auffassung eigentlich korrigieren. Anhand von ausgewählten Beispielen stellt er die Umgestaltung der deutschen Landschaft in den letzten 250 Jahren dar, die Ausdruck der Überzeugung gewesen sei, daß die Natur dem Menschen zu dienen habe. Eingehend, ganz in der Tradition großer Geschichtsschreibung, schildert Blackbourn die Trockenlegung des Oderbruchs, die Begradigung des Rheins, die Errichtung Wilhelmshavens und die der großen Talsperren seit dem 19. Jahrhundert. Der Auslöser für diese Umgestaltungen der Umwelt ist die Industrialisierung und die damit einhergehende Herausbildung der Massengesellschaft. Dieser Revolution mußte die Natur angepaßt werden. Blackbourn verschweigt die zeitgenössische Kritik an solchen Vorhaben nicht und weiß auch, daß sie vor allem von konservativer Seite geäußert wurde. Da er mit seinem Buch das Thema „Mensch und Natur" behandelt, geht er mögliche Unterstellungen in Richtung „Blut und Boden" offensiv an: „Geistige Ahnenreihen sind mehrdeutig und unvorhersehbar, sie lassen sich nicht kontrollieren oder aussperren." Dennoch kann er erst zum Schluß, als er das Dritte Reich behandelt, einen ökologischen Sonderweg der Deutschen feststellen.

Erik Lehnert

Zwanghafter Blick

Lars Normann: *Rechts im Spiegel von Links. Die Zeitschrift „blick nach rechts" als Symptom politischer Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, Norderstedt: GRIN 2008. 421 S., br, 39.90 €

Lange war die Zeitschrift *blick nach rechts* (bnr) eine der wichtigsten „antifaschistisch" ausgerichteten Publikationen Deutschlands. 1984 gegründet, erscheint das Blatt unter Schirmherrschaft der SPD seit 2004 hauptsächlich nur noch im Internet, in dem andere den Ton angeben. Interessant bleibt der *blick nach rechts* durch seine Funktion als Informationspool und Verknüpfungsglied sowohl für radikalere „Antifas", wie auch für Journalisten und Staatsschützer. Nun hat der Politologe Lars Normann das Blatt in seiner sehr gründlichen Dissertation analysiert. Er beschreibt Geschichte, Drahtzieher und Argumentationsstrategien. Im Gegensatz zu radikaleren Magazinen agiert der *bnr* monothematischer und äußerlich sachlicher. Doch werden subtil Codes transportiert, existiert eine nicht offen publizierte „sekundäre Inhaltmatrix". So kann die sich als „links-liberal" bezeichnende Publikation zur Kampagnen-Grundlage des „antifaschistischen" Zitierkartells benutzt werden, mit Einfluß auf den deutschen Presseapparat. Bekannte „Antifa"-Journalisten finden sich ebenso unter den Autoren wie Scharfmacher aus dem SPD-Apparat oder Verfassungsschützer, wie der langjährige VS-Präsident Peter Frisch. Normann kommt zu dem Schluß, daß im *bnr* „kein ausgewogenes Bild" der politischen Verhältnisse präsentiert werde, sondern Artikel „extrem einseitig und interessengeleitet politisch gewichtet" seien. Durch die Ausweitung des „Rechtsextremismus"-Vorwurfs werde versucht, Konformitätsdruck zu erzeugen, um linke Absolutheitsansprüche durchzusetzen.

Claus-M. Wolfschlag

Bezwungene Mütter?

Heidemarie Koch: *Frauen und Schlangen. Die geheimnisvolle Kultur der Elamer in Alt-Iran* (Kulturgeschichte der antiken Welt; 114), Mainz: Zabern 2007. 188 S., 89 Abb., geb, 39.90 €

Der Titel des Buches bezieht sich auf zwei besonders eindrucksvolle Elemente der elamitischen Kultur, deren Vorstellungswelten uns sonst weitgehend verborgen sind. Denn Frauen- und Schlangenmotive kommen in figürlicher Darstellung oder als Ornament an allen denkbaren Überresten vor. Es liegt deshalb nahe, eine Verbindung mit den „Mutterreichen" der Frühzeit anzunehmen oder jedenfalls eine Religion, für die das Weibliche – als dessen bevorzugtes Symbol die Schlange gelten kann – eine zentrale Rolle spielte. Aus mittelelamischer Zeit, der zweiten Hälfte des zweiten Jahrtausends vor Christus, ist jedenfalls der Name „Kiririscha" für die „Große Herrin" überliefert. Jenseits solcher Befunde bewegt man sich allerdings im Bereich des Spekulativen, worauf die Verfasserin, Heidemarie Koch, nachdrücklich hinweist. Ihr gelingt es auf knappem Raum, unterstützt von ausgezeichneten Fotografien und Rekonstruktionszeichnungen, eine anschauliche Vorstellung Elams zu liefern, das zwischen dem 5. und 1. Jahrtausend vor Christus im altiranischen Raum bestand. Die Elamer schufen lange vor den Babyloniern die ersten Stufentempel – die berühmten Zikkurate –, auf sie gehen wichtige Schritte in der Entwicklung von Schrift und Administration, Dichtung und Wissenschaft zurück. Im 12. Jahrhundert vor Christus endete die Blütezeit Elams, aber noch nach dem Verlust seiner Selbständigkeit spielte dieses Volk eine wichtige Rolle. Vom Reich des persischen Großkönigs Dareios wird berichtet, daß Elamer zur intellektuellen und religiösen Elite gehörten.

Karlheinz Weißmann

Antlitz, menschlich

Stefan Wolle: *Der Traum von der Revolte: Die DDR 1968*, Berlin: Ch. Links 2008. 256 S., geb, 19.90 €

Wie schwer wiegt Geschichte? Mit Blick auf das unwirkliche '68 der DDR wäre formal ein exaktes Gewicht von 445 g anzugeben. Soviel wiegt der Titel des Historikers Stefan Wolle, der bereits mit seinem epochalen Werk über *Die heile Welt der Diktatur* ein umfassendes Gesellschaftspanorama der DDR gezeichnet hat. Nun legt er ein solches für das Jahr 1968 vor – und besticht durch ein anekdotenreiches Erinnerungsvermögen, das sich freilich auch dem Studium der Stasi-Akten verdankt. Seine Bestandsaufnahme bietet eine atmosphärische Verdichtung jener Zeit, in der eine neue DDR-Verfassung verabschiedet, und die Milchtüte aus geschweißten Polyäthylenschläuchen erfunden wurde. Die Haltbarkeit der letzteren korrespondierte derweil mit dem Glauben an den von Alexander Dubček proklamierten „Sozialismus mit menschlichem Antlitz", in dem sich die ostdeutsche Variante von '68 manifestierte. Die Niederschlagung des „Prager Frühlings" am 21. August 1968 beschreibt Wolle plastisch als jene Zäsur, mit der zugleich das Ende der DDR besiegelt wurde, das noch 21 Jahre auf sich warten ließ. Obgleich es sich um einen Tag weltdramatischer Spannung handelte, geschah in der DDR „wenig oder nichts". Dennoch gab es Proteste. Im Unterschied zu Westdeutschland waren dessen Träger weniger junge Intellektuelle (zusammen etwa 10 Prozent) als Arbeiter, die mit knapp 60 Prozent den größten Anteil stellten. Im Herbst 1989 schließlich holte die '68er-Generation nach, was sie einst nicht vermocht hatte – mit einem entscheidenden Unterschied: aus der Reform war eine Revolution geworden, die das sozialistische System beseitigen sollte.

Christian Dorn

Zensur, witzig

Simone Barck/Siegfried Lokatis: *Zensurspiele. Heimliche Literaturgeschichten aus der DDR*, Halle: Mitteldeutscher Verlag 2008. 296 S., geb, 20 €

Ein paar Witzchen zum Bücherverbrennungsjubiläum gefällig, antinazi natürlich? Lieber nicht? Aus Geschmacksgründen etwa? Als Alternative bieten sich die *Zensurspiele* an, eine Sammlung von Glossen zu den sogenannten Druckgenehmigungsverfahren, die jedes Buch – ob Klassiker, Rinderzuchtbroschüre oder Bilderbuch – passieren mußte, bevor es in der Ostzone veröffentlicht werden durfte. Über Jahre hinweg haben Siegfried Lokatis und die jüngst verstorbene DDR-Literaturwissenschaftlerin Simone Barck in einer Serie der *Berliner Zeitung* „kuriose Anekdoten" rund um Zensur im „Leseland" DDR veröffentlicht. „Wissenswert" und „amüsant-pointiert" seien die hier zusammengestellten Schlaglichter, bewirbt der Verlag die vorliegende – ja, Unterhaltungslektüre. Denn die Kehle soll es dem Leser eben nicht zuschnüren, daher wird das Ganze im Schmunzelton erzählt. Klar, man lächelt gern über Kinderbuchmanuskripte, die deshalb zurückgewiesen wurden, weil bei einem abgebildeten Auto das Nummernschild und beim Roller die Klingel fehlte. Über die Tabu-Erklärung zahlreicher Themen: Pazifismus, Umweltverschmutzung, Jugendkriminalität. Oder über das sozialistische Verschleppungssyndrom, was das Erscheinen mancher Bücher über Jahrzehnte hinauszögerte – wobei wohlgemerkt während all dieser Zeit ein reger bürokratischer Schriftverkehr geführt wurde. Den Ton mancher Zensorinnen mag man als „temperamentvoll" und „Frauenpower" empfinden. Man könnte es auch Ungeist nennen und Widerwärtigkeit. Darauf verzichten die Autoren. Rückblickend war das alles doch wahnsinnig witzig! Man könnte schier heulen vor Lachen.

Ellen Kositza

Christen, deutsche

Roland Deines/Volker Leppin/Karl-Wilhelm Niebuhr (Hrsg.): *Walter Grundmann. Ein Neutestamentler im Dritten Reich* (Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte; 21), Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2007. 386 S., geb, 48 €

Es gibt noch ältere evangelische Theologen, die bei der Nennung des Namens von Walter Grundmann ausgesprochen gereizt reagieren. Dabei handelt es sich nicht nur um Anhänger der protestantischen Linken, sondern auch um eher Konservative oder Pietisten. Das hängt ganz wesentlich damit zusammen, daß Grundmann zu den führenden „deutsch-christlichen" Theologen der NS-Zeit gehörte und sein Buch *Jesus, der Galiläer* sicher zu den fundiertesten Angriffen auf die kirchliche Lehre von dieser Seite. Es hat aber auch damit zu tun, daß vielen noch erinnerlich ist, daß Grundmann nach dem Zusammenbruch von 1945 und einer relativ kurzen Übergangszeit in den kirchlichen Dienst zurückkehren konnte und außerordentlichen Einfluß auf die Entwicklung der Gemeindearbeit in Mitteldeutschland gewann. Daß ihn das DDR-Regime in seiner Funktion als Rektor des Katechetenseminars der thüringischen Landeskirche duldete, erscheint in dem Zusammenhang ebenso bemerkenswert wie der außerordentliche Erfolg seines Buches *Die Geschichte Jesu Christi* (1957), das auch in Westdeutschland herauskam und die Vorstellungswelt vieler evangelischer Laien geprägt haben dürfte. Der jetzt – nachdem der Nachlaß Grundmanns zugänglich wurde – herausgegebene Sammelband kann zwar nicht alle Aspekte von Leben, Werk und Wirkung dieses Mannes ausloten, verschafft aber doch eine Vorstellung von den Windungen, in denen nicht nur die politische, sondern eben auch die Theologiegeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert verlief.

Karlheinz Weißmann

Graf Kessler

Friedrich Rothe: *Harry Graf Kessler. Biographie*, München: Siedler 2008. 352 S., 30 Abb., geb, 22.95 €

Als „Dandy" und „Weltmann" geistert der „rote Graf" Kessler durch die Feuilletons und Biographien der letzten Jahre. Nach Peter Grupp (2001) und Laird McLeod Easton (2005) versucht sich nun auch der Literaturwissenschaftler Friedrich Rothe dem Mäzen, Kulturpolitiker und Diplomaten im Dienst des Kaiserreichs anzunähern. Die Stellung Kesslers macht Rothe anhand der Entstehung der UFA als Werkzeug Ludendorffs im Ersten Weltkrieg deutlich. Der daran maßgeblich beteiligte Kessler scheute sich als einer der wenigen nicht, George Grosz und John Heartfield in die Arbeit einzubinden – worunter freilich die propagandistische Wirkung der Filme litt.

Spätestens in diesem Abschnitt werden jedoch auch die Schwächen der Biographie deutlich. Stark kulturhistorisch vorgehend, liest sie sich streckenweise mehr als ein „Who Is Who" der Kunstszenerie des Kaiserreiches, in welcher der Graf den kulturpolitischen Mittelpunkt bildete. Sein Tagebuch aber als literarisches Werk wird von Rothe nicht analysiert. Der Leser mag dem Buch noch entnehmen, daß die großen Künstler der „Goldenen Zwanziger" bereits im späten Kaiserreich bekannt wurden und Kessler daran wesentlichen Anteil hatte. Privatleben, Krisen und intellektuelle Verortung werden zwar oft berührt, selten jedoch ausführlich beschrieben und gedeutet. Die entscheidende Rolle als Förderer und Mäzen moderner Kunst wird deutlich, Gedankenwelt und Intellekt bleiben auf kulturpolitische Überlegungen beschränkt. Zweifelsohne also recht flüssig zu lesen. Der „Dandy", „rote Graf" und „Weltmann" kann aber auch bei Rothe nicht recht aus dem Schatten reiner Begrifflichkeiten treten.

Johannes Schüller

Skinner über Hobbes

Quentin Skinner: *Freiheit und Pflicht. Thomas Hobbes' politische Theorie* (Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2005), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2008. 141 S., br, 15.80 €

Quentin Skinners Bändchen ist das intellektuell Frischeste, was es zur Thematik gibt. Es zeigt, daß Hobbes im Gegensatz zum platonistischen Verständnis selbst den bedingt freien Willen als Illusion ansieht. Jeder ohne äußeren Zwang erfolgte Entschluß setzt der vermeintlichen Freiheit der Wahl ein Ende. Der Staat konstituiert sich als Ergebnis von Vertrag oder Unterwerfung aus dem Grundbedürfnis nach Schutz. Wer ihn braucht, wird um seines Überlebens willen Unterworfener, aber nicht Sklave, denn ihm bleiben als *liber homo* nicht zu verlierende Rechte wie Freizügigkeit, Verteidigung des eigenen Körpers und Zugang zu Existenzmitteln.

Die Interpretation Skinners klärt gängige Klischees des gegenwärtigen Demokratieverständnisses: Die von den Demokraten rhetorisch beschworene Freiheit existiere nur, wenn es keine staatliche Autorität gäbe. Dies wäre die Erfüllung der Illusion vom urharmonischen Naturzustand, in dem Hobbes jedoch den „Krieg aller gegen alle" erkannte. In der komplexeren Ausdeutung des politischen Denkens von Thomas Hobbes zieht Skinner mit scharfer Kontur die Linien von Macht und Politik nach, die in der linken Rhetorik gern verwischt werden, um glaubhaft zu machen, der Mensch wolle und könne entgrenzt „frei" leben, wenn er nur seiner autonomen Vernunft folge. Indem das unter Verzicht auf klassische Tugenden geschieht, ist die Demokratie in latenter Gefahr zu entarten und beschwört so den Kampf der Egoismen herauf, den Hobbes als die Bedrohung ansieht, vor der sich der Mensch nur fürchten kann, weil er darin ein Verlorener ist.

Heino Bosselmann

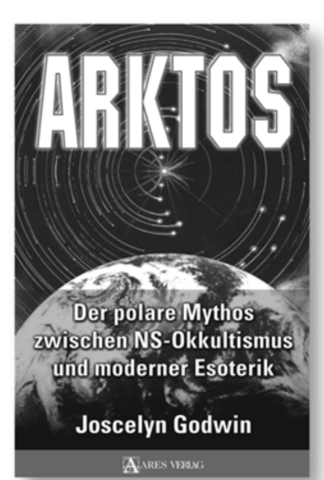
Aufklärer Kondylis

Falk Horst (Hrsg.): *Panajotis Kondylis. Aufklärer ohne Mission. Aufsätze und Essays*, Berlin: Akademie 2007. 198 S., geb, 39.80 €

Leider ist über die Biographie des deutsch-griechischen Privatgelehrten Panajotis Kondylis (1943–1998) bisher nur wenig bekannt, immerhin aber so viel, daß er seinen Ausgangspunkt wie die meisten seiner Generation auf der Linken nahm. Daß er das unter den Bedingungen der griechischen Militärdiktatur tat und seine Haltung in der Folge nicht aus Altersgründen oder wegen privater Enttäuschungen aufgegeben hat, erklärt sicher einiges von der Schärfe seiner Analysen und der Rückhaltlosigkeit seiner Folgerungen. Der Historiker Reinhart Koselleck sprach von dem „Ernüchterungseffekt", den die Lektüre der Schriften von Kondylis habe, eine Anleitung zur illusionslosen Betrachtung. Kosellecks Beitrag und die übrigen Aufsätze dieses Sammelbandes beziehen sich neben grundsätzlichen Fragen zu Ausgangspunkt und Methode (Falk Horst, Peter Furth) vor allem auf die Hauptthemen, die die Arbeit von Kondylis bestimmten: das Problem der Macht (Falk Horst, Andreas Krause-Landt), die Geschichte der politischen Theorie (Andreas Cser zum Machiavelli-Buch, Eberhard Straub über den Konservativismus-Band, Alexander Schuller über die Rolle von Marx und Marxismus) sowie die Heraufkunft der Massendemokratie (Hans Martin Lohmann). Ergänzt wird das ganze um eine Bibliographie der deutschsprachigen Arbeiten von Kondylis, die sich leider auf die selbständigen Schriften beschränkt, und um eine Reihe von Aphorismen. Obwohl es zwischen den einzelnen Aufsätzen gewisse Niveauunterschiede gibt, kann dieser von Falk Horst herausgegebene Band als Einführung in das Denken von Kondylis unbedingt empfohlen werden.

Martin Voelkel

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE



ISBN 978-3-902475-40-4
Joscelyn Godwin
ARKTOS
Der polare Mythos zwischen NS-Okkultismus und moderner Esoterik
335 S., zahlr. S/W-Abb., Hc.
€ 29,90

Stammen die Wurzeln der Kultur aus dem Norden, aus Thule oder Atlantis?
Der Mythos einer „arischen Rasse“, die Vorstellung einer hohlen Erde und die Suche nach legendären spirituellen Zentren wie Agartha und Shambala stehen in engem Zusammenhang mit dem polaren Mythos, der nicht nur im NS-Okkultismus anzutreffen war, sondern auch bei heutigen Esoterikern eine Rolle spielt. Wissenschaftlich akribisch und doch spannend dokumentiert der Autor die verschlungenen Wege dieser Ideen.



ISBN 978-3-902475-33-6
Thor von Waldstein
DER BEUTEWERT DES STAATES
Carl Schmitt und der Pluralismus
216 Seiten, Hardcover
€ 19,90

Einen Staat nennt man pluralistisch, wenn seine Willensbildung entscheidend beeinflußt wird von nichtstaatlichen Kräften, etwa der Wirtschaft, sozialen Gruppen und sonstigen „pressure groups“. Es war Carl Schmitt, der die von Harold Laski entwickelte Pluralismustheorie einer gründlichen Untersuchung unterzog. Die vorliegende Studie zeigt Schmitts fundamentale Kritik an der unsichtbaren Herrschaft der Verbände als ein zentrales Element seines Antiliberalismus. Ein Thema von hoher Aktualität.



ISBN 978-3-902475-32-9
Werner Bräuninger
„ICH WOLLTE NICHT DANEBEN STEHEN ...“
Lebensentwürfe von Alfred Baeumler bis Ernst Jünger Essays
352 Seiten, ca. 40 Fotos, Hardcover
€ 19,90

So gut auch die Zeit des Dritten Reiches erforscht ist, so wenig bekannt ist die Mentalitätsgeschichte dieser Zeit, insbesondere, was die Motive und geistigen Hintergründe jener konservativen und rechten Intellektuellen betrifft, die nur zu oft zwischen Hingabe, innerer Emigration und offenem Widerstand schwankten. 14 Essays über Vertreter der „Inneren Emigration“, NS-Dissidenten und Bruchlinien jener Zeit.



ISBN 978-3-902475-38-1
Claus M. Wolfschlag
TRAUMSTADT UND ARMAGEDDON
Zukunftsvision und Weltuntergang im Science-Fiction-Film
240 Seiten, zahlreiche Farb- und S/W Abbildungen, Hardcover
€ 19,90

Nicht in allen Science-Fiction-Filmen erscheint die Zukunft als technisches Wunderland. Viele Filme gehen davon aus, daß unser liberal-kapitalistisches System in eine dunkle Zukunft führt, die von Umweltkatastrophen, totalitärem Machtmißbrauch oder einem Zerfall der Gesellschaft in Bürgerkrieg geprägt ist. Hinter der Action-Fassade vieler SF-Filme findet sich häufig eine grundlegende Kulturkritik.



ISBN 978-3-902475-02-2
Armin Mohler / Karlheinz Weißmann
DIE KONSERVATIVE REVOLUTION IN DEUTSCHLAND 1918–1932
Ein Handbuch
6., völlig überarb. und erweiterte Auflage, 643 Seiten, ca. 100 S/W-Abbildungen, Hc.
€ 49,90

Neuauflage des wichtigsten Grundlagenwerkes zum Thema. Neben den wichtigsten Organisationen der Bündischen Jugend, der völkischen Bewegung, der Jungkonservativen und des „Soldatischen Nationalismus“ der Zwischenkriegszeit werden über 350 Personen in Kurzbiographien mit ausführlicher Bibliographie vorgestellt, darunter Carl Schmitt, Ernst Jünger, Oswald Spengler, Edgar Jung, Ludwig Klages, Hans Zehrer und der Tat-Kreis, Othmar Spann, Hans Freyer, Stefan George u. v. a. m.



ISBN 978-3-902475-43-5
Oswald Spengler
JAHRE DER ENTSCHEIDUNG
Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung
Neu herausgegeben von Frank Lisson
184 Seiten, Hardcover
€ 19,90

Die Schriften des Geschichtsphilosophen Oswald Spengler, des „Meisterdenkers der Konservativen Revolution“, werden wieder intensiv diskutiert. So auch Spenglers 1933 erschienene Schrift „Jahre der Entscheidung“, die häufig als Vorwegnahme heutiger Krisen in einer globalisierten Welt gedeutet wird und nun wieder greifbar ist. Oswald Spengler verfügte über das, was gemeinhin als „visionärer Blick“ bezeichnet wird. Von dieser Warte aus sah er den Niedergang Europas voraus. Spengler hoffte, daß dieser Niedergang verzögert werden könne. Hierbei schrieb er den Deutschen eine zentrale Rolle zu.

ARES VERLAG GmbH
www.ares-verlag.com

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand über:
Bücherquelle Buchhandlungsgesellschaft m.b.H., Hofgasse 5, A-8011 Graz,
Tel.: +43/316/821636, Fax: +43/316/835612,
E-Mail: office@buecherquelle.at, www.buecherquelle.at

Nicht böse, nur schwach

von Thorsten Hinz

Das Gespräch mit Innenminister Wolfgang Schäuble, das die *FAZ* am 20. Mai unter der Überschrift „Wir müssen den Muslimen Zeit geben" veröffentlicht hat, wirkt wie ein halboffizielles Eingeständnis, daß die ethnisch-religiösen Kräfteverhältnisse und das gesellschaftspolitische Koordinatensystem sich irreversibel verschoben haben. Es wirkt so, obwohl – nein, gerade *weil* der Minister und sein Fragesteller, der Feuilletonchef Patrick Bahners, ausschließlich um den heißen Brei herumreden. Die Alltagserfahrungen, welche die Deutschen mit „Verwahrlosung, mit Asozialität, mit um sich greifenden Parallelgesellschaften" machen (so kürzlich wieder Heinz Buschkowsky, der Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, in einem Interview), werden kaum gestreift. Stattdessen wartet Schäuble mit einer Geschichte aus seiner badischen Heimatstadt auf, wo der Bau von Betriebswohnungen für neue Mitbürger zu Besorgnissen geführt hatte. Doch dann habe seine Mutter ihm am Telefon gesagt: „Du glaubst gar nicht, was für nette Leute das sind!" Es stimmt besorgt, daß ein kluger Mann wie der Innenminister sich um des lieben Friedens willen auf das Niveau von Claudia Roth begibt, das selbst im Grünenmilieu nicht mehr durchweg goutiert wird. In Berlin-Kreuzberg macht gerade eine Elterninitiative gegen die staatliche Schulpolitik mobil, die von einem Mitbegründer der *taz* angeführt wird. Er will seiner Tochter nicht zumuten, gemeinsam mit Sprößlingen aus mehrheitlich bildungsfernen Familien die Schulbank zu drücken.

Schäuble dagegen erhebt die Realitätsblindheit zum Prinzip. Den Film „Fitna" des islamkritischen holländischen Abgeordneten Geert Wilders kenne er zwar nicht, doch soviel weiß er, daß „sein Machwerk in nichts besser (sei) als die Machwerke des islamistischen Netzwerks gegen die westliche Welt". Schäuble ignoriert den Unterschied, daß Wilders' Film nicht zu Gewalt aufruft, sondern das Gewalt- und Konfliktpotential der anderen Seite protokolliert und der Film ohne seinen einseitigen, provokanten Gestus totgeschwiegen worden wäre. Nicht daß der Holländer seit Jahren unter Polizeischutz lebt, hält der Innenminister für problematisch, sondern „daß man das (diesen Film drehen – Th. H.) darf, solange man es nicht verbieten kann". Das zugewanderte Gewaltpotential ist demnach als gleichsam natürlicher, konstitutiver Teil der Gesellschaft zu akzeptieren. Schlimm ist dagegen derjenige, der auf es hinweist und dadurch aufreizt. Damit wird der Gegenseite die Definitionshoheit über das eigene Land zugestanden. Bahners stellt die Frage, ob „das Instrument der Ausnahme" als klassisches Mittel des Toleranzrechts „seine Brauchbarkeit womöglich verloren" habe im Angesicht eines Islam, der in Deutschland zur „Volksreligion" geworden sei. Als ginge es um solche Feinheiten! Es geht um keine Ausnahmen mehr, sondern wir erleben längst die Neubestimmung der Regeln.

Die deutschen Medien betätigen sich als Transmissionsriemen dieses Prozesses, indem sie ihn als Ausdifferenzierung der Verfassungswirklichkeit beschreiben und die Kritiker, welche sich gegen die Beschneidung ihrer Freiheits- und Gewohnheitsrechte verwahren, in einem dialektischen Gewaltakt als Feinde der freien Gesellschaft denunzieren. Denen nützt gegebenenfalls selbst ihre ausländische Herkunft nichts mehr. Als „eine begnadete Selbstdarstellerin", die „militanten Stuß" rede, kanzelte die *taz* die prominente Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali ab.

Was sich nach der einen Seite als Aggressivität entlädt, gibt sich nach der anderen Seite als Unterwürfigkeit zu erkennen. Nochmals Schäuble über Wilders' Islam-Kritik: „In Deutschland haben wir eine lange Geschichte mit antisemitischen Schweinereien, das ist dasselbe Niveau und gleichermaßen verachtenswert." Da die autochthonen Bewohner des Standorts Deutschland nur noch als Schuldgemeinschaft existieren, haben sie es verlernt, den Anspruch auf Selbsterhalt geltend zu machen. Sie fühlen sich in den Zustand ewiger Bewährung versetzt, deren Konditionen von anderen festgelegt werden. Vor dem Fußballspiel Deutschland gegen die Türkei suchten die Medien in den radikalen Nischenforen fast verzweifelt nach Vorwänden, die geeignet waren, um für mögliche Krawalle präventiv die „Rechten" verantwortlich zu machen und die Schuld „bei uns selber" zu suchen.

Ein anderer Grund findet sich in einer Attakke des *Zeit*-Autors Werner A. Perger, der Wilders einen „giftigen Vulgärpopulismus" attestierte. Sein „provokativer Irrwitz" habe „Methode und der terroristische Allmachtswahn seiner Adressaten umso mehr. Die präventiven Fahndungserfolge europäischer Polizeieinheiten wie soeben in Barcelona lassen uns ahnen, wie groß die Gewaltbereitschaft im fundamentalistischen Milieu der vielen kleinen al-Quaidas ist. Und wie weit die Vorbereitungen gediehen sind." Mit anderen Worten: Perger hat Angst. Angst, daß es ihm, schriebe er anders, ergehen könnte wie dem Filmemacher Theo van Gogh. Dessen öffentliche Ermordung war ein Lehrstück, das in Europa und in Deutschland tief und anhaltend wirkt.

Deshalb ist das Machtpotential des Islam in Deutschland viel größer, als die Zahlenverhältnisse ahnen lassen. 1968 gelang es einer Handvoll unbewaffneter, radikaler Studenten, gegen eine große Mehrheit den Abbruch von Vorlesungen zu erzwingen oder Versammlungen zu dominieren. Das lag, wie Hannah Arendt in *Macht und Gewalt* schreibt, an der Weigerung oder Unfähigkeit dieser Mehrheit, von ihrer Macht Gebrauch zu machen und die Störer zu überwältigen. Niemand war bereit, für den Status quo einzutreten. Diejenigen, die in der Auseinandersetzung schweigen, sind bereits die Verbündeten der zu allem entschlossenen Avantgarde.

Inzwischen wird nicht mehr nur geschwiegen. Wer den Unterwerfungsfrieden stört, in dem die Mehrheit sich einrichten zu dürfen hofft, wird als Sündenbock namhaft gemacht und als Opfer dargeboten, um den religiösen Zorn der anderen zu besänftigen. Im Juni fabulierte die *taz* von antimuslimischen „Meinungsterroristen" und nannte unter anderem den Journalisten Udo Ulfkotte. Wenige Tage später tauchte im Internetportal Youtube ein antitürkisches Hetz-Video auf, das fälschlicherweise Ulfkottes Ehefrau zugeschrieben wurde, was zu massiven Morddrohungen unter Angabe seiner Adresse führte. Die *FAZ* druckte eine knappe Agenturmeldung ab, laut Staatsanwaltschaft sei „ein im Westerwald lebendes Ehepaar, dessen Internetseite mit dem Beitrag verlinkt war, nicht für das Video verantwortlich". Daß es um ihren ehemaligen Mitarbeiter ging, verschwieg die „Zeitung für Deutschland".

Der Dramatiker Friedrich Dürrenmatt kannte seine freiheitlich-demokratischen Pappenheimer. In dem Stück *Der Besuch der alten Dame* stößt das Anerbieten der reichen Claire Zachanassian an ihre verarmte Heimatstadt Güllen zunächst auf einhellige Empörung: Die Bewohner sollen mit Geld überschüttet werden, wenn sie den treulosen Jugendfreund Ill umbringen, der Claire einst ins Elend gestürzt hatte. „Noch sind wir in Europa", ruft der Bürgermeister unter dem Beifall der Zivilgesellschaft aus. „Noch sind wir keine Heiden. Ich lehne im Namen der Stadt Güllen das Angebot ab. Im Namen der Menschlichkeit. Lieber bleiben wir arm, denn blutbefleckt." Die alte Dame wartet, beharrt auf „Gerechtigkeit" und ihrem Recht auf „totale Rache". Verlockung und Begehrlichkeit werden größer, und irgendwann wird auch die Menschlichkeit zur Auslegungs- und Verhandlungssache. Die Kunden in Ills Krämerladen versichern ihn zwar ihrer Solidarität, doch zugleich werden sie fordernd, lassen Schokolade und Weißbrot anschreiben, und Ill bekommt es mit der Angst zu tun. Seine Klage, die Stadt wünsche seinen Tod, weist der Bürgermeister scharf zurück, allerdings auch die Forderung, die alte Dame zu verhaften. Ill besitze nicht das „moralische Recht" dazu, und Claires Vorgehen sei „weiß Gott nicht ganz so unverständlich". Überhaupt werde nicht Ill bedroht, sondern er bedrohe mit seinem uneinsichtigen Verhalten die Stadt. Die beschließt endlich, mit ihren „Idealen ... in Gottes Namen Ernst zu machen, blutigen Ernst". Denn, so appelliert ein besonders guter Mensch an die Bewohner, „nur wenn ihr das Böse nicht aushaltet, nur wenn ihr unter keinen Umständen in einer Welt der Ungerechtigkeit mehr leben könnt, dürft ihr die Milliarde der Frau Zachanassian annehmen und die Bedingung erfüllen, die mit dieser Stiftung verbunden ist".



In einem Nachwort zum Stück schrieb Dürrenmatt, diese Menschen seien „nicht böse, nur schwach".

Japan minus Sozialdemokratie

von Josef Schüßlburner

Der Stimmenanteil von 9,8 Prozent für die SPD bei den Landtagswahlen in Sachsen, einst Hochburg der Sozialdemokratie, zeigt auf, daß auch in Deutschland gelingen könnte, was sich seit der politisch entscheidenden Wende von 1993 in Japan feststehend etabliert haben dürfte: Sozialdemokraten und Kommunisten kommen dort zusammen nur noch auf etwa 6 Prozent der Sitze im Parlament. Die Sozialdemokratie, die nach dem Zweiten Weltkrieg, vom amerikanischen Besatzungsregime begünstigt, kurz davorgestanden hatte, zur maßgebenden Partei Japans aufzusteigen und 1947 aufgrund der ersten Wahlen unter der Nachkriegsverfassung mit dem Parteiführer Katayama Tetsu die Regierung bilden konnte, wurde als maßgebliche Oppositionspartei durch die 1998 gegründete Demokratische Partei (DPJ) ersetzt. Die neue Oppositionspartei, in die zwei Vorgängerparteien eingegangen sind, steht der führenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) ideologisch nicht allzu fern, so daß eine Regierungsübernahme durch sie nunmehr nicht mehr die Befürchtung hervorruft, dies würde zu einem verhängnisvollen Umsturz der Verhältnisse und letztlich zum Ende des japanischen Erfolgs führen, der außerhalb des westlichen Kulturkreises immer noch als einzigartig zu kennzeichnen ist.

Die Befürchtung, Japan könne mit seiner Besonderheit internationalistisch verschwinden, wenn die Linke die maßgeblichen Parteienformationen stellen würde, stellte das eigentliche Motiv dar, das 1955 unter Führung von Yoshida Shigeru, dem letzten Ministerpräsidenten unter der bis Mai 1947 geltenden Meiji-Verfassung, zur Gründung der LDP führte. Dabei fanden zwei Parteien mit insgesamt mindestens acht Unterparteien zusammen, die in zwei bürgerlichen Parteien der Vorkriegszeit ihre Vorläufer hatten. Shigeru legte die LDP bei Abkehr vom Etatismus der Vorgängerparteien auf die freie Marktwirtschaft und aufgrund einer realistischen Einschätzung der machtpolitischen Verhältnisse auf ein Bündnis mit den USA fest, das aber nicht als ideologischer Selbstzweck verstanden wurde. Dieser Kurs wird seitdem in Japan unter „konservativ" (hoshu) in Abgrenzung zum Progressiven (kakushin) verstanden.

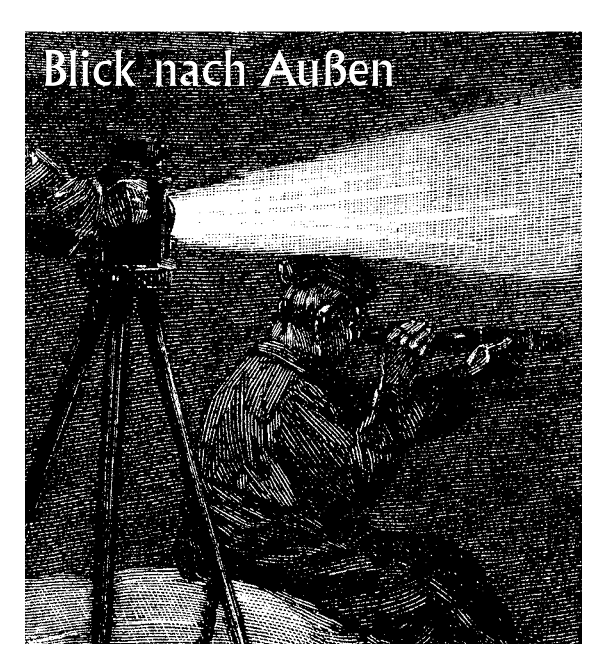
Das wirkliche konservative Anliegen ist jedoch die Revision, wenn nicht gar die Abschaffung der „MacArthur"-Verfassung gewesen, auch wenn diese Absicht bislang nicht umgesetzt werden konnte, da die Linke (Kommunisten und Sozialdemokratie) über eine parlamentarische Sperrminorität verfügt und mit großer Entschlossenheit die Nachkriegsverfassung als ihr wesentliches ideologisches Anliegen verteidigte. Die LDP mußte deshalb in der Folgezeit, insbesondere wirtschaftspolitisch erfolgreich, auf der Grundlage einer Verfassung regieren, die sie dem Legalitätsprinzip entsprechend bei manchmal etwas großzügiger Anwendung zugunsten rechter Anliegen eingehalten hat. Sie hat aber die speziellen ideologischen Prämissen mehrheitlich nie akzeptiert, die wiederum insbesondere die Sozialdemokratie zu „Verfassungspatrioten" machten. Die formelle Akzeptanz wurde den LDP-Politikern dadurch erleichtert, daß die Nachkriegsverfassung immerhin nach den Vorschriften der Meiji-Verfassung von 1889, formal also vom Tenno („himmlischer Herrscher") erlassen ist, wenngleich der Text vom amerikanischen Hauptquartier stammte und von den japanischen Politikern nur deshalb bei einigen marginalen Ergänzungen beschlossen wurde, weil das vorgesehene Verfahren die Instituti-

on des Tenno und damit den wesentlichen Bezugspunkt der japanischen Kultur und Grundlage ihres neuzeitlichen Erfolges sicherte. Schließlich war der Aufstieg Japans zur führenden Industrienation durch die Restauration der Tenno-Herrschaft im Jahr 1868, einer wahrhaft konservativen Revolution, der Weg bereitet worden.

Die Restauration als Reformlösung konnte erfolgreich beschritten werden, weil es das seit 1603 herrschende Militärregime (Shogunat) nicht wagen durfte, einen Dynastiewechsel nach chinesischem Muster vorzunehmen. Vielmehr mußte es den maßgebenden Grundsätzen des Prinzregenten Shotoku Taishi (574–622) entsprechend die Dynastie der Sonnengöttin *de jure* bestehen lassen. Dies etablierte, gegenüber Westeuropa zwar vergleichsweise abgeschwächt, einen herrschaftlichen Dualismus, der bekanntlich die Grundlage der Freiheit ist. In Japan führte dies neben staatstheoretischen Reflexionen, die eine entscheidende Modifikation chinesischer Lehren beinhalteten, zur Bildung einer Kaufmannsschicht, die der Zen-Mönch Suzuki Shosan (1579–1655) aufgewertet hat, indem er ihr die Funktion zuschrieb, die „Freiheit der Welt" durch Anbieten von Waren zu verwirklichen. Die mit der Kaufmannsschicht schon in der Edo-Zeit eingeleitete Entwicklung stellt überhaupt die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs des neuzeitlichen Japan dar.

Die Nachkriegsverfassung stellte inhaltlich ein Produkt der amerikanischen Kulturrevolution dar, die religionspolitische Ziele anvisierte, die anders als in Deutschland in Japan offen zutage traten und sich etwa im Verzicht des Tenno auf Göttlichkeit zeigten. Diese Revolution hätte die Linke – was durchaus erwogen war – durch Ersetzung des „autoritären Japanischen" durch das „demokratische Englisch" als Landessprache zur Vollendung führen können, um Japan dem Status der Philippinen zuzuführen. Die Gründungsväter der LDP wollten dagegen nicht akzeptieren, daß überhaupt eine neue Verfassung erlassen werden mußte, weil selbst die Kapitulationsdingungen auf der Grundlage der nach der Verfassung des Königreichs Preußen von 1850 konzipierten Meiji-Verfassung zu erfüllen waren. Vor allem stört der berüchtigte Artikel 9 der Nachkriegsverfassung, der die Japaner zur kollektiven Wehrdienstverweigerung verpflichtet. Die Aufrüstung Nordkoreas und der aggressive antijapanische Ton der Atomwaffen- und UN-Vetomacht China hat trotz des japanischen Nachkriegspazifismus – durchaus ein Erfolg der amerikanischen Religionspolitik! – die Erkenntnis reifen lassen, daß dieser Artikel der dringenden Modifikation bedarf. Die unflexible Haltung der traditionellen Linken, die die Realität der chinesisch-nordkoreanischen Gefahr aufgrund internationalistischer Dogmen nicht wahrnehmen will, dürfte wesentliche Ursache für den Abstieg der Sozialdemokratie zur Splitterpartei darstellen. Die als Oppositionspartei an deren Stelle getretene DPJ ist zur Verfassungsänderung bereit. Strittig sind allerdings zusätzliche Punkte, wie die Errichtung eines Verfassungsgerichts, wobei die LDP befürchtet, daß dies zu bundesdeutschen Verhältnissen führen könnte: Traditionellen Kulturformen – Kriegerdenkmäler, amtliche Schreinbesuche von Politikern, Haushaltsfinanzierung einer der Königsweihe entsprechenden Zeremonie –, bei denen die ordentliche Gerichtsbarkeit in der Regel zugunsten der LDP-Anliegen entschieden hat, könnten dann verfassungsreligiöse Schranken gesetzt werden.

Bundesdeutsche Ideologieverhältnisse hätten sich in Japan wohl schon ergeben, wenn sich die mit CDU /CSU eher vergleichbare buddhistische Komeito (seit 1994: Neue Komeito) zur maßgeblichen nichtsozialistischen Partei entwickelt hätte, da bei dieser die Neigung, in der Verfassung ein zivilreligiöses Dokument zu sehen, doch vorhanden ist. Dagegen ist der Erfolg der LDP bei der Marginalisierung der für konservative Anliegen gefährlichen Sozialdemokratie gerade wesentlich damit zu erklären, daß die LDP es strikt abgelehnt hat, die vom US-Militärregime nahegelegte Verfassung als Zivilreligion zu begreifen.



Die LDP hat sich nie als Partei der Mitte definiert, wenngleich in der Regel Repräsentanten an die Regierung gekommen sind, die der Mitte zugerechnet werden können, die aber dann, vorsichtig und verzögert, letztlich doch eine rechte Agenda durchgesetzt haben wie 1999 die Aufwertung der Tennohymne zur Nationalhymne und 2006 die förmliche Errichtung eines Verteidigungsministeriums.

Auch wenn die LDP angesichts internationalen Bewältigungsdrucks – Folge der Kriegsniederlage – amtlich keine „revisionistischen" Positionen vertritt, so wären ihre Repräsentanten nie auf die Idee verfallen, Straf- oder Ideologieverfahren gegen Rechts durchzuführen, wie etwa einen Professor wegen derartiger Ansichten von Dienst zu entfernen. Damit hat die LDP ihre ideologische Schlagkraft gegen Links bewahrt und konnte mit Hilfe entschieden rechts auftretender Politiker wie dem Gouverneur von Tokio, Shintaro Ishihara, Autor des Buches: *The Japan that can say No*, und wohl populärster Politiker Japans, die Sozialdemokratie zur Splitterpartei machen.

Wer ist der nächste?

In der österreichischen Quartalszeitschrift *Neue Ordnung* (Ausgabe 2/2008) warnt Herausgeber Wolfgang Dvorak-Stocker unter dem Titel „Sind wir alle NPD – früher oder später?“ vor einer konservativen Untugend: Man distanziert sich von den Dresdner Extremisten in allen Punkten, um aus der Schußlinie zu bleiben. Dabei gibt es Angriffe gegen die NPD, die nicht mehr in die Kategorie „Weltanschauung“ gehören: Dvorak-Stocker verweist auf den staatlich unterstützten Entzug von Grundrechten und fragt, ob in solchen Fragen nicht Solidarität gefordert sei: **www.neue-ordnung.at**

Junker und Dünnhaupt

Der Verlag Junker und Dünnhaupt gehörte vor 1933 zu jenen Häusern, deren Programm ganz wesentlich zur Verbreitung von Ideen der Konservativen Revolution beigetragen hat. Nach der Errichtung des nationalsozialistischen Regimes paßte die Leitung die Linie schnell den neuen ideologischen Vorgaben an, veröffentlichte aber gleichzeitig Autoren wie Arnold Gehlen, Carl Schmitt, Hans Freyer, Gustav Steinbömer oder Karl Christian von Loesch, die immer am Rande des Konsensus standen und ältere Vorstellungen der KR tradierten. Es gibt einige Verlagsverzeichnisse von Junker und Dünnhaupt, die sehr aufwendig hergestellt wurden (mit Register und Bildteil), von denen das letzte, schon nach Kriegsbeginn gedruckte, das seltenste und vollständigste ist. Die Wiederveröffentlichung in der Toppenstedter „Sammlung bibliographischer Hilfsmittel zur Erforschung der Konservativen Revolution und des Nationalsozialismus“ (*Toppenstedter Reihe*, Bd. 15, kart., 142 S., mehrere Schwarzweißabbildungen auf Tafeln, 17 €) ist also unbedingt begrüßenswert. Man bedauert nur etwas das Fehlen einer jener vorzüglichen historischen Einleitungen, die sonst in manchen Fällen dem Reprint beigegeben wurden.

Deutsche Kriegsschuld

Georg Simmel schreibt am 2. Oktober 1914 an den dänischen Philosophieprofessor in Kopenhagen Harald Höffding: „Es giebt keinen Menschen in Deutschland, vom Kaiser bis zum ärmsten Krüppel in einem abgelegenen Dorf, der nicht wüsste, dass Deutschland nur Krieg führt, wenn es durch die unausweichlichste Notwendigkeit dazu gezwungen wird. Das wissen wir nicht, weil die Zeitungen es uns sagen, sondern ein jeder weiss es *von sich* aus. Ein Volk, von dem jeder wehrhafte Mann ins Feld zieht, wo nicht eine einzige Familie ist, die nicht um den Vater, die Söhne, die Freunde zu sorgen oder zu trauern hätte, ein Volk, das nach keinem Besitz seiner Nachbarn Begehr trägt u. durch einen Krieg *nichts zu gewinnen* hat – ein solches Volk wäre nicht nur verbrecherisch und selbstmörderisch, wenn es freiwillig einen Krieg begönne, sondern geradezu irrsinnig. Wir, die wir doch wirklich alles haben, was eine Nation *als Nation* wünschen kann – wir werden alles dies u. die geliebtesten u. kostbarsten Existenzen in die Gefahr der Zermalmung bringen, wenn wir nicht absolut müssten? Hält man uns für verrückt?“ (Georg Simmel: Briefe 1912–1918. Jugendbriefe, bearbeitet und herausgegeben von Otthein und Angela Rammstedt, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2008. 1241 S., kt, 28 €)

Todes-Tourismus

„Dieser Roman ist ein bemerkenswertes Werk, von einer Kraft und Weite, die wir von den wohlfrisierten Zwergen der bürgerlichen Literatur her nicht gewohnt sind.“ (Paul Nizan) Für manche ist es der konsequenteste Roman über den „Todestrieb“, für andere das erste Werk der Globalisierung. Sein Held erlebt die Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges, den Irrwitz der afrikanischen Kolonien, das Stampfen der Industrialisierung in den Detroiter Ford-Werken, das Elend und die Verlogenheit der Pariser Vororte. Für Louis-Ferdinand Céline bliebt, angesichts des Todes, nichts, was von Belang sein könnte. „Die Wahrheit dieser Welt ist der Tod. Man muß sich entscheiden: Sterben oder Lüge.“ Eines der wichtigsten Werke der literarischen Moderne, die bisherigen Konventionen der Komposition und der Sprache sprengend – hart, elegisch und ordinär. Für alle, die z. B. viel mit dem Auto unterwegs sind, gibt es nun die „Reise ans Ende der Nacht“ als Hörbuch, nach der kompletten und ersten angemessenen Übersetzung von Hinrich Schmidt-Henkel, bearbeitet von Michael Farin (Louis-Ferdinand Céline: *Reise ans Ende der Nacht*, München: Der Hörverlag 2008, 5 CDs/ca. 268 Min, 29.95 €). Die aufwendige Produktion, unter Mitwirkung von Musikern und fast 20 Schauspielern, kommt dabei eher wie ein dunkel-dynamisches Hörspiel daher – wohl ganz im Sinne des Autors.



Hure Babel

Unter dem Titel „Babylon – Mythos und Wahrheit“ zeigt das Berliner Pergamonmuseum noch bis zum 5. Oktober auf 3.000 m² eine Ausstellung über die sprichwörtlich gewordene Stadt. Seit mit dem „Turmbau zu Babel“ der Versuch fehlschlug, Gott auf diese Weise zu erreichen und

die Strafe der „babylonischen Sprachverwirrung“ auf dem Fuße folgte, gibt es kein schöneres Bild für Endzeit, Dekadenz und Hochmut als diese Stadt. Die Ausstellung zeigt zum einen die Geschichte der Stadt, von der ersten Schriftsprache bis hin zur Ausgrabung durch Robert Koldewey, zum anderen die Wirkungsgeschichte des seit dem Alten Testament fixierten Mythos vom Untergang und die anhaltende Suche nach dem „aktuellen Babylon“. Für Luther war es das Papsttum, und wir sollten uns die Antwort nicht zu einfach machen.

Neue Reihen

Nicht nur der Verlag Edition Antaios kann mit seinen Kaplaken eine neue Reihe vorweisen, auch der Suhrkamp-Verlag hat mit der edition unseld eine solche zu bieten. Hier wie dort geht es um knappe Essays, die gegenwärtige Fragestellungen kontrovers aufgreifen. Die Suhrkamp-Reihe ist etwas umfangreicher, dafür aber auch teurer und weniger anspruchsvoll gestaltet. Inhaltlich haben es die einzelnen Bände jedoch in sich. Insbesondere *Stabile Ungleichgewichte. Die Ökologie der Zukunft* von Josef H. Reichholf, Professor für Naturschutz und Gewässerökologie an der TU München, besticht durch klare Sprache und logische Argumentation (139 S., br, 10 €). Sein Plädoyer für Ungleichgewichte leitet sich aus der optimistischen Einsicht ab, daß nur aus diesen Neues entstehen kann. Damit ist zumindest den *Wegen zum Gleichgewicht* eines Al Gore der Zahn gezogen. Das Jubiläum nimmt Suhrkamp zudem zum Anlaß, unter dem Titel „Suhrkamp 1968“ einige der Grundlagentexte der 68er neu aufzulegen (jeder Band mit DVD). Für die Jüngeren unter uns ist das eine Gelegenheit, die Texte kennenzulernen und sich die Frage zu stellen, was um alles in der Welt daran so ansteckend war. Daß von seiner neuen Reihe Fröhliche Wissenschaft eine Ansteckungsgefahr ausgehen möge, hofft sicher der Verlag Matthes & Seitz Berlin, der darin essayistische Texte aus Philosophie sowie Literatur- und Kunstgeschichte versammelt. Formal reicht das Spektrum dabei von einem umfangreichen Sammelband *Ernst Jünger im Gegenlicht* bis zu kleineren Essays.

Nachwuchswettbewerb

Die *Junge Freiheit* hat nach fast 15 Jahren wieder einen Nachwuchswettbewerb ausgeschrieben, der sich „künftig jährlich wiederholen“ soll. Das Thema lautet dieses Jahr: „Leben in der Welt von morgen: Konservieren oder revolutionieren?“ Dazu erwartet die *JF* keinen Essay, sondern eine Reportage, in der das „Spannungsfeld, das dieses Begriffspaar ausmacht“, gestaltet werden soll (Umfang: ca. 7.000, inkl. Leerzeichen). Angesprochen sind Nachwuchsautoren bis zum 25. Lebensjahr, Einsendeschluß ist der 30. September 2008. Nähere Informationen unter **presse@jungefreiheit.de**.

Vorreiter



Die deutsche Rechte ist amusisch. Sie führt ein paar Komponisten-, Schriftsteller- und Künstlernamen im Munde wie Signalwörter, das wars. Diesen Mangel will der jüngst gegründete Vorreiter-Verlag abhelfen: „Alte Werte neu gewogen“, lautet das Motto, und verbreitet werden soll junge, rechte Literatur, die an der Nation verpflichtete Vorläufer anknüpft. Das bedeutet: Literarisches Können und die richtige Gesinnung sind gleichermaßen Kriterium für die Auswahl des Verlagsprogramms, und dieser Ansatz wäre nur dann problematisch, wenn am Ende alles auf die Gesinnung ankäme.

Der Vorreiter-Verlag tappt nicht in diese Falle: Das erste Buch stammt aus der Feder von Andreas Molau, seines Zeichens NPD-Funktionär. Wer nun hinter *Die Entdeckungen des Alexander Kern* (316 S., Leinen mit SU, 19.90 €) einen reinen Gesinnungstext erwartet, sieht sich angenehm getäuscht: Molau hat einen Nachwende-Roman über die Vergangenheitsbewältigung geschrieben, die seit 1989 nicht mehr nur die Verstrickungen im Dritten Reich, sondern auch solche im Apparat der DRR erfaßt: Hauptfigur ist der bündisch-melancholische Student Kern, der die Doppelexistenz eines früheren SS-Mannes und jetzigen Professors aufdeckt. Man kann vermuten, daß sich Molau bei der Wahl des Stoffes von Armin Mohler inspirieren ließ, der stets für Schlußstriche plädierte und die Bewältigung als eine ins Unendliche fortgesetzte Kette der Denunziation und der Intrige anprangerte.

Unverzeihlich ist nun, daß der Vorreiter-Verlag das Lektorat gespart oder in die falschen Hände gelegt hat: Man kann auf jeder Seite Fehler anstreichen, und außerdem ist Molau vielleicht eher ein Autor für das kleinere Format: Manche Passagen sind wie schöne, eigenständige Erzählungen, aber dem Roman fehlen Rhythmus und Spannungsbogen. Ein Lektor hätte Teile umstellen und andere ganz streichen müssen, das Buch hat hundert Seiten zuviel, vor allem am Anfang, was manchen Leser abschrecken mag. Aber: Schön ist, daß sich Molau als Schriftsteller versuchte und nicht als Politiker. Das sollte man anerkennen. **www.vorreiter-verlag.de**

Metapolitik — Die Politik jenseits der Alltagspolitik ist die Metapolitik. Wer Metapolitik betreibt, arbeitet grundsätzlich und versucht, die prinzipiellen Zielsetzungen zu bestimmen und die Legitimitätsfragen zu klären. An welchem Bild vom Menschen, an welcher ordnungspolitischen Vorstellung ist die Politik auszurichten, und warum hat gerade diese Politik das Recht, nach der Macht zu greifen?

Insofern bedarf Metapolitik immer eines überschießenden Impulses: Sie orientiert sich an dem, was noch nicht ist, kritisiert den Zustand und wagt die Prognose. Sie kann nicht im platten Sinn realistisch sein, denn sie wirkt als Teil einer umfassenderen Strategie, die angestrebte politische Veränderungen geistig vorbereitet. Das hat weder mit Utopie noch mit reiner Theorie zu tun, zumal Politik gar nicht als reine Theorie aufgefaßt werden kann.

Politik, auch Metapolitik, ist am pragmatischen Wissen ausgerichtet, das Erfahrungen verarbeitet. Und die Erfahrung zeigt, daß große politische Veränderungen immer auf das Wirken entschlossener Minoritäten zurückgehen, die zuerst die Weltanschauung und dann die Machtverhältnisse selbst verändern. Eine soziale Gruppe kann und muß sogar führend sein, noch bevor sie die Regierungsgewalt erobert: Dies ist eine der essentiellen Bedingungen für die Eroberung der Macht selbst.

Mit Armin Mohler gesprochen: „Der Geist regiert die Welt", und gemäß dieser Überzeugung hat sich die Neue Rechte (in Anlehnung an die Vorarbeiten der Nouvelle Droite in Frankreich) das Konzept der „Besetzung von Feldern im vorpolitischen Raum" zu eigen gemacht. Konservative Informationen und ein rechtes Lebensgefühl sollen durch ein Kapillarsystem sickern und dazu beitragen, die kulturelle Hegemonie zu erringen, das bedeutet: die Deutungshoheit und die Macht, Begriffe zu setzen und Themen erst zu Themen zu machen.

Wiggo Mann

Konservativ-Subversive Aktion — Am 2. Mai dieses Jahres persiflierte in Berlin eine Gruppe von Schülern und Studenten Protestformen der 68er-Bewegung, um einen linken Kongreß über das Erbe der 68er zu stören. Man befestigte Spruchbanner, forderte über Megaphon den Abbruch es Kongresses, stürmte den Hörsaal und ließ von den Rängen Flugblätter auf die Kongreßteilnehmer regnen. Einen Film über diese 1. Konservativ-Subversive Aktion schauten sich über die Internetseite der Gruppe (www.ungebeten.de) über 15.000 Leute an. Fünf Gründe sprechen für die Fortführung der mittlerweile als „KSA" bekannten Aktionsformen:

1. Überzeugend und unbeirrbar durchgeführte Aktionen im konservativen Geist stören die Gegner tatsächlich. Sie stören sie in ihrer Sicherheit auf und beunruhigen sie nachhaltig, weil sie nicht wissen, wann sie wieder heimgesucht werden.
2. Die konservative, rechte Persönlichkeit, die authentisch und nicht anonym tätig ist und den Mut zu einer Aktion aufbringt, wirbt auf eine durch Publizieren nicht erreichbare Weise für die eigene Sache: Es sind ganz bestimmte Charaktere, die sich durch das öffentliche Stehen für eine Sache, durch Authentizität und die damit verbundene Widerborstigkeit gewinnen lassen: „Unsere Hoffnung ruht in den jungen Leuten, die an Temperaturerhöhung leiden", sagte Ernst Jünger, und das gilt noch immer.
3. Immer dann, wenn einer entschieden etwas tut, vergewissert er sich seiner selbst und begreift, daß es schon viel ist, eine Spur zu hinterlassen, heißt: das eigene Leben zu führen, heißt: nicht gelebt zu werden. Die politische Kunst, die Provokation läßt den Akteur sein Ich spüren und sorgt für eine Zusammenballung der Kraft. Das ist besonders dann ein berauschender und zugleich heilsamer Zustand, wenn man ansonsten politisch nur reagieren oder resignieren kann.
4. Die jahrelange Verteidigung hat die Neue Rechte mürbe gemacht. Was die Szene braucht, sind Offensivgeist und Unerschütterlichkeit. Beides strahlt man nur aus, wenn man beim Anblick des Gegners einen Schritt nach vorne macht. Angriff heißt Deutungshoheit, wenn auch nur für die Dauer der Aktion. Es ist elektrisierend, als Angehöriger einer an die Wand gequetschten politischen Richtung wenigstens für ein paar Stunden oder für einen ganzen Tag Herr der Lage zu sein. Das verleiht dem politischen Leben einen jähen, einen eruptiven Sinn.
5. Irgendeine der Aktionen der kommenden Monate könnte der bilder- und geschichtenarmen neurechten Szene die immer wieder erzählbare Geschichte und das immer wieder reproduzierbare Bild verschaffen, in dem sich das „Ich" des Provokateurs zum „Wir" der Betrachter vervielfältigt.

Aus diesen fünf guten Gründen läßt sich die Aufgabenstellung für die nächste Zeit ableiten: Die Neue Rechte muß konservative, rechte Aktionsformen entwickeln, und das ist nicht einfach, weil es kaum Vorläufer gibt, kaum gelungene Beispiele. Die Ausdrucksstärke und Strahlkraft wird von der Stärke und dem Ausdrucksvermögen der Beteiligten abhängen, von ihrer Authentizität, ihrem Vorbild, ihrer Persönlichkeit.

Götz Kubitschek

Zuerst verwirren sich die Worte, dann verwirren sich die Begriffe, und schliesslich verwirren sich die Sachen. (Konfuzius)